

Internationale Arbeitskonferenz, 101. Tagung, 2012

Bericht des Generaldirektors

Beilage

Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete

ISBN 978-92-2-724483-1 (print)
ISBN 978-92-2-724484-8 (web pdf)
ISSN 0251-4095

Erste Auflage 2012

Die in Veröffentlichungen des IAA verwendeten, der Praxis der Vereinten Nationen entsprechenden Bezeichnungen sowie die Anordnung und Darstellung des Inhalts sind keinesfalls als eine Meinungsäußerung des Internationalen Arbeitsamtes hinsichtlich der Rechtsstellung irgendeines Landes, Gebietes oder Territoriums oder dessen Behörden oder hinsichtlich der Grenzen eines solchen Landes oder Gebietes aufzufassen.

Die Nennung von Firmen und gewerblichen Erzeugnissen und Verfahren bedeutet nicht, dass das Internationale Arbeitsamt sie billigt, und das Fehlen eines Hinweises auf eine bestimmte Firma oder ein bestimmtes Erzeugnis oder Verfahren ist nicht als Missbilligung aufzufassen.

Veröffentlichungen des IAA können bei größeren Buchhandlungen, den örtlichen Büros des IAA in zahlreichen Ländern oder direkt beim Internationalen Arbeitsamt, ILO Publications, CH-1211 Genf 22, Schweiz, bestellt werden. Auf Anfrage (pubvente@ilo.org) sind kostenlos Kataloge oder Verzeichnisse neuer Veröffentlichungen erhältlich.

Besuchen Sie auch unsere Website: www.ilo.org/publns.

Vorwort

Entsprechend dem Mandat der Internationalen Arbeitskonferenz habe ich auch in diesem Jahr eine hochrangige Mission entsandt, um über die Lage der arabischen Arbeitnehmer in den besetzten arabischen Gebieten zu berichten. Wie in den vergangenen Jahren besuchte die Mission die besetzten arabischen Gebiete und Israel. Ein Besuch der Arabischen Republik Syrien war dieses Mal jedoch nicht möglich.

Die Mission führte ausführliche Gespräche mit Vertretern der Palästinensischen Behörde und der Regierung Israels, Arbeitgebern und Arbeitnehmern im besetzten palästinensischen Gebiet, Sozialpartnern in Israel, syrischen Bürgern des besetzten syrischen Golan und Vertretern der Vereinten Nationen sowie internationaler und nichtstaatlicher Organisationen. Sie alle lieferten Informationen, die in die Ausarbeitung dieses Berichts eingeflossen sind. Ich bin dankbar für diese Zusammenarbeit, die die breite Unterstützung der von der IAO verkörperten Werte bekräftigt.

Die Mission hat ihre Tätigkeit zur Ermittlung und Beurteilung der Tatsachen wie immer mit großem Engagement und der gebotenen Unparteilichkeit durchgeführt.

Die von der Mission erhaltenen Informationen zeigen, dass die Situation vor Ort außerordentlich besorgniserregend ist. Die Situation arbeitender Frauen und Männer ist überall in den besetzten arabischen Gebieten weiterhin prekär. Aus unterschiedlichen Gründen hat sich die Erwartung des letzten Jahres, dass möglicherweise bedeutende politische Fortschritte möglich wären, die das Vertrauen stärken und die Wirtschaftstätigkeit anregen würden, nicht erfüllt. Der Friedensprozess ist so festgefahren wie noch nie seit dem Abkommen von Oslo.

Zurückzuführen ist dies auf eine besonders unheilvolle Kombination aus politischer Unnachgiebigkeit, der Unfähigkeit externer Akteure, den Parteien beizustehen oder sie wirksam zu beeinflussen, der Unbeständigkeit der Situation in der Region und der Unereichbarkeit einer palästinensischen Versöhnung. Hinzu kommt, dass die Antwort der internationalen Kooperationspartner schwächer geworden ist, was Anlass zu ernster Sorge ist. Dies macht die ohnehin bereits außerordentlich schwierige Aufgabe der Gewährleistung eines grundlegenden Subsistenzniveaus für einen Großteil der Bevölkerung noch schwieriger, ganz zu schweigen von der Fähigkeit zur Stützung der wenigen vorhanden positiven Indikatoren.

Doch trotz aller Widrigkeiten gab es auch Fortschritte. Das Wirtschaftswachstum hat sich im besetzten palästinensischen Gebiet 2011 fortgesetzt, und die Arbeitslosigkeit hat etwas abgenommen, insbesondere in Gaza, wenngleich ohne die Unterstützung einer wirklich gesunden und nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen hat weiter zugenommen und ihre Forderungen nach mehr Eigenständigkeit werden lauter. Junge Menschen, deren Beschäftigung und Hoffnungen von entscheidender Bedeutung für die Zukunft sind, verschaffen sich immer mehr Gehör, und ihre Stimme hat in der palästinensischen Gesellschaft zunehmend Gewicht.

Der allgemeine Rahmen ist jedoch weiterhin bedrückend, was vor allem auf die Realität der Besatzung und die nicht nachlassende Erweiterung von Siedlungen zurückzuführen ist. Im letzten Jahr habe ich betont, dass die enge Sicherheitslogik der Besatzungsmacht abgelöst werden muss von einer Entwicklungs- und Friedenslogik, gestützt auf eine langfristige Vision der Interessen aller Frauen und Männer in den Bereichen Wirtschaft, Beschäftigung und menschliche Sicherheit in den besetzten arabischen Gebieten und in Israel. Echte Verbesserungen, die dem Frieden dienen und die Zukunft der Arbeitnehmer und Unternehmen in den gegenwärtig besetzten arabischen Gebieten sichern, sind nur möglich, wenn die Trennung beendet wird und die physischen und psychologischen Hindernisse für die Bewegungsfreiheit und die Wirtschaftstätigkeit beseitigt werden. Zur Beendigung der Besatzung gibt es keine praktikable oder gerechte Alternative.

Durch die gegenwärtige politische Blockade wächst das Risiko, dass durch die sich vor Ort entwickelnden Fakten der Spielraum für eine auf Verhandlungen beruhende Zwei-Staatenlösung deutlich geringer wird. In Westjordanland gibt es jetzt 500.000 israelische Siedler, eine Zahl, die sich seit der Unterzeichnung der Abkommen von Oslo im Jahr 1993 verdoppelt hat.

Nirgends zeigt sich dieser Trend deutlicher als im Gebiet C des Westjordanlandes, das ein wesentlicher Teil eines palästinensischen Staates werden soll. Dieses Gebiet befindet sich weiter unter vollständiger israelischer Kontrolle, während den Palästinensern der Zugang zu ihren Existenzgrundlagen und zueinander verwehrt wird. Das so geschaffene System der Abriegelung wird noch verschärft durch die abnehmenden Bewegungsmöglichkeiten für Palästinenser in Ostjerusalem und die ständige Zunahme der Siedlungsaktivitäten und -präsenz in Nähe der palästinensischen Bevölkerungszentren. Die Zunahme von Gewalttaten macht deutlich, wie prekär die Situation ist.

Die Existenz und Lebensfähigkeit eines uneingeschränkt funktionsfähigen palästinensischen Staates sind in Gefahr, wenn keine politische Lösung gefunden werden kann, wenn die bedrückende militärische und wirtschaftliche Besatzung noch ausgeprägter wird und wenn die Siedlungswirtschaft sich noch stärker in die israelische Wirtschaft integriert.

Zwar wurden einige Beschränkungen der Bewegungsfreiheit von Menschen und Gütern gelockert, Gaza ist jedoch weiterhin abgeriegelt, und Hilfe verschafft lediglich der die Korruption fördernde Handel mit Hilfe der Tunnel und die abnehmende humanitäre Unterstützung. Und die Wirtschaft Gazas läuft Gefahr, noch stärker in Mitleidenschaft gezogen zu werden, da sie weiterhin keinen Zugang zu ihren natürlichen Märkten hat und unter vielfältigen Restriktionen leidet. Besonders besorgniserregend ist, dass die Kürzung der Hilfsmaßnahmen der internationalen Geber insbesondere die Programme der UN zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen betrifft.

Der Rest der Welt hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, seine Sorge zum Ausdruck zu bringen, seiner Autorität Geltung zu verschaffen, alle verfügbaren Kanäle zu nutzen, um die Pattsituation zu überwinden, und seine Hilfe für Palästina zu verstärken. Die an alle Parteien gerichtete Aufforderung, in konstruktiver Weise zusammenzuarbeiten, muss weiterhin laut und deutlich sein. Notwendig ist eine auf Zusammenarbeit beruhende Denkweise für die Beziehungen zwischen Israel und der palästinensischen Behörde, die tägliche Arbeit und das Leben der betroffenen Menschen und die palästinensischen Führungsprobleme, die unter uneingeschränkter Beachtung demokratischer Grundsätze und dem Willen der Bürger eines zukünftigen palästinensischen Staates beigelegt werden müssen.

Der Prozess des Aufbaus eines palästinensischen Staates wird selbst in Anbetracht von Enttäuschungen und ungünstigen praktischen Umständen wie wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten fortgesetzt. Dieser Prozess hat einen symbolischen, politischen, praktischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Wert. Er schafft nicht nur das Vertrauen, das für die palästinensische nationale Entwicklung unabdingbar ist, er ist auch für die Realisierbarkeit der Zwei-Staatenlösung von entscheidender Bedeutung.

Für arbeitende Frauen und Männer und ihre Familien ist es von größter Bedeutung, dass dieser Prozess auch Institutionen und Maßnahmen für die Schaffung von Arbeitsplätzen, sozialen Dialog, die Gleichstellung der Geschlechter, Soziale Sicherheit und faire Einkommen einschließt. Die Lösungen müssen realistisch und pragmatisch sein, und sie erfordern eine angemessene dreigliedrige Zusammenarbeit. Zum Arbeitsrecht werden im Einklang mit grundlegenden Prinzipien und Rechten bei der Arbeit und internationalen Arbeitsnormen weitere Tätigkeiten durchgeführt.

Es ist ermutigend, dass Premierminister Salam Fayyad gegenüber der Mission der IAO erneut bekräftigt hat, welche wichtige strategische Rolle Sozial- und Arbeitsfragen beim Prozess des Aufbaus eines palästinensischen Staates zukommt. In den Berichten, die ich der Konferenz in den letzten Jahren vorgelegt habe, wurde die Stärkung der sozialen Dimension zunehmend hervorgehoben. Dies sollte auch den palästinensischen Mitgliedsgruppen und der IAO helfen, weitere konkrete Projekte und Programme zu entwickeln.

Das Beharren auf dem Fortgang des Aufbaus eines Staates ist ein Hoffnungsschimmer in einem ansonsten sehr düsteren Bild. Ein anderes Element der Hoffnung sind die Veränderungen in Richtung auf Demokratie und größerer Offenheit in der arabischen Welt. Diese Veränderungen zeigen, dass Menschen überall bereit sind, aktiv zu werden, um ausreichende Kontrolle über ihr Leben und ihre Zukunft zu erlangen, und von ihren Führern erwarten sie mit Nachdruck Antworten auf immer mehr Fragen.

Grundlage dieses Berichts ist mein tiefer persönlicher Respekt und meine Bewunderung des Kampfes des palästinensischen Volkes. Ich bin sicher, dass sich der Gang der Geschichte schon bald zu ihren Gunsten drehen wird und sie in der Lage sein werden, ihre legitimen Hoffnungen auf das zu verwirklichen, auf das sie einen Anspruch haben: In Würde und Sicherheit in einem lebensfähigen und uneingeschränkt funktionierenden palästinensischen Staat zu leben.

Ich möchte erneut meine Solidarität für das jahrzehntelange Leid vieler Generationen palästinensischer Familien zum Ausdruck bringen, die die Oppression der Besatzung mit enormen Mut und Selbstachtung ertragen haben. Wenn der Tag der Befreiung kommt – und er wird kommen – wird das palästinensische Volk mit hoch erhobenem Haupt und aller Würde der Welt beweisen, dass der Kampf für grundlegende Rechte letztlich sogar gegen Hindernisse erfolgreich sein kann, die manchmal unüberwindlich erscheinen.

Mai 2012

Juan Somavia
Generaldirektor

Inhaltsverzeichnis

	<i>Seite</i>
Vorwort.....	iii
Einleitung	1
1. Enttäuschte Hoffnungen, ungewisse Aussichten	3
2. Schwächere Aussichten für Wachstum und Beschäftigung unter der fortgesetzten Besatzung.....	7
3. Die Rechte und Würde palästinensischer Arbeitnehmer: Ein aktueller Blick auf die Folgen der andauernden Besatzung	22
4. Die Agenda für den Aufbau staatlicher Strukturen und soziale Gerechtigkeit	31
5. Ungewissheit im besetzten syrischen Golan.....	41
Abschließende Bemerkungen.....	44
Quellennachweis	47
Anhang.....	53

Einleitung

1. Im Einklang mit der Entschließung über die Auswirkungen der israelischen Siedlungen in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten im Zusammenhang mit der Lage der arabischen Arbeitnehmer, die von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 66. Tagung (1980) angenommen worden war, entsandte der Generaldirektor in diesem Jahr erneut eine Mission nach Israel und in die besetzten arabischen Gebiete, um eine möglichst umfassende Beurteilung der Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete vorzunehmen. Wie in früheren Jahren bemühte sich die Mission darum, Informationen über die Lage der Arbeitnehmer des besetzten palästinensischen Gebiets (des Westjordanlands, einschließlich Ostjerusalems und Gaza) und des besetzten syrischen Golan einzuholen und zu bewerten¹.
2. Die Vertreter des Generaldirektors ließen sich von den in der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, einschließlich der Erklärung von Philadelphia, sowie der Erklärung der IAO über grundlegende Rechte und Prinzipien bei der Arbeit und der Erklärung der IAO über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung niedergelegten Grundsätzen und Zielen leiten. Außerdem orientierten sie sich an den von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Entschlüssen sowie an den einschlägigen internationalen Arbeitsnormen niedergelegten und von den Aufsichtsgremien der IAO aufgestellten Grundsätzen.
3. Bei der Prüfung aller anstehenden Fragen, sowohl während der Mission als auch bei der Ausarbeitung dieses Berichts, ließen sich die Vertreter des Generaldirektors wie üblich von den einschlägigen Normen des humanitären Völkerrechts und internationalen Menschenrechtsnormen leiten, insbesondere vom Haager Abkommen von 1907 (betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs) und vom Vierten Genfer Abkommen von 1949 (über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten), die auch von Israel unterzeichnet worden sind. Die Mission orientierte sich an den einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, namentlich den Resolutionen 242 (1967), 338 (1973), 497 (1981), 1397 (2002), 1515 (2003), 1850 (2008) und 1860 (2009) des Sicherheitsrats. Sie berücksichtigten auch das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004 (IGH, 2004).
4. Der Generaldirektor betraute Kari Tapiola als seinen Sonderbeauftragten, Tariq Haq, Wirtschaftsforscher in der Hauptabteilung Wirtschafts- und Arbeitsmarktanalyse,

¹ Wie bereits in früheren Berichten dargelegt, hat die israelische Regierung ihren Standpunkt in der Frage des Golan wie folgt formuliert: „Ziel der Mission des IAA ist die Sammlung von Informationen für den Bericht des Generaldirektors über die besetzten arabischen Gebiete. Die Regierung Israels vertritt den Standpunkt, dass der Golan, auf den die israelische Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung angewendet worden sind, kein solches Gebiet ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Mission des IAA als Zeichen des guten Willens und unter allem Vorbehalt die Genehmigung zum Besuch des Golan erteilt worden. Die Entscheidung, einen solchen offiziellen Besuch zu erleichtern, darf keinen Präzedenzfall darstellen und steht nicht im Widerspruch zum Standpunkt der israelischen Regierung“. Es wird daran erinnert, dass der Golan von Israel 1981 einseitig annektiert wurde und dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in seiner Resolution 497 (1981) Israel aufforderte, den niemals von den Vereinten Nationen anerkannten Beschluss, den Golan zu annektieren, rückgängig zu machen.

Martin Oelz, Referent für Rechtsfragen im Programm Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sowie Shauna Olney, Koordinatorin im Gleichstellungsteam in der Hauptabteilung Internationale Arbeitsnormen, mit der Mission, die von 23. bis 31. März 2012 stattfand. Mounir Kleibo, Vertreter der IAO für das Westjordanland und Gaza, sowie Rasha El Shurafa, Programmverantwortliche im Büro des Vertreters der IAO in Jerusalem, führten sämtliche Vorbereitungen für die Mission durch, der sie als Vollmitglieder angehörten.

5. Wegen der Sicherheitsrestriktionen der Vereinten Nationen konnte der Sonderbeauftragte des Generaldirektors in diesem Jahr nicht die Arabische Republik Syrien besuchen, um mit der syrischen Regierung und mit Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden Gespräche zu führen. Stattdessen wurden von der syrischen Regierung schriftliche Kommentare übermittelt, in denen die Auffassungen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände enthalten sind.

6. Im Verlauf der Mission hatten die Vertreter des Generaldirektors zahlreiche Unterredungen und Treffen mit Gesprächspartnern auf israelischer und palästinensischer Seite sowie des besetzten syrischen Golan². Sie trafen Vertreter von verschiedenen Ministerien und Institutionen der Palästinensischen Behörde und der Regierung Israels, von palästinensischen und israelischen Verbänden der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, nichtstaatlichen Organisationen und Forschungsinstitutionen sowie Gemeindevorsitzende. Die Mission konsultierte auch Vertreter der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen.

7. Der Generaldirektor ist erneut allen beteiligten Parteien außerordentlich dankbar und möchte seiner Anerkennung dafür Ausdruck verleihen, dass seine Vertreter bei der Einholung der sachlichen Informationen, auf die sich dieser Bericht stützt, wie immer auf die volle Unterstützung aller Parteien, der Araber wie der Israelis, sowie der Vertreter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen zählen konnten. Die von den Regierungen Israels, der Palästinensischen Behörde, der Arabischen Republik Syrien, der Arabischen Arbeitsorganisation und dem Internationalen Bund Arabischer Gewerkschaften (ICATU) erhaltenen schriftlichen Unterlagen werden dankend zur Kenntnis genommen.

8. Außer den öffentlich zugänglichen Daten, Studien und Berichten berücksichtigt dieser Bericht die von der Mission vor Ort erhaltenen schriftlichen und mündlichen Informationen. Die mündlichen Informationen, die die Mission von ihren verschiedenen Gesprächspartnern erhielt, wurden besonders gründlich geprüft und soweit wie möglich mit anderen verfügbaren Informationen abgeglichen. Die Lage der palästinensischen und anderen arabischen Arbeitnehmer wurde von den Mitgliedern der Mission einer unparteiischen und objektiven Prüfung unterzogen.

² Ein Verzeichnis der Gesprächspartner findet sich im Anhang dieses Berichts.

1. Enttäuschte Hoffnungen, ungewisse Aussichten

9. Als die vom Generaldirektor entsandte Mission 2011 die besetzten arabischen Gebiete besuchte, herrschte die gespannte Erwartung, dass Ende des Jahres etwas Bedeutsames geschehen würde. Selbst wenn der Vorstoß, einen palästinensischen Staat in die Vereinten Nationen aufzunehmen, nicht in letzter Konsequenz erfolgreich wäre, bestand eine gewisse Hoffnung, er würde konkrete Maßnahmen und Schritte auf dem Weg hin zu einer Verhandlungslösung auslösen. Irgendwie lag der Gedanke an einen Richtungswechsel in der Luft. Stattdessen wurden am Wendepunkt im September, wie schon so viele Male zuvor, alle Hoffnungen enttäuscht. Zugeständnisse blieben aus, der Öffentlichkeit fehlte die nötige Entschlossenheit, glaubwürdig Druck auszuüben, und die interne Kluft zwischen den Palästinensern und fehlende innerpalästinensische Versöhnungsbereitschaft waren so ausgeprägt wie eh und je.

10. Bis zum Frühjahr 2012 verstärkten sich Ernüchterung und Missmut, und die Wut nahm sogar noch mehr zu. Noch nie seit den Abkommen von Oslo hat der Friedensprozess auf derart tönernen Füßen gestanden: Es scheint praktisch keine Verhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Behörde zu geben; die Siedlungsausweitung im Westjordanland und in Ostjerusalem schreitet unvermindert fort; der Wahlkampf in den Vereinigten Staaten und die Wirtschaftskrise in Europa lähmen die wichtigsten externen Akteure, und die wechselhaften und bisweilen gewalttätigen Entwicklungen im gesamten arabischen Raum haben die Verunsicherung noch deutlich verstärkt. Hinzu kommt der stockende innerpalästinensische Aussöhnungsprozess, der kaum Aussicht auf eine baldige Lösung verspricht. Verschärft wird all dies durch die wirtschaftliche Unsicherheit und Stagnation in den von der Palästinensischen Behörde verwalteten Gebieten und durch eine bröckelnde Unterstützung der internationalen Kooperationspartner.

11. Vor diesem Hintergrund ist es von entscheidender Bedeutung, dass der Aufbau eines künftigen Staates Palästina mit sozialem Dialog und aktiven zivilgesellschaftlichen Organen weitergeht. Dieser Prozess ist eine der wenigen guten Nachrichten aus der Region. Er ist weiterhin oberste Priorität und eine Notwendigkeit, wenngleich er stark gefährdet ist. Das Ausbleiben ernst zu nehmender Verhandlungsfortschritte und die daraus resultierende Pattsituation gefährden die politische und finanzielle Tragfähigkeit der Palästinensischen Behörde. Dies kann alle anderen Aspekte des Friedensprozesses im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung untergraben.

12. Einige wirtschaftliche Verbesserungen haben die Lage der Arbeitnehmer und ihrer Familien in den besetzten palästinensischen Gebieten bis zu einem gewissen Grad erleichtert, darunter ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts, eine niedrigere Inflation und etwas bessere Beschäftigungsindikatoren. Wichtigster Motor ist ein auf sehr niedrigem Niveau einsetzendes Wachstum in Gaza. Kleinere Volkswirtschaften können schnell auf neue Nachfrage oder neue Handels- und Baumöglichkeiten reagieren. Doch auf den ersten Blick positive Nachrichten können auf lange Sicht Probleme verschleiern oder sogar verschärfen, vor allem, wenn die übrige Welt sie als Zeichen von Nachhaltigkeit deutet und in ihnen einen weniger dringenden Bedarf an Ressourcen zur Armutsbekämpfung und zur dauerhaften Belebung von Arbeitsmarkt und Wirtschaftsleben zu erkennen meint. In Gaza bleiben 70 Prozent der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen, und sinkende Einnahmen führen zu merklichen Einschnitten bei Programmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Ohne Unterstützung von außen werden die Armutsraten ansteigen.

Der arabische Frühling – die große Unbekannte

13. Im Bericht des letzten Jahres war zu lesen, dass die Entwicklungen im arabischen Raum stärker berücksichtigt werden müssen. Ohne Frage werden sie die weitere Entwicklung aller besetzten arabischen Gebiete bestimmen. Der letzte Bericht erinnerte daran, dass es bei dem „arabischen Frühling“ bzw. dem „arabischen Erwachen“ im Wesentlichen um soziale Gerechtigkeit und Grundrechte geht. Auch wenn die Veränderungen im arabischen Raum elementarer und allumfassender Natur sind, bleiben ihre unmittelbaren Auswirkungen auf die besetzten arabischen Gebiete einschließlich des besetzten syrischen Golan und die dort lebenden Arbeitnehmer dennoch unkalkulierbar. Die jüngsten Entwicklungen in der Arabischen Republik Syrien, Libyen und Jemen zeigen zudem, wie schnell die Unnachgiebigkeit der alten Ordnung zu tödlicher Gewalt führen kann.

14. Weitreichende revolutionäre Veränderungen werden in Jahren oder Jahrzehnten gemessen, nicht in Tagen oder Monaten. Doch so unsicher die Zukunft auch sein mag, eines ist deutlich geworden: In allen Teilen der Bevölkerung hat sich ein ungeahntes Ausmaß an Durchsetzungsfähigkeit entwickelt. Gerade junge Leute sind immer weniger bereit, die Aussicht auf lebenslange Ungleichheit, Entbehrungen und Diskriminierung einfach hinzunehmen. In einem Alter, in dem sie eine produktive Arbeit aufnehmen und den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien verdienen sollen, stehen sie arbeitslos und ohne Zukunftsperspektive da.

15. Wenn junge Menschen und andere, die arbeiten können und wollen, ihre Rechte nicht auf friedliche und rechtmäßige Weise durchsetzen können, ist es nicht verwunderlich, wenn sie versuchen, dies auf radikalere Weise zu erreichen. Diese Grundwahrheit erkannten die Gründer der IAO schon vor hundert Jahren. Die Entschlossenheit der Menschen in der Region – am wichtigsten die der Jugend –, ihre Wünsche offen auszusprechen und ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte einzufordern, ist gewachsen. Die Frage ist, wie viel Raum sie für ihre Proteste nicht nur gegen die Besatzung, sondern auch gegen die Defizite einer in sich zerstrittenen Führung erhalten.

16. Man kann nur hoffen, dass weiterhin allgemein anerkannt wird, dass gewaltsame Lösungen kontraproduktiv sind. Dies sollte nicht eine Zeit für Gewalt sein, selbst in Anbetracht von Provokationen. Die jüngste Zunahme der Gewalt in dem Gebiet, das den palästinensischen Teil einer Zwei-Staaten-Lösung bilden soll, ist auf Handlungen der Siedler zurückzuführen, wenn auch die Gewalttaten von Palästinensern gegen Siedler nicht aufgehört haben. Die meisten Gewaltakte gegen Palästinenser und ihr Eigentum und ihre Strukturen waren in den Gebieten um Nablus, Hebron und Ramallah zu verzeichnen. Die Veranstaltung zum Palästinensischen Tag des Bodens am 30. März 2012 war als friedliche Demonstration geplant, doch wie schon fast vorherzusehen war, kam es zu heftigen Zusammenstößen, Verletzten und weiterem Unverständnis.

Gegensätzliche Ansichten zu den Fakten vor Ort

17. Das Gebiet C ist für die Lebensfähigkeit eines künftigen Staates Palästina zwar von elementarer Bedeutung (UNSCO, 2012), doch derzeit ist nur 1 Prozent der Fläche für eine palästinensische Erschließung ausgewiesen. Für diejenigen, die mit den Auswirkungen der vor Ort geschaffenen Fakten leben, sieht es weiterhin in ominöser Weise nach einer separaten und profitablen Wirtschaft aus, die faktisch eine Erweiterung der israelischen darstellt. In diesem Gebiet leben 150.000 Palästinenser, es macht 60 Prozent der Landmasse des Westjordanlands aus, und zu 70 Prozent des Landes haben Palästinenser keinen Zutritt. Insofern ist die erhöhte Aufmerksamkeit, die das Gebiet C derzeit erhält, nur gerechtfertigt.

18. Es gibt zwei gegensätzliche Ansichten zu den Verhältnissen vor Ort, und sie drohen zu kollidieren. Einerseits wird die tatsächliche internationale Anerkennung eines souveränen Staates für die Palästinenser im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung erwartet. Andererseits ist die Siedlungsaktivität Zeichen des anhaltenden Bestrebens Israels, die Vormachtstellung zu erhalten und sogar auszubauen, und dies auf eine Weise, die die territoriale Integrität und damit letztlich die Lebensfähigkeit eines neuen Staates negiert. In seiner jüngsten Stellungnahme hat das Nahost-Quartett zur Zusammenarbeit aufgerufen, „um die soziale und wirtschaftliche Entwicklung von Gebiet C zu fördern, die für die Lebensfähigkeit eines künftigen Staates Palästina und für ein normales Leben seiner palästinensischen Bevölkerung von größter Wichtigkeit ist“ (UN, 2012a). Dennoch befindet sich das Gebiet C noch immer vollständig unter israelischer Kontrolle.

19. Der politische Prozess stockt, und die Aussichten, die die vor Ort geschaffenen Tatsachen, sind alarmierend. Je mehr Siedlungen es gibt, und je weiter sie sich über die Grenzen Israels von 1967 hinaus ausdehnen, desto schwerer wird es, sich ein schnelles Ende dieses Systems der Trennung vorzustellen. Es scheint, dass sogar Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs Israels zum Abriss einiger Siedlungen kaum durchzusetzen sind. Die Besatzung ist eine Kombination aus militärischer Präsenz, physischer Trennungen und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und wirtschaftlicher Aktivitäten. Verstärkt wird sie noch durch das anhaltende Wachstum einer florierenden separaten Wirtschaft mit ihren eigenen Kommunikations- und Sicherheitsnetzen in eben dem Gebiet, das den Großteil des neuen Staates bilden soll.

Zunehmende Teilung in Ostjerusalem

20. Sollte sich der gegenwärtige Trend in Ostjerusalem fortsetzen, wird die Stadt zunehmend abgeriegelt und erstickt: von Siedlungsaktivitäten, Enteignungen von Gebäuden und Zuteilung von Landflächen für Zwecke wie Parks, historische Stätten oder eine neue Straßenbahnhaltestelle, die ansonsten für Wohngebiete zur Verfügung ständen. Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Schul- und Universitätsmitarbeitern haben bereits das Bildungsniveau gesenkt. Der Zugang zu Wohnraum, Basisgesundheitsversorgung und Bildungseinrichtungen wurde weiter eingeschränkt.

21. Der humanitäre Notstand in Ostjerusalem wird immer sicht- und greifbarer. In der Stadt leben Zehntausende Palästinenser in Gebäuden, die ohne Genehmigung errichtet wurden und daher jederzeit abgerissen werden können. Die Wohnkosten steigen ins Unbezahlbare. In einigen Wohnvierteln entlang der Sperrmauer kann das Recht nicht mehr durchgesetzt werden, da die Polizisten der Palästinensischen Behörde keinen Zutritt haben und die israelischen Strafverfolgungsbehörden nicht mehr einschreiten. Hohe Jugendarbeitslosigkeit und niedrige Einschulungs- und Schulbesuchsquoten verschärfen die Spannungen und steigern das Gewaltpotenzial noch zusätzlich.

Der Tunnel zu einer ungerechten Wirtschaft und Gesellschaft

22. Während der anhaltende Konflikt die große Mehrheit der Bevölkerung schwer belastet, bietet er anderen Spekulationsmöglichkeiten, die so alt sind wie die Menschheit selbst. Ein anschauliches Beispiel sind die lukrativen Tätigkeiten, die mit Hilfe hunderter von Tunneln entlang der südlichen Grenze zwischen Gaza und Ägypten das Wachstum stimulieren. Das Tunnelsystem wird von den De-facto-Behörden von Gaza kontrolliert, die einen beträchtlichen Teil der Erlöse erhalten. Durch diese Situation wird das Wirtschaftsleben in Gaza korrumpiert, und die angestrebte innerpalästinensische Aussöhnung bleibt in weiter Ferne.

23. Der Tunnelhandel bewegt mittlerweile mindestens viermal so viel Ware, wie durch den einzigen verfügbaren gewerblichen Übergang nach Israel transportiert wird. Schätzungsweise 9.000 Arbeitnehmer werden in den Tunneln beschäftigt, in denen es bislang 200 tödliche Unfälle gegeben hat. Dieser Schwarzmarkt hat offenbar auch eine neue Millionärsschicht hervorgebracht, die ihrerseits für neue Nachfrage sorgt. So wurde der Mission z. B. mitgeteilt, dass hunderte Arbeitnehmer jetzt problemlos für vorhandene Stellen im Gastgewerbe umgeschult werden könnten. Gleichzeitig werden jedoch Betriebe, die physisch zerstört wurden oder kollabiert sind, weil sie ihre Märkte verloren haben, nicht wieder aufgebaut. Fischer sind zu Untätigkeit verdammt, weil Israel eine Sperrzone von drei Seemeilen vor der Küste eingerichtet hat, der Fang sich jedoch acht Seemeilen vor der Küste befindet. Der künstlich erzeugte Treibstoffmangel und die so verursachten Stromausfälle haben die Wirtschaft zum Erliegen gebracht, den Pkw-Verkehr mehr als halbiert und Schulen lahmgelegt. So verschlechtert sich das defizitäre Bildungssystem weiter.

24. Von den wenigen offiziellen Öffnungen an den Grenzübergängen nach und von Gaza profitiert offenbar in erster Linie eine wachsende Zahl von Geschäftsleuten. In der Praxis besteht die Blockade weiter. Durch den eingeschränkten Zugang zur Grenze und die Abriegelung liegen 35 Prozent des Agrarlands von Gaza brach. Die natürlichen Märkte Gazas, und auch die der anderen besetzten Gebiete, liegen logischerweise in der unmittelbaren Umgebung. Ersatzmärkte in Europa oder anderswo mögen einen symbolischen Wert haben, können indes keine verlässliche Grundlage für dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg sein. Die Verhandlungen im Vorfeld des jüngsten, wegweisenden Beispiels für Exporte von Gaza in das Westjordanland, 19 Lkw-Ladungen mit Dattelriegeln unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen, haben mehr als sechs Monate gedauert.

Wohin führt der Weg?

25. Die Bevölkerungsstatistik, das Streben nach einem ausgeglichenen Wirtschaftswachstum und menschenwürdiger Arbeit für alle, das gemeinsame Interesse an der Bewirtschaftung von Ressourcen (z. B. Wasser) und dem Schutz der Umwelt sowie das einfache Gebot, einen gesellschaftlichen Zusammenbruch zu vermeiden und Gewalt wie auch körperlichen und moralischen Verfall aufzuhalten – all dies macht deutlich, wie dringend notwendig eine friedliche Verhandlungslösung ist. Wie schon im Bericht des letzten Jahres betont, hat die palästinensische Wirtschaft Grenzen erreicht, die nicht überwunden werden können ohne eine Einigung und Maßnahmen in Bezug auf zwei großen Hürden, vor denen sie steht: die Besatzung und die Trennung. Bedauerlicherweise hat der im Bericht geforderte Sinneswandel, der eine Win-Win-Situation ermöglicht hätte, nicht stattgefunden. Die Kosten des Scheiterns treten immer deutlicher zutage: Das Ergebnis ist eine Situation, bei der alle verlieren und deren Konsequenzen voraussichtlich über den Kreis der unmittelbar beteiligten Parteien hinausgehen.

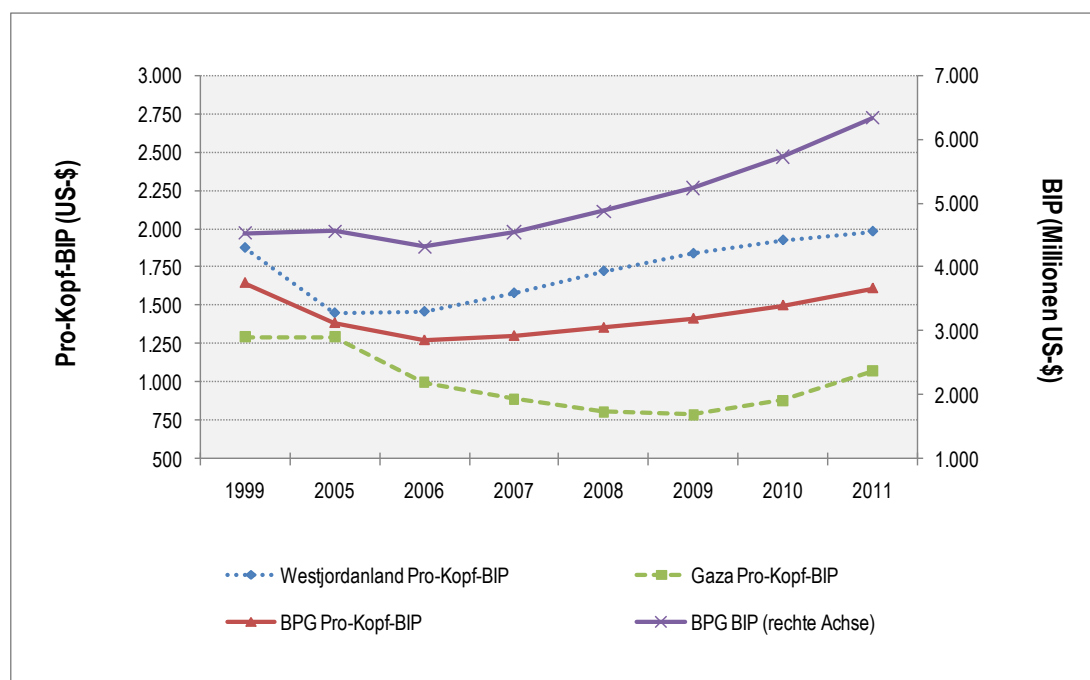
26. Gegenwärtig besteht innerhalb der direkt beteiligten israelischen und palästinensischen Verhandlungsparteien wie auch zwischen ihnen und allen, die sie überall auf der Welt in aufrichtiger Weise unterstützen, eine gefährliche Lähmung. Im besten Interesse aller Beteiligten sollte die Pattsituation auf entschlossene und akzeptable Weise beendet werden. Dies ist eine Region, wo die übrige Welt noch nie bloß Beobachter gewesen ist. Sie war stets beteiligt, aktiv oder durch Untätigkeit. Jetzt muss sie Stärke zeigen im Angesicht dessen, was das Nahost-Quartett als wachsende Fragilität der Entwicklungen vor Ort bezeichnet (UN, 2012a).

2. Schwächere Aussichten für Wachstum und Beschäftigung unter der fortgesetzten Besetzung

27. Der von 2008 bis 2010 im besetzten palästinensischen Gebiet sichtbare Trend zu höherem Wirtschaftswachstum hat sich auch 2011 fortgesetzt, da das reale BIP um 10,7 Prozent anstieg. Diese Gesamtzahl erhielt einen starken Impuls durch die Zunahme des BIP von 26,6 Prozent in Gaza. Dieses Wachstum ist jedoch keineswegs ein Zeichen für eine gesündere Wirtschaft, da es hauptsächlich zurückzuführen ist auf einen durch die Tunnelwirtschaft geförderten Boom der Bauaktivitäten in Verbindung mit einer Zunahme von Baumaterial, dessen Einfuhr von Israel für Bauprojekte internationaler Organisationen gestattet wird. Hinzu kommt, dass diese Zahl zwar hoch erscheinen mag, es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass sie gegenüber ihrem früheren Stand vor dem Beginn der zweiten Intifada im Jahr 2000 von einer sehr niedrigeren Ausgangsbasis ausgeht. Im Westjordanland fiel das BIP-Wachstum mit 5,7 Prozent wesentlich geringer aus, was gegenüber dem Wachstum von 8 Prozent im Jahr 2010 einer Abschwächung entspricht.

28. Das reale Pro-Kopf-BIP nahm 2011 ebenfalls zu und erreichte 1.614 US-Dollar, was etwa 2 Prozent weniger ist als der Stand von 1999, bei weiterhin große Unterschieden im Pro-Kopf-Einkommen zwischen dem Westjordanland und Gaza. Während die Höhe des realen Pro-Kopf-BIP im Westjordanland (1.981 US-Dollar) etwas höher liegt als 1999, ist es in Gaza (1.073 US-Dollar) noch immer 17 Prozent unter dem Stand der zweiten Intifada (siehe Abbildung 2.1). Demgegenüber liegt das Pro-Kopf-BIP in Israel, mit dem das besetzte palästinensische Gebiet in einer Zollunion verbunden ist, 22 Prozent höher als 1999, was dem Zwanzigfachen des Niveaus von 2011 im besetzten palästinensischen Gebiet entspricht.

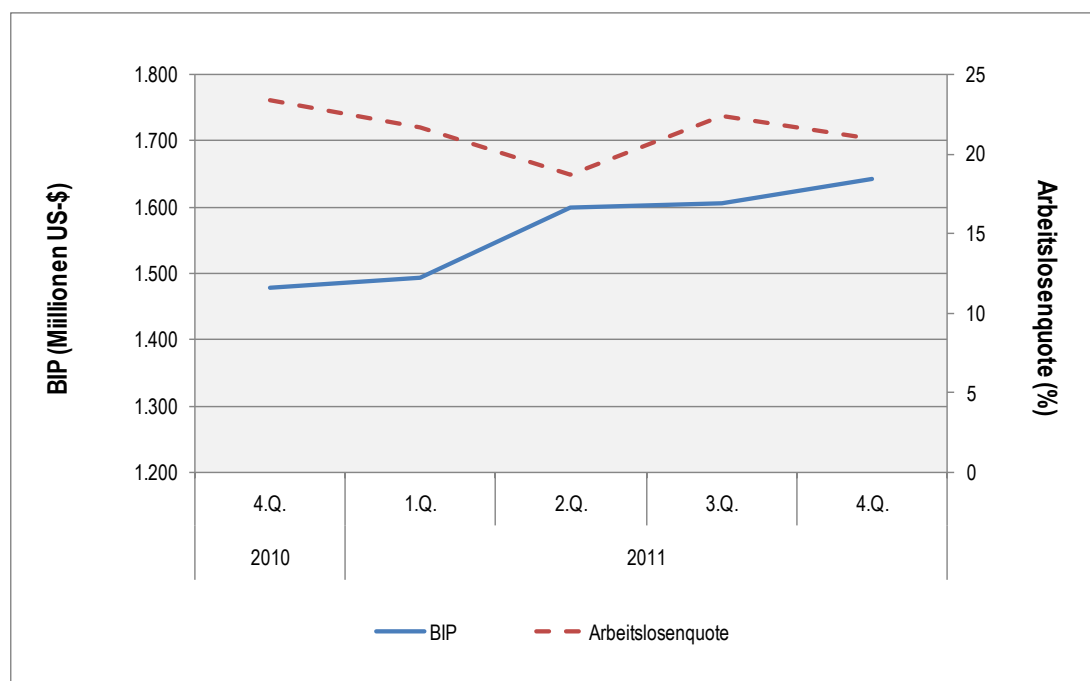
Abbildung 2.1. BIP und Pro-Kopf-BIP, 1999-2011, konstante Preise von 2004



Quelle: PCBS, National Accounts (verschiedene Jahre) (2012a).

29. Insgesamt wuchs das BIP im ersten Halbjahr 2011 schneller als im zweiten. Während das Wachstum der Bau- und Dienstleistungssektoren durch höhere Einfuhren von Verbrauchsgütern und Baumaterialien nach Gaza seit dem zweiten Halbjahr 2010 gestärkt wurde, haben sich 2011 an die relativen Erleichterungen israelischer Restriktionen der Bewegungsfreiheit innerhalb des Westjordanlandes im ersten Halbjahr 2010 keine weiteren Maßnahmen dieser Art angeschlossen. Die Arbeitslosenquote, die im ersten Halbjahr durch das BIP-Wachstum zurückging, stieg im dritten Quartal wieder an, da sich die Wirtschaftstätigkeit verlangsamte (siehe Abbildung 2.2). Die Gesamtarbeitslosigkeit fiel von 23,7 Prozent im Jahr 2010 auf 21 Prozent im Jahr 2011. Seit dem Jahr 2000, als die Arbeitsmöglichkeiten in Israel drastisch eingeschränkt wurden, lag sie ständig über 20 Prozent; das im besetzten palästinensischen Gebiet in den letzten fünf Jahren erzielte eingeschränkte Wirtschaftswachstum hat die Arbeitsmarktaussichten für die meisten Palästinenser nicht deutlich verbessert.

Abbildung 2.2. Vierteljährliches BIP und Arbeitslosigkeit, 2010-11



Quelle: PCBS, National Accounts (2012a) sowie Labour Force Survey (2012b).

30. Die palästinensische Wirtschaft ist weiter stark von Geberhilfen abhängig. 2011 sind nur zwei Drittel der im Haushalt vorgesehenen Beträge eingegangen³. Aufgrund der globalen Konjunkturabschwächung und der abnehmenden Geberhilfen sind bei der Palästinensischen Behörde große Rückstände gegenüber dem privaten Sektor entstanden. Ohne die Möglichkeit, beim innerstaatlichen Banksystem Geld aufzunehmen, musste die Palästinensische Behörde ihre Sparmaßnahmen verschärfen und ist jetzt mit einer gravierenden Finanzkrise konfrontiert. Ihre Fähigkeit zur Aufrechterhaltung von Lohnzahlungen wurde 2011, als Israel der Palästinensischen Behörde geschuldete Zolleinnahmen zurückhielt, zweimal in Frage gestellt und ist gegenwärtig in Anbetracht der akuten Haushaltskrise, in der sie sich befindet, bedroht. Die Weltbank hat darauf hingewiesen,

³ 2011 belief sich der Mittelbedarf zur Deckung des immer wieder auftretenden Defizits auf 1 Milliarde US-Dollar, während lediglich 0,8 Milliarden US-Dollar als direkte Haushaltsunterstützung eingingen; zusätzlich wurden lediglich 0,2 Milliarden US-Dollar der im Haushalt für Entwicklungshilfe vorgesehenen 0,5 Milliarden US-Dollar bereitgestellt (IWF, 2012).

dass es dringend erforderlich ist, zusätzliche Gebermittel ausfindig zu machen, da „eine mangelnde Unterstützung der Palästinensischen Behörde zu diesem Zeitpunkt die bedeutenden Fortschritte gefährden könnte, die die Palästinensische Behörde beim Aufbau von Institutionen eines zukünftigen Staates erzielt hat, und ihre Fähigkeit schwächen würde, für die palästinensische Bevölkerung grundlegende Dienste zu erbringen“ (Weltbank, 2012, Absatz 11).

31. Auch 2011 wurde die Wirtschaft vom Dienstleistungssektor dominiert, während die produktiven Sektoren Fertigung und Landwirtschaft weniger als ein Fünftel zum BIP beitrugen (siehe Übersicht 2.1). Im Gegensatz dazu entfiel 1994 über ein Drittel des BIP auf diese beiden Wirtschaftssektoren. Besonders heftig fiel der Rückgang im Bereich der Fertigung (ohne Bergbau und Gewinnung von Steinen) aus, da 2011 lediglich 8,6 Prozent des BIP auf diesen Sektor entfielen gegenüber 19,9 Prozent im Jahr 1994. Ständige Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs zu produktiven Ressourcen haben – wie später in diesem Kapitel beschrieben – bei der Schwächung der palästinensischen Produktionsgrundlagen eine zentrale Rolle gespielt. Andererseits setzte der Bau-sektor sein Wachstum fort und erreichte im vierten Quartal 2011 einen Anteil von 11 Prozent des BIP und 13,3 Prozent der Beschäftigung gegenüber 9,4 Prozent und 12,7 Prozent im Vorjahr. Auf Dienstleistungen und Handel entfallen 55 Prozent der Gesamtbeschäftigung, und der Anteil der Landwirtschaft ist auf 14,4 Prozent angewachsen gegenüber 12,5 Prozent im Vorjahr. Der im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Beschäftigung geringe Beitrag der Landwirtschaft und des Handels zum BIP zeigt, wie niedrig die Produktivität in diesen Sektoren ist.

Übersicht 2.1. Sektorale Aufteilung von BIP und Beschäftigung, viertel Quartal, 2011

	2011 4.Q. (in %)	
	Anteil am BIP	Anteil an der Beschäftigung
Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft	7,5	14,4
Fertigung, Bergbau und Gewinnung von Steinen	11,9	11,3
Baugewerbe	11,0	13,3
Handel, Gaststätten und Hotels	13,6	19,6
Verkehrswesen, Lagerung und Nachrichtenübermittlung	7,3	6,0
Dienstleistungen und andere Branchen	48,7	35,4
Insgesamt	100,0	100,0

Quelle: PCBS, National Accounts (2012a) und Labour Force Survey (2012b).

Arbeitsmarktentwicklungen

32. 2011 wuchs die Erwerbsbevölkerung insgesamt gegenüber dem Stand von 2010 um beachtliche 8,6 Prozent (siehe Übersicht 2.2). Die Erwerbsquote stieg gleichzeitig um 4,4 Prozent, von 41,1 Prozent im Jahr 2010 auf 42,9 Prozent im Jahr 2011. Dies setzt sich aus einem Anstieg von 2,7 Prozent bei Männern und einem beachtlichen Zuwachs von 12,8 Prozent bei Frauen zusammen. Im vierten Quartal 2011 erreichte die Erwerbsquote der Frauen 18,7 Prozent, was nach internationalen Maßstäben immer noch sehr niedrig ist, gegenüber den in den Vorjahren verzeichneten 13 bis 15 Prozent jedoch einen deutlichen Anstieg darstellt. Dies ist zum Teil auf den allgemeinen Anstieg der

Beschäftigung in der Landwirtschaft zurückzuführen, der nicht zwangsläufig mit einer besseren Beschäftigungsqualität für Frauen einhergeht, da es sich bei einem großen Anteil dieser Arbeitskräfte um unbezahlt mithelfende Familienangehörige handelt. Ein weiterer Grund ist in den institutionellen Reformen zu sehen, die von der Palästinensischen Währungsbehörde (PMA) durchgeführt worden sind. Das von der PMA eingerichtete Kreditbüro wurde 2011 auf Mikrofinanzinstitutionen ausgedehnt, deren Kunden hauptsächlich Frauen sind. Die hohen Tilgungsquoten dieser Mikrofinanzkunden führten automatisch zu einem guten Kreditrating. Dadurch waren Banken in der Lage, diesen Kunden erstmalig Kredite zu gewähren, und zwar zu Zinssätzen, die deutlich unter denen der Mikrofinanzinstitutionen lagen. Viele Unternehmerinnen waren so in der Lage, ihre Unternehmenstätigkeit auszuweiten und zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen.

Übersicht 2.2. Arbeitsmarktindikatoren, 2010-11

	2010	2011				2010	2010-2011
	Jahresdurchschnitt	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	Jahresdurchschnitt	Veränderung (in %)
Bevölkerung über 15 Jahren (in 1.000)	2.376	2.432	2.455	2.477	2.500	2.466	3,8
Erwerbstätige (in 1.000)	975,5	997	1.048	1.081	1.111	1.059,3	8,6
Beschäftigung (in 1.000)	744,3	780	852	839	878	837,3	12,5
Westjordanland	471,3	478	517	500	545	510,0	8,2
Gaza	193,5	224	251	251	248	243,5	25,8
Israel und Siedlungen	78,5	78	84	87	84	83,3	6,1
Arbeitslosigkeit (in 1.000)	231,5	217	196	242	233	222,0	-4,1
Erwerbsquote (%)	41,1	41,0	42,7	43,6	44,4	42,9	4,4
Männlich	66,9	66,7	68,6	70,0	69,5	68,7	2,7
Weiblich	14,7	14,7	16,2	16,7	18,7	16,6	12,8
Arbeitslosenquote (%)	23,7	21,7	18,7	22,4	21,0	21,0	-11,6
Männlich	23,1	20,5	16,4	20,5	19,3	19,2	-17,0
Weiblich	26,9	27,3	28,6	30,5	27,2	28,4	5,6
Westjordanland (%)	17,2	17,4	15,4	19,7	16,6	17,3	0,4
Männlich	16,6	16,3	13,4	18,3	15,5	15,9	-4,4
Weiblich	19,9	21,8	23,3	25,3	20,3	22,7	13,9
Gaza (%)	37,8	30,8	25,6	28,0	30,3	28,7	-24,1
Männlich	36,1	28,9	22,4	24,9	27,0	25,8	-28,5
Weiblich	47,6	42,1	43,6	43,4	46,4	43,9	-7,8

Quelle: PCBS, Labour Force Survey, 2010-11 (2012b).

33. Die Gesamtbeschäftigung wuchs 2011 um 12,5 Prozent, da in Gaza 50.000 neue Arbeitsplätze (eine Zunahme von 25,8 Prozent) und im Westjordanland etwa 39.000 neue Arbeitsplätze (eine Zunahme von 8,2 Prozent) entstanden, hauptsächlich in den Bau- und Landwirtschaftssektoren. Die so entstandene Beschäftigungsquote (Gesamtbeschäftigung als Anteil der Bevölkerung im Alter über 15 Jahren) lag im vierten Quartal 2011 bei 35,1 Prozent gegenüber 31,8 Prozent im Vorjahr. Die Beschäftigungsquote der Männer belief sich 2011 auf 56,1 Prozent während die der Frauen mit 13,6 Prozent zwar deutlich niedriger lag, jedoch höher war als die im vierten Quartal 2010 verzeichneten 11,8 Prozent.

34. Der Zustrom von Arbeitskräften nach Israel und in die Siedlungen verzeichnete 2011 einen Anstieg um 6,1 Prozent und belief sich auf geschätzte 83.300 Arbeitskräfte. Die legale Beschäftigung in Israel unterliegt weiterhin einem strengen Quoten- und Genehmigungssystem und ist so anfällig für Missbrauch durch Vermittler und Arbeitgeber. Nach Angaben des Israelischen Koordinators für die Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT) waren im März 2012 34.250 Genehmigungen für Palästinenser aus dem Westjordanland für eine Arbeit in Israel und weitere 22.955 für eine Arbeit in den Siedlungen ausgestellt worden (COGAT, 2012). Verglichen mit der Zahl der 2010 ausgestellten Genehmigungen stellt dies einen Zuwachs von 13 Prozent dar. Dies bedeutet auch eine Umkehr des jüngsten Trends, demzufolge die Anzahl der für die Arbeit in den Siedlungen ausgestellten Genehmigungen schneller ansteigt als die für eine Arbeit in Israel. Dies ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass die israelische Regierung sich nach den massiven Protesten über die Lebenshaltungskosten in Israel im Sommer 2011 verpflichtet hat, die Zahl erschwinglicher Wohnungen deutlich zu erhöhen. Diese Wohnungen müssen jedoch noch erstellt werden, und dafür sind mehr Bauarbeiter erforderlich. Tatsächlich haben die Anforderungen der israelischen Wirtschaft dazu geführt, dass für 2012 hauptsächlich für den Bausektor weitere 5.000 Genehmigungen erteilt worden sind. Diese Aufstockung wurde von der Palästinensischen Behörde begrüßt, da sie unter großem Druck steht, ihre eigenen Lohnausgaben zu kürzen.

35. Aus den genannten Ziffern ergibt sich, dass etwa 26.000 Menschen weiterhin ohne Genehmigung in Israel arbeiten und besonders anfällig für Ausbeutung und Missbrauch sind. Wenn nicht zugelassen wird, dass sich die Aufnahmefähigkeit der palästinensischen Wirtschaft so sehr verbessert, dass palästinensische Arbeitskräfte die Möglichkeit einer menschenwürdigen Beschäftigung erhalten, wird der Reiz höherer Einkommen weiterhin stärker wiegen als die Kosten, der zeitliche Aufwand und die häufigen Erniedrigungen im Zusammenhang mit dem Passieren der Sperrmauer und den hohen Risiken einem Passieren ohne Genehmigung, und palästinensische Arbeitnehmer werden weiter verleitet werden, in Israel und in die Siedlungen einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

36. 2011 sank die Arbeitslosigkeit im besetzten palästinensischen Gebiet um 4,1 Prozent auf 222.000 Menschen, was einer Gesamtarbeitslosenquote von 21 Prozent entspricht gegenüber von 23,7 Prozent im Jahr 2010. Zurückzuführen ist dies vor allem auf den Rückgang der Arbeitslosigkeit in Gaza von 37,8 Prozent auf 28,7 Prozent, während die Quote in Westjordanland praktisch gleichgeblieben ist. Die Gesamtarbeitslosigkeit der Männer lag bei 19,2 Prozent, die der Frauen jedoch bei 28,4 Prozent. Während die Arbeitslosigkeit der Frauen in Gaza von 47,6 Prozent auf 43,9 Prozent fiel, was immer noch extrem hoch ist, stieg sie im Westjordanland hingegen von 19,9 Prozent auf 22,7 Prozent.

Kasten 2.1. Jugendbeschäftigung im besetzten palästinensischen Gebiet

Die junge Bevölkerung im besetzten palästinensischen Gebiet ist ziemlich groß und nimmt rasch weiter zu. 2010 waren 41,3 Prozent der Gesamtbevölkerung oder 1,67 Millionen Menschen jünger als 15 (PCBS, 2011). Auf jüngere Menschen im Alter von 15 bis 29 entfallen weitere 29,6 Prozent, so dass 71 Prozent der palästinensischen Bevölkerung derzeit jünger als 30 sind.

2011 waren 28,5 Prozent der jungen Bevölkerung im Alter von 15 bis 24 erwerbstätig, darunter 47 Prozent der jungen Männer, jedoch nicht einmal 10 Prozent der jungen Frauen. Die Erwerbsquoten waren im Westjordanland höher als in Gaza, wo es viel weniger Möglichkeiten für eine produktive Beschäftigung gibt.

Von den zur Gruppe der Erwerbspersonen zählenden 15 bis 24-Jährigen waren 2011 32,2 Prozent der jungen Männer und 53,5 Prozent der jungen Frauen arbeitslos, so dass die Jugendarbeitslosenquote insgesamt 35,7 Prozent betrug, was 1,7-mal höher ist als die Gesamtarbeitslosigkeit im besetzten palästinensischen Gebiet. Am gravierendsten ist die Situation in Gaza, wo etwa 46 Prozent der jungen Männer und erschütternde 78 Prozent der jungen Frauen arbeitslos waren.

Über drei Viertel der nicht erwerbstätigen jungen Menschen studierten. Besorgniserregend ist, dass 17 Prozent der jungen Menschen dieser Altersgruppe weder erwerbstätig sind noch studieren, darunter 28 Prozent der jungen Frauen. Dies ist ein Verlust von wertvollem Wirtschaftspotenzial, da die großen Bildungserfolge der jungen Frauen nicht zu Fortschritten auf dem Arbeitsmarkt führen.

Die militärische Besetzung schränkt die Mobilität stark ein und begrenzt somit die Beschäftigungschancen der palästinensischen Jugendlichen. Im Westjordanland können junge unverheiratete Menschen unter 26 keine Arbeitsgenehmigung für Israel erhalten. Da die Palästinensische Behörde weniger Neueinstellungen vornehmen kann, sind junge Menschen von einem schwachen privaten Sektor abhängig. Die Frage einer zukünftigen Beschäftigung gehört zu den größten Sorgen junger Palästinenser, und viele werden selbst aktiv, indem sie sich kollektiv in örtlichen und nationalen Jugendräten zusammenschließen und sich an der kommunalen Entwicklung beteiligen und so eigenen Verbindungen zur Welt der Arbeit schaffen.

Arbeitsmarktindikatoren für Jugendliche (im Alter 15 bis 24), 2010-11

	2010	2011		
	Insgesamt	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Erwerbsquote von Jugendlichen (%)	25,8	28,5	46,6	9,7
Westjordanland	29,1	31,9	51,8	11
Gaza	20,4	23,2	38,1	7,7
Arbeitslosenquote von Jugendlichen (%)	38,8	35,7	32,2	53,5
Westjordanland	28,2	28,8	26	42,7
Gaza	63,4	51	45,7	78,1
Jugendliche Nichterwerbspersonen (%)	74,2	71,5	53,4	90,3
In Ausbildung (%)	55,1	54,2	46,7	61,9
Nicht in Ausbildung (%)	19,1	17,3	6,7	28,4

Quelle: PCBS, Labour Force Survey Database, 2010-11.

In Gaza gab es 2011 zwar eine höhere Nachfrage nach Arbeitskräften für das Baugewerbe, die Nachfrage nach jungen Hochschulabsolventen war jedoch ausgesprochen gering. Einige IT-Fachkräfte konnten einen Arbeitsplatz finden oder in der eigenen Wohnung eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnehmen, was nur geringe Kapitalinvestitionen erfordert, die große Mehrzahl blieb jedoch arbeitslos. Für Geistes-

wissenschaftler gab es noch weniger Möglichkeiten, erworbene Fähigkeiten und Kenntnisse anzuwenden, und viele suchten Zuflucht zum Bausektor (ohne über die notwendigen Fähigkeiten zu verfügen) oder zu Notprogrammen für die Schaffung von Arbeitsplätzen, z. B. die Programme des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinapalästinäflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), das jedoch Ende 2011 wegen gravierender Finanzierungsengpässe den Umbau seiner Tätigkeiten um 75 Prozent verringern musste (UNRWA, 2012). In Gaza besteht für junge Menschen ein gravierender Mangel an Möglichkeiten für eine dauerhafte Beschäftigung, und ganz besonders für junge Hochschulabsolventen, was die meisten jungen Frauen zur Untätigkeit verdammt und viele junge Männer zwingt, sich um eine gefährliche Beschäftigung in der informellen Tunnelwirtschaft zu bemühen.

Diese Situation zeigt, dass es ganz allgemein erforderlich ist, die notwendigen Bedingungen zu schaffen, die das Wachstum eines dynamischen und nachhaltigen Privatsektors ermöglichen. Gleichzeitig sind umfassende Investitionen für spezifisch ausgerichtete aktive Arbeitsmarktpolitiken und -programme erforderlich, um die Berufsbildung, Berufsberatung und die Unternehmensentwicklung für palästinensische Jugendliche zu unterstützen.

37. Die jüngsten zur Verfügung stehenden Daten für das besetzte palästinensische Gebiet zeigen, dass die mit Hilfe von Verbrauchsdaten auf der Grundlage eines Haushalts für grundlegende Bedarfsausgaben ermittelte Gesamtarmutsquote 2010 25,7 Prozent betrug, wovon 18,3 Prozent auf das Westjordanland und 38 Prozent auf Gaza entfielen (PCBS, 2011). Außerdem waren 14,1 Prozent aller Menschen im besetzten palästinensischen Gebiet – 8,8 Prozent im Westjordanland und 23 Prozent in Gaza – von tiefer Armut betroffen. Die Armutsquote liegt in von Frauen geführten Haushalten (29,8 Prozent) höher als in von Männern geführten Haushalten (25,5 Prozent). Indem sie einen höheren Konsum ermöglichte, verringerte die Sozialhilfe diese Armutsquoten um fast 17 Prozent. Der Geberhilfe kam bei der Verringerung von Armut einer entscheidenden Rolle zu, bei einer geringeren diesbezüglichen Unterstützung werden Armutsquoten jedoch voraussichtlich ansteigen.

Preise und Löhne

38. Gemessen am palästinensischen Verbraucherpreisindex fiel die Inflationsrate im besetzten palästinensischen Gebiet 2011 geringfügig auf 2,88 Prozent gegenüber 3,75 Prozent im Jahr 2010 (PCBS, 2011c und 2012c). Am stärksten stiegen die Preise in den Kategorien Alkohol und Tabak (6,22 Prozent), Gaststätten und Hotels (5,89 Prozent), Transport (4,78 Prozent) und Bekleidung (4,6 Prozent). Die Inflation war höher in Ostjerusalem (4,13 Prozent) und im Westjordanland (3,54 Prozent) als in Gaza (0,57 Prozent). Die niedrigere Quote in Gaza erklärt sich aus der verstärkten Einfuhr von Verbrauchsgütern aus Israel durch Kerem Shalom zusätzlich zu den billigen Importen durch den illegalen Tunnel unter Rafah, was ein Wiederauftreten der Versorgungsengpässe wie noch vor zwei Jahren verhindert hat.

39. In Gaza lagen die durchschnittlichen Tageslöhne 2011 zwar etwas höher als 2010, sie waren jedoch noch immer erheblich niedriger als die Durchschnittslöhne im Westjordanland. Im öffentlichen Sektor lagen die Reallöhne 6,4 Prozent höher als 2010 (siehe Übersicht 2.3). Im Westjordanland lagen die nominalen durchschnittlichen Tageslöhne im öffentlichen Sektor und für Arbeit in Israel und in den Siedlungen 2011 etwas höher als 2010. Die Löhne im Privatsektor waren 2011 jedoch sowohl in nominaler Hinsicht (78,6 neue israelische Scheckel (NIS) 2011 gegenüber 81,4 NIS gegenüber 2010) als auch real niedriger, nämlich um 6,7 Prozent. Außerdem besteht im besetzten palästinensischen Gebiet ein großes geschlechtsspezifisches Lohngefälle; der durchschnittliche

Tageslohn der Frauen lag 2011 bei lediglich 84 Prozent des Lohns von Männern (PCBS, 2012d). Der für Arbeit in Israel und in den Siedlungen gezahlte Reallohn verzeichnete gegenüber seinen Stand von 2010 zwar einen Rückgang um 0,8 Prozent, der durchschnittliche Tageslohn lag jedoch immer noch mehr als doppelt so hoch wie im Privatsektor des Westjordanlands. Im kürzlich angenommenen Gesamtarbeitsvertrag für den Bausektor in Israel wurde ein neuer Mindestlohn von 5.000 NIS pro Monat festgelegt, was für palästinensische Arbeitnehmer in Anbetracht des Mangels an gut bezahlten Beschäftigungsmöglichkeiten im Westjordanland ein finanziell attraktives Angebot ist. Während ein potentieller palästinensischer nationaler Mindestlohn (siehe Kapitel 4) zweifellos nicht ein ähnliches Niveau erreichen könnte, wäre er dennoch in Anbetracht des beträchtlichen zeitlichen und finanziellen Aufwandes für Fahrten zur Arbeit nach Israel und den Siedlungen ein Anreiz, sich um eine Beschäftigung in der örtlichen Wirtschaft zu bemühen, und er würde das Geschlechtergefälle beim Lohn verringern und einen grundlegenden Basisschutz für die Schwächsten in der Gesellschaft schaffen.

Übersicht 2.3. Nominale und reale Durchschnittslöhne und -preise, 2011

	Westjordanland	Gaza
Durchschnittlicher Tageslohn (NIS), 2011		
Öffentlicher Sektor	94,30	79,10
Privater Sektor	78,60	42,30
Israel und Siedlungen	162,20	–
Reallohnveränderungen 2010-11 (%)		
Öffentlicher Sektor	0,50	6,40
Privater Sektor	-6,70	1,10
Israel und Siedlungen	-0,80	–
Verbraucherpreisindex 2011 (%)	3,54	0,57

Quelle: PCBS, Labour Force Survey , 2010-11 (2012a) und Daten des Verbraucherpreisindex (2012c).

Begrenzter Zugang zu Produktivressourcen im Westjordanland

40. Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs zu Produktivressourcen und Märkten prägen weiterhin das tägliche Leben und die wirtschaftliche Entwicklung im Westjordanland. Beschränkungen der Bewegungsfreiheit erfolgen zusätzlich zu der Sperrmauer im Westjordanland in Form von Kontrollpunkten, Straßensperren, Metalltorren, Erdwällen und Gräben. Verstärkt werden diese physischen Hindernisse durch komplizierte administrative Kontrollmaßnahmen, die auch ein komplexes und undurchsichtiges System von Genehmigungen umfassen. Im ersten Halbjahr 2010 kam es zu einer relativen Lockerung der Abriegelungshindernisse innerhalb des Westjordanlandes, da ihre Zahl bis zum Juli 2010 von 630 auf 505 verringert wurde. Anschließend gab es jedoch keine weitere Lockerung, da im Dezember 2011 (ohne die Kontrollstellen der Sperrmauer) 523 die Bewegungsfreiheit einschränkende Hindernisse verzeichnet wurden, darunter 62 ständig besetzte Kontrollstellen (OCHA, 2012a). Außerdem wurden 2011 zusätzlich monatlich durchschnittlich 495 Ad-hoc- oder „fliegende“ Kontrollstellen beobachtet, gegenüber 351 in den vorangegangenen zwei Jahren. Außerdem gab es in

der Altstadt von Hebron (Zone H2) ⁴ weitere 122 Kontrollstellen und andere Hindernisse, die in den genannten Zahlen nicht enthalten sind und sie vom Rest der Stadt abschneiden (OCHA, 2011a).

41. Der Abbau eines Teils der Abriegelungs-Infrastruktur im Jahr 2010 hat die Verbindungsmöglichkeiten zwischen palästinensischen Städten zwar allgemein erleichtert, bestimmte Kontrollmechanismen wurden jedoch weiter verstärkt. Dabei handelt es sich um bestimmte Kontrollpunkte sowie um den Ausbau eines alternativen „Lebensader“-Straßennetzes für Palästinenser mit dem Ziel, so einen Verkehrszusammenhang anstelle einer territorialen Kontinuität herzustellen. Dies trägt zur Unterbrechung des traditionellen Straßenverlaufs, zu weiteren Landverlusten und zur anhaltenden Fragmentierung des Westjordanlandes bei. Gleichzeitig gab es eine deutliche Erschwerung beim Zugang zu der „Randzone“ zwischen der Sperrmauer und der Waffenstillstandslinie von 1949 (der „Grünen Linie“) sowie zu Ostjerusalem, wo Palästinenser mit Ausweisen des Westjordanlands und den entsprechenden Passierscheinen für Ostjerusalem nur vier der 16 Kontrollstellen der Sperrmauer benutzen können. Der Zugang von Palästinensern zu Land und die Nutzung von Flächen im Westjordanland, insbesondere im Gebiet C, das 60 Prozent des Westjordanlandes umfasst, ist nach wie vor stark eingeschränkt.

42. Die Sperrmauer, deren vorgesehener Verlauf sich über eine Gesamtlänge von 708 Kilometer erstrecken soll, war im September 2011 zu 62 Prozent fertiggestellt und 80 Prozent ihres Verlaufs befand sich innerhalb des Westjordanlands (OCHA, 2011a) ⁵. Sie isoliert 10 Prozent der Landmasse vom restlichen Westjordanland, darunter große landwirtschaftliche Flächen sowie Wasserressourcen und Ostjerusalem. Besonders nachteilig hat sich der Bau der Sperrmauer auf den Distrikt Tulkarem im nördlichen Westjordanland ausgewirkt, da sie dort mitten durch zahlreiche Dörfer verläuft, landwirtschaftliche Flächen abtrennt und den Handel mit traditionellen Märkten in der Randzone und in Israel einschränkt. Die örtliche Wirtschaft ist durch die Sperrmauer eingebrochen und mit sehr begrenzter Kapazität zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gehört die Arbeitslosenquote von 22,1 Prozent im Distrikt Tulkarem jetzt zu den höchsten im Westjordanland, wo lediglich das benachbarte Qalqilya, das unter ähnlichen Einschränkungen leidet, eine ähnliche hohe Quote erreicht.

43. Im Distrikt Tulkarem hat das Dorf Nazlet Issa durch den Bau der durch das Dorf verlaufenden Sperrmauer eine Fläche von einigen Tausend Dunums ⁶ verloren. Für den Bau der Mauer wurden vier Häuser abgerissen, und sechs Häuser liegen jetzt in der Randzone ⁷. Vor dem Bau der Mauer bestand der Markt von Nazlet Issa aus über 500 Kleinbetrieben, die etwa 1.500 Menschen beschäftigten. Von diesen Kleinbetrieben wurden 225 für den Bau der Sperrmauer zerstört, und die meisten noch verbleibenden

⁴ Mit dem speziellen Hebron-Protokoll, unterzeichnet am 17. Januar 1997 von Israel und der Palästinensischen Behörde, wurde eine gesonderte Zone (H2) geschaffen, die etwa 20 Prozent der Stadt Hebron umfasst. Es war vorgesehen, dass die Palästinensische Behörde Verwaltungsdienste für diese Zone bereitstellt, Israel jedoch uneingeschränkt die Sicherheitskontrolle übernehmen würde. In diesem Gebiet wohnen etwa 500 israelische Siedler inmitten von 35.000 Palästinensern (rund etwa 180.000 Palästinensern in der Stadt Hebron insgesamt). Diese Siedler werden von 1.500 Soldaten der israelischen Streitkräfte geschützt.

⁵ Im Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH, 2004) vom 9. Juli 2004 zur Sperrmauer wurde die sofortige Einstellung und Rückgängigmachung der Baumaßnahmen sowie eine Wiedergutmachung sämtlicher dadurch verursachter Schäden gefordert. Diese Forderung wurde anschließend von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution A/RES/ES-10/15 vom 20. Juli 2004 unterstützt.

⁶ Ein Dunum entspricht 0,1 Hektar.

⁷ Die Abtrennung dieser sechs Häuser durch die Sperrmauer führte dazu, dass 62 Menschen in sechs Großfamilien Sondergenehmigungen benötigen, um das restliche Dorf durch ein spezielles Tor zu erreichen, das nur von 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends geöffnet ist.

Betriebe haben ihre Geschäftstätigkeit eingestellt, da viele ihrer Kunden aus benachbarten Dörfern und nahegelegenen arabischen israelischen Städten kamen, die jetzt von Nazlet Issa abgeschnitten sind.

44. Gelitten haben auch Landbesitzer und landwirtschaftliche Arbeitskräfte. Um zum Land in der Randzone zu gelangen, sind Genehmigungen für eine landwirtschaftliche Passierstelle erforderlich; die Regeln für die Ausgabe von Genehmigungen sind jedoch offenbar im letzten Jahr verschärft worden. Genehmigungen werden nur registrierten Landbesitzern und ihren offiziell beurkundeten direktem Erben ausgestellt, nicht jedoch anderen Familienmitgliedern oder zusätzlichen Arbeitskräften, was für ältere Landwirte ein besonderes Problem darstellt. Die Genehmigungen können grundsätzlich für jeden Zeitraum von zehn Tagen (für die Olivenernte) bis zu maximal zwei Jahren ausgestellt werden. In der Praxis werden sie in der Regel für maximal drei bis sechs Monate ausgestellt ohne die Garantie einer Erneuerung oder der Dauer zukünftiger Genehmigungen. Weitere Schwierigkeiten entstehen dadurch, dass zusätzliche Sondergenehmigungen erforderlich sind, um Maschinen durch die landwirtschaftlichen Passierstellen zu bringen, die sehr begrenzte und unregelmäßige Öffnungszeiten haben, was eine produktive Nutzung des Landes erschwert.

45. Neben zu den Auswirkungen auf Händler und Landwirte von Nazlet Issa wurden auch viele Familien von ihren Angehörigen und Existenzgrundlagen in anderen Dörfern der Randzone sowie von ihren früheren Arbeitsplätzen auf dem israelischen Arbeitsmarkt abgeschnitten. Da im Dorf jetzt nur noch sehr geringe Erwerbsmöglichkeiten bestehen, ist die Arbeitslosigkeit hoch. Viele Angehörige der jüngeren Generation ziehen nach Ramallah oder gehen sogar ins Ausland, um eine Arbeit zu finden.

46. Der Zugang zum Land ist jedoch nicht nur ein Problem für die Bevölkerung in der Nähe der Sperrmauer; auf das Gebiet C, in dem 150.000 Palästinenser leben, entfallen zwar 60 Prozent der Landmasse des Westjordanlands, in 70 Prozent dieses Gebietes, die vom israelischen Militär zur Sperr- oder Restriktionszone erklärt worden sind und wo sich zahlreiche israelische Siedlungen befinden, sind palästinensische Bauarbeiten jedoch untersagt. Neunundzwanzig Prozent des Landes unterliegen starken Restriktionen, und für weniger als ein Prozent des Gebietes C sind von der israelischen Zivilverwaltung palästinensische Entwicklungsmaßnahmen vorgesehen worden. 2011 wurden von der Verwaltung 119 Entwicklungsprojekte im Gebiet C gebilligt (COGAT, 2012), was begrüßenswert ist, die Projektbewilligung ist im Gebiet C jedoch weiterhin ein äußerst bürokratischer und zeitaufwendiger Prozess, der insgesamt nur selten erfolgreich ist. Andererseits gab es 2011 eine starke Zunahme von Abrisstätigkeiten im Gebiet C, da 560 palästinensische Bauten zerstört wurden und weitere 97 in den ersten zwei Monaten des Jahres 2012 (OCHA, 2012a). Siebenundachtzig Prozent des Jordantals gehören zum Gebiet C, und praktisch überall ist eine palästinensische Nutzung untersagt (OCHA, 2012b); ein Großteil des fruchtbaren Ackerlandes wird stattdessen von israelischen Siedlern genutzt. Die israelischen Siedlungen im Jordantal beherbergen profitable landwirtschaftliche Großbetriebe, die Dank eines intensiven Anbaus jährlich Erzeugnisse im Wert von 500 Millionen NIS für den inländischen Verbrauch und den Export produzieren (B'Tselem, 2011a).

47. Die Kontrolle über das Land bestimmt auch die mögliche Nutzung der natürlichen Ressourcen. Im Dezember 2011 hat der Oberste Gerichtshof Israels eine Petition zurückgewiesen, in der die Rechtmäßigkeit der Geschäftstätigkeit von zehn in israelischen Besitz befindlichen Steinbrüchen im Gebiet C des Westjordanlandes in Frage gestellt wurde. 94 Prozent der Produktion dieser Steinbrüche wird vom Westjordanland nach Israel ausgeführt (OCHA, 2012c).

48. Der Zugang zu Wasser als einer produktiven Ressource ist eine weitere Einschränkung der palästinensischen Existenzgrundlagen. Die grenzüberschreitenden Wasseradern unter dem Westjordanland, gemeinhin als Berg-Aquifere bekannt, sind die einzige Wasserquelle, die für die häuslichen und landwirtschaftlichen Bedürfnisse der Palästinenser im Westjordanland zur Verfügung steht. In der Praxis entnimmt Israel wesentlich mehr Wasser als im Oslo-Abkommen vereinbart worden war und nutzt somit geschätzte 86 Prozent des insgesamt aus der Grundwasserschicht entnommenen Wassers gegenüber einer Entnahme von weniger als 14 Prozent durch Palästinenser (Weltbank, 2009; OCHA, 2012d). Dies führt zu einem Defizit bei dem den Palästinensern zur Verfügung stehenden Wasser⁸, was Produktivitätsfortschritte in der Landwirtschaft begrenzt.

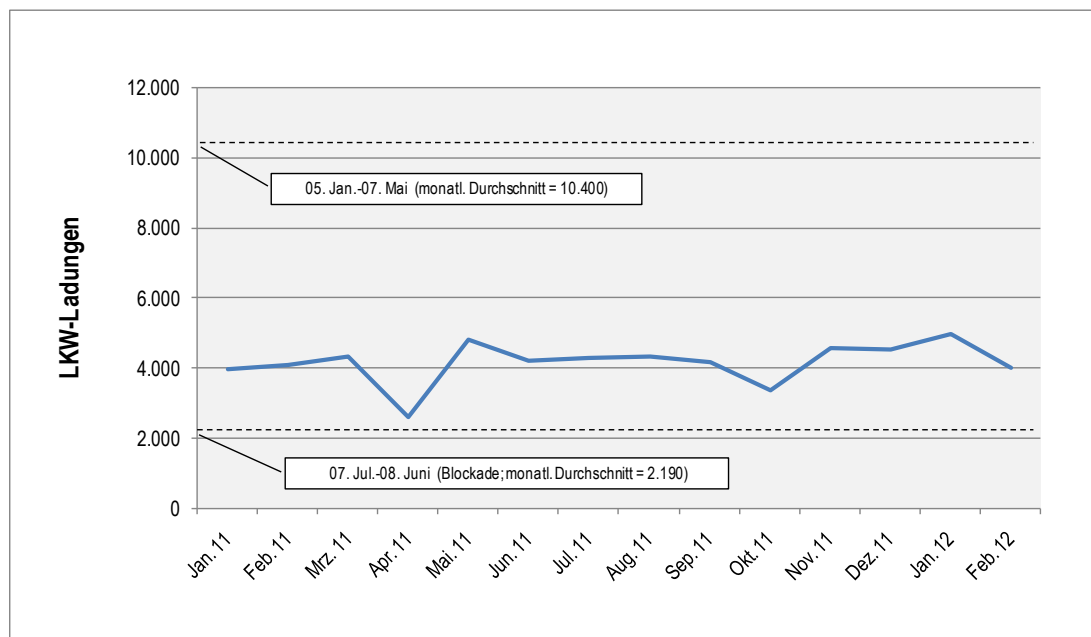
Gazas Abstieg zu einer Schmugglerwirtschaft

49. Der im Juli 2007 begonnene Belagerungszustand von Gaza dauert an. Israel übt eine strenge Kontrolle und über den See- und Luftraum von Gaza aus, während der Personen- und Güterverkehr aus und nach Gaza weiter stark eingeschränkt ist. Die Regierung Israels hat die im Juni 2010 angenommene Politik fortgesetzt, derzufolge nur die Einfuhr von Waren gestattet ist, die nicht auf einer erweiterten Verbotsliste für „duale Verwendung“ aufgeführt sind. 2011 wurde diese Politik so erweitert, dass sie die Einfuhr von Baumaterial gestattet, das ausschließlich für Bauprojekte internationaler Organisationen bestimmt ist. Der Übergang Kerem Shalom ist der einzige funktionierende gewerbliche Zugangspunkt, sodass sämtliche Ein- und Ausfuhren von und nach Gaza davon abhängen, dass er zu einem bestimmten Zeitpunkt geöffnet ist.

50. Da sich der Übergang an der Südspitze Gazas befindet, ist seine Nutzung mit höheren Transportkosten verbunden, da LKWs weiter fahren müssen als zu den anderen geschlossenen Übergängen. Zwar wurde die Kapazität von Kerem Shalom 2011 auf 450 LKW-Ladungen (Ein- und Ausfuhren) täglich angehoben, in der Praxis wird jedoch nur die Hälfte dieser Kapazität abgefertigt. Doch selbst bei voller Kapazität wäre dies ein erheblich niedrigeres Handelsvolumen als vor der Blockade, als verschiedene gewerbliche Übergangsstellen in Betrieb waren. Abbildung 2.3 zeigt, dass 2011 die Zahl der monatlich eingeführten LKW-Ladungen zwar unterschiedlich waren, im Durchschnitt jedoch bei 4.100 lagen, was gegenüber dem monatlichen Durchschnitt von etwa 3.300 im Jahr 2010 einem Anstieg entspricht, aber deutlich unter dem Niveau vor der Belagerung liegt.

⁸ Der durchschnittliche palästinensische Wasserverbrauch in Haushalten von 70 l pro Kopf pro Tag liegt unter der Norm der Weltgesundheitsorganisation von 100 l und deutlich unter den 300 l, die von den Israelis verbraucht werden, auch von denen in Siedlungen im Westjordanland (OCHA, 2012d).

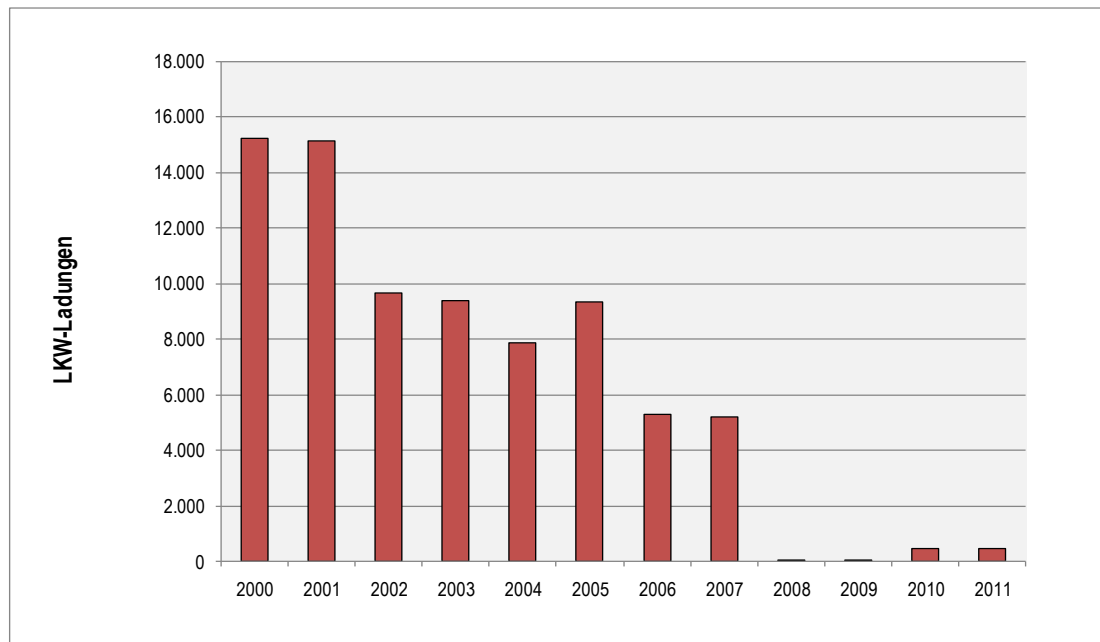
Abbildung 2.3. Einfuhren nach Gaza: Durchschnittliche Anzahl monatlicher LKW-Ladungen, 2011-12



Quelle: OCHA (2012e); PalTrade (2010).

51. Trotz der von dem Vertreter des Quartetts und der Regierung Israels im Februar 2011 vereinbarten Maßnahmen zur Lockerung der für Exporte von Gaza geltenden Restriktionen, um eine Ausfuhr von Textilien, Möbeln und landwirtschaftlichen Produkten auf internationale Märkte (jedoch nicht nach Israel oder das Westjordanland – die traditionellen Schlüsselmärkte der Exporteure in Gaza) zu ermöglichen, verließ 2011 nur ein Rinnsal von 459 LKW-Ladungen landwirtschaftlicher Produkte Gaza durch Kerem Shalom. Demgegenüber sah die Vereinbarung vom November 2005 über Bewegungsfreiheit und Zugang (AMA) einen *täglichen* Strom von 400 LKW-Ausfuhren vor, eine Zahl, die später nie erreicht wurde. Die hohen Kosten und der hohe Zeitaufwand im Zusammenhang mit den Ausfuhren durch Kerem Shalom berauben die Erzeugnisse aus Gaza auf internationalen Märkten ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Abbildung 2.4 zeigt, wie stark Ausfuhren aus Gaza seit Beginn der zweiten Intifada abgenommen haben, bis zu ihrem fast völligen Erliegen.

Abbildung 2.4. Ausfuhren aus Gaza: Jährliche LKW-Ladungen insgesamt, 2000-11



Quelle: OCHA (2012e).

52. Anfang März 2012 wurde die erste Charge einer 140-Tonnen-Lieferung von in Gaza hergestellten Dattel-Riegeln vom Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) in das Westjordanland transportiert, um dort bei WFP-Schulspeisungen eingesetzt zu werden (WFP, 2012). Durch dieses zukunftsweisende Projekt wurden in der Keksfabrik in Gaza 60 neue Arbeitsplätze geschaffen und es wurde gezeigt, dass es möglich ist, die Ausfuhren in das Westjordanland zu erhöhen und eine Dynamik zur Aufhebung des allgemeinen Exportverbots zu erzeugen. Doch selbst die Durchführung dieser Einzelinitiative, die insgesamt 19 LKW-Ladungen mit Dattel-Riegeln umfasste, erforderte über sechsmonatige Verhandlungen mit den israelischen Behörden und die Unterstützung der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft, was das Ausmaß der Restriktionen deutlich macht, mit denen Unternehmen in Gaza konfrontiert sind.

53. Der akute Mangel an legitimen Handelsmöglichkeiten hat den Wiederaufbau von Betrieben verhindert, die 2009 bei der Militäroperation „Gegossenes Blei“ zerstört worden sind. Dies hat dazu geführt, dass an die Stelle des bestehenden palästinensischen Privatsektors eine neue Klasse von Unternehmern getreten ist, die sich mit dem Betrieb und der Aufsicht über die florierende illegale Tunnelwirtschaft befassen und von ihr profitieren. Zwar gibt es keine öffentlichen Statistiken über diese Untergrundtätigkeiten, man vermutet jedoch, dass in den Tunneln unter der Grenze mit Ägypten bei Rafah mindestens 9.000 Arbeitskräfte unter prekären und oft gefährlichen Bedingungen beschäftigt werden, in erster Linie für die Einfuhr von Baumaterial, Brennstoffen und anderen Gütern „für duale Verwendung“, deren Einfuhr durch Kerem Shalom von Israel nicht zugelassen wird. Angeblich werden die Tunnel von der örtlichen Gemeindeverwaltung lizenziert, und die eingeführten Waren werden von der De-facto-Verwaltung registriert und besteuert; dieses Einkommen geht der Palästinensischen Behörde als Einnahme verloren. Die bei diesen Geschäften anfallenden riesigen Gewinne haben dazu geführt, dass es in Gaza über 600 neue Millionäre gibt, was wiederum die Nachfrage nach Konsumgütern und gastwirtschaftlichen Dienstleistungen stimuliert.

54. Ein hauptsächlich durch die Tunnelwirtschaft ermöglichter Boom des Baugewerbes⁹, jedoch auch eine Zunahme der Einfuhren von Baumaterialien für Projekte internationaler Organisationen hat die Nachfrage nach Baufachkräften stark ansteigen lassen. Es wird geschätzt, dass in Gaza etwa 5.000 qualifizierte Baufachkräfte fehlen, da diejenigen, die vor der Sperrung des israelischen Arbeitsmarktes für Arbeitnehmer aus Gaza in Israel arbeiteten sowie diejenigen, die früher in den Golfstaaten beschäftigt waren, jetzt entweder im Ruhestand sind oder anderen Tätigkeiten nachgehen. Internationale Organisationen haben bereits Qualifizierungsinitiativen in die Wege geleitet, hier kann jedoch noch mehr getan werden.

55. Die externe Blockade von Gaza betrifft nicht nur den Zugang zu Märkten, sondern auch zu seinen eigenen Produktivressourcen. Fünfunddreißig Prozent der landwirtschaftlichen Flächen Gazas gehen durch eine Pufferzone verloren, die zwar offiziell in einer Entfernung von 300 Metern von der Grenze beginnt, in der Praxis von den israelischen Streitkräften jedoch in einer Entfernung von 500 Metern bis 1,5 Kilometern nach Gaza hinein durchgesetzt wird; die Fischerei ist weiter beschränkt auf eine Distanz von bis zu drei Seemeilen von der Küste von Gaza, und dies trotz der Grenze von 20 Seemeilen, die in den Abkommen von Oslo vereinbart wurde, sodass 85 Prozent der Gewässer Gazas für die Fischerei gesperrt sind (OCHA, 2011b) und die Größe und Art der für den Fang zur Verfügung stehenden Fische stark eingeschränkt ist.

Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung

56. Die in den vorangegangenen Absätzen beschriebenen umfassenden Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs hemmen die Entwicklung des privaten Sektors, die Beschäftigung und das Wachstum der palästinensischen Wirtschaft. Der Handel wird weiterhin durch das an allen gewerblichen Übergangsstellen des Westjordanlands und Gazas vorgeschriebene Umladesystem von LKW zu LKW behindert, da dies – wie im letztjährigen Bericht beschrieben – die Transportverfahren erheblich verteuert und verzögert (IAA, 2011a). Laut COGAT hat das Handelsvolumen an der einzigen offenen Übergangsstelle nach Jordanien, der Allenby-Brücke, von 2010 bis 2011 um 39 Prozent zugenommen (COGAT, 2012). Dies ergibt sich durch einen 59-prozentigen Zuwachs der Einfuhren auf 15.855 LKW-Ladungen und einen 7-prozentigen Anstieg der Ausfuhren auf 6.633 LKW-Ladungen. Dieses Handelsvolumen entspricht nur einem Bruchteil des Handels mit Israel und anderer Länder durch die gewerblichen Übergangsstellen in der Sperrmauer, da die von Israel kontrollierte Allenby-Brücke nur über begrenzte Kapazität verfügt und für palästinensische Erzeuger im Hinblick auf europäische Märkte höhere Transportkosten verursacht. Hinzu kommt, dass viele Betriebe des Westjordanlandes zunehmend dran gehindert werden, für ihre Produktionsverfahren unerlässliche Produktionsmittel einzuführen aufgrund der immer längeren Liste von Waren für eine „duale Verwendung“, die die Regierung Israels als Bedrohung ihrer Sicherheit ansieht (Weltbank, 2012), was die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit dieser Betriebe zusätzlich behindert. Für Gaza gilt seit Wiederaufnahme der nichthumanitären Einfuhren im Juli 2010 eine erweiterte Liste von untersagten Gütern; es vermeidet diese Restriktionen durch eine korruptionsfördernde parallele Untergrundinfrastruktur, während seine Exporte praktisch zum Erliegen gekommen sind.

⁹ Zum Zeitpunkt der Mission verlangsamten sich die Bautätigkeiten und die Wirtschaftstätigkeiten allgemein wegen einer andauernden Treibstoff- und Elektrizitätskrise, die darauf zurückzuführen ist, dass Ägypten gegen die inoffizielle Einfuhr von subventioniertem Treibstoff durch die Tunnel vorgeht. Dies hat den Verkehr auf den Straßen von Gaza City stark verringert, und an Tankstellen gab es lange Schlangen für den Erwerb von noch vorhandenem Treibstoff für Generatoren oder Fahrzeuge.

57. Ohne eine Aussicht auf die Verwirklichung der in der Vereinbarung von 2005 über Bewegungsfreiheit und Zugang vorgesehenen Handelskorridore schränkt die fast völlige Trennung Gazas vom Westjordanland das Wachstumspotential des inländischen Marktes und die Verbesserungsmöglichkeiten der Absorptionskapazität der palästinensischen Wirtschaft weiter ein; hinzu kommt der immer schwierigere Zugang zu Ostjerusalem wegen der von den israelischen Behörden verhängten strengen Einreisebestimmungen. Das Palästinensische Wirtschaftsministerium (MoNE) schätzt, dass sich die wirtschaftlichen Kosten der Besatzung 2010 auf etwa 6,9 Milliarden US-Dollar oder fast 85 Prozent des gesamten BIP summierten, was bedeutet, dass sich die Wirtschaft durch eine Aufhebung der Besatzung fast verdoppeln könnte (MoNE, 2011). Der IWF hat festgestellt: „Das Wirtschaftswachstum wird abnehmen und die Arbeitslosigkeit weiter zunehmen, es sei denn, [die israelische Regierung] beseitigt verstärkt die Restriktionen der Wirtschaftstätigkeit“ (IWF, 2011).

3. Die Rechte und Würde palästinensischer Arbeitnehmer: Ein aktueller Blick auf die Folgen der andauernden Besatzung

Siedlungserweiterungen im Westjordanland einschließlich Ostjerusalem

58. Seit dem letztjährigen Bericht des Generaldirektors hat Israel seine Siedlungsaktivitäten fortgesetzt. Die Siedlungen sind organisierte Gemeinschaften israelischer Zivilisten, die mit Genehmigung und direkter oder indirekter Unterstützung der israelischen Regierung im besetzten Westjordanland einschließlich Ostjerusalems errichtet werden (OCHA, 2007). Gegenwärtig leben etwa eine halbe Million Israelis in diesen Siedlungen. In Verbindung mit dem beschränkten Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen und der damit einhergehenden eingeschränkten Bewegungsfreiheit der Palästinenser bilden die Siedlungen weiterhin das dominierende Merkmal der israelischen Besatzung. Sie schränken die ökonomische und landwirtschaftliche Entwicklung Palästinas massiv ein und hindern palästinensische Frauen und Männer daran, sichere Existenzgrundlagen und eine menschenwürdige Arbeit zu erlangen.

59. Die Vereinten Nationen haben die Tatsache betont, dass die israelischen Siedlungen im Widerspruch zum Völkerrecht stehen, denn sie verletzen Artikel 49 des Vierten Genfer Abkommens von 1949, der die Umsiedlung von Angehörigen der Zivilbevölkerung einer Besatzungsmacht in besetztes Gebiet verbietet. Die Illegalität der Siedlungen wurde vom Internationalen Gerichtshof, von den Hohen Vertragsparteien des Vierten Genfer Abkommens und vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bestätigt (siehe IGH, 2004; HCP, 2001; UNSC, 1980).

60. Etwa 43 Prozent der Fläche des Westjordanlands werden mittlerweile von israelischen Siedlungen beansprucht. Ausgedehnte Ländereien werden von den lokalen und regionalen Siedlungsräten zugeteilt und kontrolliert (OCHA, 2012f). Laut der israelischen Volkszählung von 1983 lebten seinerseits 23.700 Siedler im Westjordanland ohne Ostjerusalem; bis Ende 2009 war ihre Zahl auf 296.700 angestiegen (CBS, 2010, Übersicht 2.8). Die Gesamtzahl der im Westjordanland und Ostjerusalem lebenden Siedler wird auf mehr als 500.000 geschätzt. Das bedeutet, dass sich ihre Zahl seit dem Abschluss der Abkommen von Oslo 1993, die einen Rahmen für die Beendigung der Besatzung sein sollten, mehr als verdoppelt hat. Ostjerusalem ausgenommen, wächst die Bevölkerung in den Siedlungen weiter, 2010 mit einer jährlichen Rate von 4,9 Prozent. Demgegenüber beträgt das Bevölkerungswachstum in Israel 1,9 Prozent (CBS, 2011, Übersicht 2.4).

61. Der israelischen nichtstaatlichen Organisation Peace Now zufolge stieg die Zahl der Baubeginne in den Siedlungen 2011 gegenüber 2010 um 20 Prozent. Damit wurden im Westjordanland ohne Ostjerusalem die Arbeiten für mindestens 1.850 neue Wohneinheiten aufgenommen (Peace Now, 2012). Im März 2012 berichtete der Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess, die israelische Regierung habe zahlreiche Ausschreibungen bzw. Pläne für den Bau Tausender neuer Wohneinheiten im gesamten besetzten palästinensischen Gebiet angekündigt (UNSCO, 2012).

62. Gegenwärtig gibt es insgesamt im Westjordanland und in Ostjerusalem etwa 250 Siedlungen, einschließlich rund 100 sogenannter Außenposten. Dabei handelt es sich um kleine Trabantsiedlungen, errichtet auf dem Land palästinensischer Privatbesitzer, die von israelischen Siedlern gewaltsam vertrieben wurden. Beide Siedlungstypen stehen im Widerspruch zum Völkerrecht (OCHA, 2012f). Obwohl Israel Außenposten

gemäß eigener Gesetze als illegal betrachtet, erhalten die meisten von ihnen direkte oder indirekte öffentliche Unterstützung, z. B. durch den Anschluss an Strom- und Abwassernetze. Nach dem Fahrplan für den Frieden (2003) hat sich Israel verpflichtet, alle seit März 2001 erstellten Außenposten abzureißen. Allerdings wurden in jüngster Zeit Bedenken laut angesichts offizieller Initiativen, Siedlungs-Außenposten durch Beschlagnahme des Bodens, auf dem sie errichtet wurden, oder durch eine rückwirkende Genehmigung von illegal errichteten Gebäuden zu „legalisieren“ (OCHA, 2012c, Peace Now, 2012). Fälle einer Verzögerung oder Missachtung von Evakuierungsbescheiden israelischer Gerichte wurden dokumentiert (Yesh Din, 2011a).

Diskriminierung, Gewalt und Zwangsumsiedlung

63. Die wirtschaftliche, soziale und humanitäre Lage der in Ostjerusalem und im Gebiet C des Westjordanlands lebenden Palästinenser gibt weiter Anlass zu Sorge (UNSCO, 2012). Im Februar 2012 vertrat der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung die Auffassung, dass die aktuelle israelische Planungs- und Flächennutzungs politik im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, diskriminierend sei und einen ernsten Verstoß gegen eine Reihe von Grundrechten nach dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung darstellte, z. B. das Eigentumsrecht und das Recht auf Zugang zu Land, Wohnraum und natürlichen Ressourcen (CERD, 2012).

64. Israel übt weiterhin uneingeschränkt Kontrolle aus über die Sicherheit, Planung und Flächennutzung im Gebiet C, obwohl bis Ende 1998 eine allmähliche Übertragung der Zuständigkeit für Planung und Flächennutzung auf die palästinensische Jurisdiktion erfolgen sollte (OCHA, 2011c). Israels Politik im Gebiet C betrifft sowohl die Palästinenser, die in dem Gebiet leben, als auch diejenigen, die dort Grund und Boden besitzen. Da die meisten großen Infrastrukturprojekte Arbeiten im Gebiet C vorsehen, sind im Westjordanland lebenden Palästinenser davon betroffen, was im Gebiet geschieht. (OCHA, 2011c).

65. Jede Form von Bautätigkeit der palästinensischen Bevölkerung im Gebiet C des Westjordanlands oder Ostjerusalems muss von den israelischen Behörden genehmigt werden, was nur selten geschieht. Dieser Umstand hat ernste Folgen für die Wohnraumsituation palästinensischer Arbeitnehmer und ihrer Familien. Er behindert Bauarbeiten für kommerzielle, landwirtschaftliche oder andere Einkommen schaffende Zwecke ebenso wie infrastrukturelle Verbesserungen wie Schulen, Wasserversorgung und Kanalisation. Palästinenser, die in Ostjerusalem oder im Gebiet C leben, haben praktisch keine andere Möglichkeit, als ohne israelische Genehmigung zu bauen. Damit gehen sie das Risiko ein, dass die neu errichteten Bauten von den israelischen Behörden wieder abgerissen werden.

Immer mehr Abrisse und Vertreibungen im Gebiet C

66. Vom Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) für 2011 und Anfang 2012 erhobene Daten zeigen, dass die Zahl der Abrisse und Vertreibungen signifikant gestiegen ist. Fast 1.100 Palästinenser – die Hälfte von ihnen Kinder – wurden 2011 nach dem Abriss ihrer Häuser gewaltsam vertrieben. Diese Zahl ist über 80 Prozent höher als die des Jahres 2010. Zu den 622 im Jahr 2011 abgerissenen Bauten zählen 222 Wohnhäuser, 170 Ställe, 46 Regenwasserzisternen oder Teiche, zwei Klassenräume und zwei Moscheen (OCHA, 2012g). In den ersten zwei Monaten des Jahres 2012 ließen die israelischen Behörden 120 Bauten palästinensischer Eigentümer abreißen, darunter 36 Wohnhäuser (OCHA, 2012a). Die meisten Abrissmaßnahmen (560) wurden 2011 im Gebiet C durchgeführt. Sie betrafen hauptsächlich von

Viehhaltung und Landwirtschaft lebende Gemeinschaften. 60 Prozent der zerstörten Bauten lagen in Gebieten, die Siedlungen zuzurechnen sind (OCHA, 2011d). Rund 3.000 Abrissverfügungen für Bauten im Gebiet C sind derzeit in der Schwebe, 18 von ihnen betreffen Schulen (OCHA, 2011e).

67. Abrisse sind die unmittelbarste Ursache der Zwangsumsiedlung von Palästinensern. Eine kürzlich von OCHA in 13 palästinensischen Gemeinden durchgeführte Umfrage zeigt zudem, dass die Anwesenheit von Palästinensern im Gebiet C durch eine Kombination verschiedener Faktoren untergraben wird, darunter die mangelnde Fähigkeit, Bauarbeiten durchzuführen, unzureichende auf Grundbedürfnisse gerichtete Dienstleistungen, ungenügender Zugang zu Agrarflächen, Einschränkungen von Mobilität und Zugang, die Konfrontation mit von Siedlern ausgehender Gewalt und der fehlende Schutz vor ihr (OCHA, 2011c).

68. Ein Beispiel ist die vor 1948 gegründete palästinensische Gemeinschaft Susiya im Distrikt Hebron mit etwa 350 Mitgliedern. Über Jahre musste sie wegen der Erweiterung einer nahe gelegenen israelischen Siedlung immer wieder den Abriss von Bauten hinnehmen. OCHA zufolge sind die palästinensischen Gemeindeglieder jetzt erneut von einer Zwangsumsiedlung bedroht, weil eine Siedlergruppe beim Obersten Gerichtshof Israels eine Petition eingereicht hat (OCHA, 2012h).

69. Die palästinensischen Beduinengemeinschaften zählen zu den durch israelische Politik und Maßnahmen am stärksten gefährdeten Gruppen im Gebiet C. Diese aus insgesamt etwa 27.000 Menschen bestehenden Gemeinschaften haben sich eine traditionelle Lebensweise mit Viehhaltung und Landwirtschaft bewahrt, die durch den schwindenden Zugang zu Land und Wasser ernsthaft bedroht ist. Das Israelische Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten (B'Tselem) berichtet, dass die israelischen Behörden derzeit planen, alle Beduinengemeinschaften aus dem Gebiet C zu vertreiben (B'Tselem, 2011b). Unter den ersten, die umgesiedelt würden, wären Beduinen, mehr als zwei Drittel von ihnen Kinder, die in 20 Gemeinschaften im bergigen Umland Jerusalems leben (OCHA, 2011f). Dieses Gelände, zu dem auch das umstrittene „E1“ genannte Gebiet zwischen Ostjerusalem und der Siedlung Ma'ale Adumim gehört, gilt als strategisch wichtig für eine künftige Ausweitung israelischer Siedlungen. Seine Nutzung würde sich äußerst negativ auf den territorialen Zusammenhang des Westjordanlands auswirken.

70. Der Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess bestätigte im März 2012 Fortschritte bei der Genehmigung von Infrastrukturprojekten im Gebiet C (UNSC, 2012). Ferner erwähnte er eine aktuelle Initiative, mit der 21 palästinensische Gemeinschaften im Gebiet C Unterstützung beim Entwurf von Rahmenplänen erhalten. Bereits begonnene Planungen waren von israelischen Behörden geprüft und mit Vertretern der Gemeinschaften diskutiert worden (UNSCO, 2012). In diesem Zusammenhang schlug der Sonderkoordinator vor, es solle erwogen werden, Flächen im Gebiet C, vor allem im Umland großer städtischer Zentren, der Verwaltung der palästinensischen Behörde zu unterstellen (UNSC, 2012).

Zunahme der von Siedlern ausgehenden Gewalt

71. 2011 wurde eine Zunahme gewalttätiger Zwischenfälle zwischen israelischen Siedlern und Palästinensern beobachtet, bei denen von israelischen Siedlern drei Palästinenser getötet und 183 verletzt wurden. Damit ist die Zahl gewalttätiger Vorfälle mit palästinensischen Todesopfern und der Beschädigung von palästinensischem Eigentum gegenüber 2010 um 32 Prozent gestiegen. Im Vergleich zu 2009 beträgt der Anstieg mehr als 144 Prozent. Es gab 2011 auch weitere Gewalttaten gegen Israelis, bei denen Palästinenser acht israelische Siedler töteten und 37 verletzten, gegenüber fünf Getöteten und

50 Verletzten im Jahr 2010 (OCHA, 2011g). Wie OCHA berichtet, wurden Palästinenser in den letzten Jahren vielfach von Siedlern aus Siedlungs-Außenposten angegriffen, die auch nach israelischem Recht illegal sind. Mehr als zwei Drittel der palästinensischen Todesopfer im Westjordanland standen 2011 im Zusammenhang mit israelischen Siedlungstätigkeiten (OCHA, 2011d).

72. Oft kommt es zu gewalttätigen Zwischenfällen, wenn Siedlungen in direkter Nachbarschaft zu palästinensischen Dörfern errichtet werden, z. B. in den Distrikten Nablus und Ramallah oder in städtischen Zentren wie in Hebron. Sich vertiefende Reibereien und wachsende Spannungen zwischen Gruppen von Siedlern und Palästinensern im Westjordanland haben mit der Siedlungsausweitung zu tun: Häufig bricht Gewalt aus, wenn Siedler Land oder Wasserressourcen unter ihre Kontrolle bekommen wollen und versuchen, Palästinenser daran zu hindern, ihr Land zu betreten oder zu bestellen.

73. Eine 2011 von OCHA durchgeführte Umfrage identifizierte 56 Wasserstellen in der Nähe von Siedlungen; 30 von ihnen wurden bereits vollständig von Siedlern kontrolliert, den übrigen 26 drohte die Übernahme. Dies benachteiligt palästinensische Haushalte stark, die keinen Anschluss an das Wassernetz haben und den häuslichen Wasserbedarf über Brunnen decken, und es wirkt sich entscheidend auf landwirtschaftliche Aktivitäten auf benachbarten Flächen aus (OCHA, 2012d).

74. Während der Olivenernte 2011 ergriff die israelische Armee wieder besondere Maßnahmen zum Schutz palästinensischer Landwirte, die auf ihren Olivenhainen in Siedlungsnähe arbeiteten. Dadurch konnte die Zahl palästinensischer Todesopfer in diesem Zeitraum gesenkt werden, dennoch wurden mehr gewalttätige Zwischenfälle als 2010 gezählt. Auch der Zugang der Palästinenser war wegen drohender Angriffe eingeschränkt. Da die Landwirte ihre Felder und Bäume während des Jahres nicht ordnungsgemäß bewirtschaften konnten, fiel die Olivenernte 2011 geringer aus als 2010 (OCHA, 2011d). 2011 wurden etwa 10.000 Bäume – zumeist Olivenbäume – palästinensischer Eigentümer von israelischen Siedlern beschädigt oder vernichtet (OCHA, 2011g).

75. In vielen Fällen erhalten die Opfer von Gewalttaten der Siedler weiterhin keinen Schutz durch Vollzugsorgane, was wiederum ein Klima der Straflosigkeit fördert. Erkenntnissen der nichtstaatlichen Organisation Yesh Din – Volunteers for Human Rights zufolge, die Anzeigen von Palästinensern im Westjordanland weiterverfolgt, werden die Untersuchungen oft ohne Anklageerhebung zu den Akten gelegt, weil es nicht gelingt, die Täter zu identifizieren (Yesh Din, 2011b). Am 11. April 2012 bekundete das Nahost-Quartett „seine Besorgnis über die anhaltende Siedlergewalt und Hetze im Westjordanland“ und es forderte „Israel auf, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, z. B. die Schuldigen vor Gericht zu bringen“ (UN, 2012a).

Das besetzte Ostjerusalem: Die Not wird immer deutlicher

76. Die Trennung Ostjerusalems vom übrigen besetzten palästinensischen Gebiet ist Ergebnis der einseitigen Annexion Ostjerusalems durch Israel im Jahr 1967 und der Errichtung der Sperrmauer. Dies wirkt sich weiterhin auf unterschiedliche Weise auf den Alltag palästinensischer Arbeitnehmer aus. Bewegungseinschränkungen, unsichere Aufenthaltsrechte, ein gravierender Wohnraumangel und Diskriminierung bei Ausbildung und Beschäftigung prägen die Realität, in der sie leben. Die Lage verschlechtert sich beständig, was das soziale Gefüge der Palästinenser in der Stadt immer weiter zerstört. Dieser Schluss ergibt sich aus statistischen Daten über ausgeprägte Armut und Arbeitslosigkeit. Zusätzlich untermauert wird er durch Berichte über ein hohes Maß an häuslicher Gewalt, von der vor allem Frauen betroffen sind (WCSHC, 2011).

77. Palästinensern, die im Westjordanland außerhalb der von Israel festgelegten städtischen Grenzen leben, ist es verboten, die Stadt zu betreten. Sie können eine Einreise-

genehmigung beantragen, wobei der Zugang auf vier der 16 Kontrollstellen in der Sperrmauer um Jerusalem beschränkt ist. Diese Tatsache schränkt die Möglichkeiten palästinensischer Männer und Frauen aus dem Westjordanland, im besetzten Ostjerusalem Arbeit zu finden, massiv ein, obwohl es von jeher das wirtschaftliche Zentrum des Westjordanlands gewesen ist. Palästinenser, die in Ostjerusalem ohne Genehmigung arbeiten, sind in besonderem Maße Diskriminierung und Verstößen gegen ihre Arbeitnehmerrechte ausgesetzt, da sie sich nach israelischem Recht ohne ausreichende Papiere in der Stadt aufhalten. Überdies beschränkt das Genehmigungssystem den Zugang von Palästinensern mit einem Personalausweis des Westjordanlands zu Ausbildungs- und Gesundheitseinrichtungen in Ostjerusalem.

78. Das Gesetz über die Staatsangehörigkeit und die Einreise nach Israel von 2003, die Sperrmauer und das Genehmigungssystem beeinträchtigen weiterhin das Leben palästinensischer Familien mit unterschiedlichen Aufenthaltsgenehmigungen, (wobei ein Ehegatte ein Aufenthaltsrecht für Jerusalem besitzt und der andere einen Personalausweis des Westjordanlands). Im Januar 2012 bestätigte der Oberste Gerichtshof Israels die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes über die Staatsangehörigkeit und die Einreise nach Israel. Das bedeutet eine gravierende Einschränkung des Rechts palästinensischer Einwohner Jerusalems, ein Aufenthaltsrecht für einen Ehegatten aus dem Westjordanland zu erwirken. Der Ehegatte kann stattdessen, unter bestimmten strengen Voraussetzungen, eine temporäre Aufenthaltserlaubnis beantragen, um bei seiner Familie in Ostjerusalem leben zu können. Allerdings werden solche Genehmigungen nur selten erteilt, und das Verwaltungsverfahren verschlingt viel Zeit und Geld (OCHA, 2012c). So riskieren palästinensische Einwohner Jerusalems, die außerhalb der Stadt leben oder arbeiten, ihren Aufenthaltsstatus in Jerusalem zu verlieren (IAA, 2011a).

79. Ein ernstes Problem, das manchmal übersehen wird, besteht darin, dass die Kinder palästinensischer Einwohner Jerusalems mit Daueraufenthaltsstatus nicht automatisch ebenfalls einen solchen Status in der Stadt haben: Sie müssen erst in einem komplizierten Verwaltungsverfahren registriert werden. Viele Familien scheuen diese verwaltungstechnische Hürde, und daher sind derzeit schätzungsweise 10.000 Kinder nicht registriert und verfügen somit nicht über einen Zugang zu öffentlichen Diensten und Schulbildung (CESCR, 2011). Darüber hinaus wurde der Mission mitgeteilt, dass es in Jerusalem für Familien mit unterschiedlichen Aufenthaltsgenehmigungen, in denen die Mutter und nicht der Vater den Daueraufenthaltsstatus innehat, angeblich schwerer ist, einen Aufenthaltsstatus in Jerusalem für ihre Kinder zu erwirken.

80. Nur 13 Prozent der Landflächen im besetzten Ostjerusalem sind im Flächennutzungsplan für palästinensische Baumaßnahmen ausgewiesen. Das meiste davon ist bereits bebaut, und 35 Prozent der Flächen wurden beschlagnahmt und für den Siedlungsbau verplant (OCHA, 2012g). Dem steht ein jährlicher Bedarf von rund 1.500 neuen Wohneinheiten für Palästinenser innerhalb des annektierten Stadtgebiets gegenüber (UNSCO, 2012). In Ostjerusalem sind mindestens 93.100 Palästinenser von Vertreibung bedroht, da sie in Gebäuden leben, die nicht genehmigt wurden und daher abgerissen werden können (OCHA, 2011d und 2012h).

81. Zwar ist die Zahl der Abrisse in Ostjerusalem 2011 gegenüber den Vorjahren zurückgegangen (ebd.), doch erhalten Palästinenser weiterhin die Aufforderung, den Abriss ihres Wohnraums selbst vorzunehmen, was sie als besonders demütigend empfinden. Weigern sie sich, müssen sie nicht nur den Abriss, sondern zusätzlich Strafgebühren bezahlen. Eine nichtstaatliche Organisation, die die Situation in Ostjerusalem dokumentiert, kam unlängst zu folgendem Schluss: „...die unmittelbaren und langfristigen physischen, sozialen, wirtschaftlichen und seelischen Auswirkungen von Zwangsräumungen, Abrissen und Vertreibungen palästinensischer Familien und Gemeinschaften sind verheerend“ (Al-Maqdese, 2011a).

82. Hinzu kommt, dass die Wohnkosten in Ostjerusalem, vor allem in der Altstadt, für viele palästinensische Familien unerschwinglich werden. Dies hat dazu geführt, dass viele Familien in Wohnviertel Ostjerusalems auf der „Westjordanlandseite“ der Sperrmauer gezogen sind, wo sie gemeinsam mit Familien mit unterschiedlichen Aufenthaltsgenehmigungen leben, die nicht im Umland Ostjerusalems auf der „israelischen Seite“ der Sperrmauer zusammenleben können. In diesen Vierteln haben die israelischen Behörden ihre Dienstleistungen, z. B. die Müllabfuhr, reduziert. Der Mission wurde mitgeteilt, dass die israelischen Strafverfolgungsbehörden hier nicht mehr einschreiten, während den Polizisten der Palästinensischen Behörde der Zugang verwehrt wird. So hat sich in Sachen Strafverfolgung ein bedenkliches Vakuum gebildet.

83. Eines der palästinensischen Wohnviertel, das aus Jerusalem „ausgezäunt“ worden ist, ist das Flüchtlingslager Shu’fat. Das Lager ist typisch für die Verzweiflung und Frustration der Palästinenser, die immer weiter ausgegrenzt werden. Eine große Zahl von Jugendlichen geht nicht zur Schule, und der israelische Arbeitsmarkt bietet Jungen neben dem Straßenhandel und Mädchen außer hauswirtschaftlicher Arbeit kaum Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Obwohl das Lager schon völlig überfüllt ist, ziehen immer mehr palästinensische Familien ein. The Women’s Centre, eine palästinensische nichtstaatliche Organisation, die sich für die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und bildungspolitischen Belange der im Lager lebenden Frauen und Kindern einsetzt, spielt eine wichtige Rolle bei der beruflichen Bildung, Familienberatung, Kinderbetreuung und bei Freizeitaktivitäten für Kinder und Jugendliche (WCSHC, 2011).

84. Die palästinensischen Einwohner Jerusalems haben zwar Zugang zum Arbeitsmarkt in Ostjerusalem und in Israel, doch sie sind offenbar nach wie vor anfällig für die weitverbreitete Diskriminierung in der Beschäftigung und die Missachtung ihrer Arbeitnehmerrechte (Al-Maqdese, 2011b). Die Rechtsberatungsstelle der nichtstaatlichen Organisation Al-Maqdese, die sich für gesellschaftliche Entwicklung einsetzt, hat mit Erfolg Hunderten palästinensischer Arbeitnehmer in Ostjerusalem geholfen, ihre Arbeitnehmerrechte direkt bei ihrem Arbeitgeber und – wo es nötig war – auch vor Gericht geltend zu machen. Seit Januar 2011 konnten 90 Prozent der rund 1.000 Fälle durch direkte Interventionen bei Arbeitgebern beigelegt werden.

85. Etwa 5.500 Kinder gehen nicht zur Schule, weil sie nicht registriert sind (CESCR, 2011). Viele der angemeldeten Kinder verlassen die weiterführende Schule ohne Abschluss, wobei die Schulabbrecherquote bei den 12- bis 14-jährigen Jungen besonders hoch ist (OCHA, 2011h). Hinzu kommt ein chronischer Klassenraum- und Lehrermangel, und die vorhandenen Räumlichkeiten entsprechen nicht den Mindestanforderungen oder sind ungeeignet (ebd.). Für die palästinensischen Kinder in Ostjerusalem werden 1.000 zusätzliche Klassenräume benötigt, und es müssen dringend neue Schulen gebaut werden (OCHA, 2011i; UNSCO, 2012). Die Nicht-Einschulung und eine erhöhte Schulabbrecherquote verbunden mit hoher Jugendarbeitslosigkeit ergeben eine explosive Mischung mit hohem Gewaltpotenzial. Anlass zur Sorge gaben auch einseitige Änderungen, die die israelischen Behörden 2011 am Lehrplan der Palästinensischen Behörde für arabische Schulen in Ostjerusalem vorgenommen hat (ACRI und Ir Amim, 2011).

Bildung für Gazas Kinder

86. Auch Gaza leidet unter einem großen Mangel an Klassenräumen. Zudem ist UNRWA aufgrund von Einschränkungen nur bedingt in der Lage, neue Schulen zu bauen, was sich nachteilig auf das Recht der Flüchtlingskinder auf Bildung auswirkt (UN, 2012b). Die meisten Schulen sind überfüllt und arbeiten im Zweischiebtrieb, einige nutzen sogar Schiffscontainer als Klassenräume. Trotz allem fehlt es an Räumlichkeiten für 40.000 Kinder, die Anspruch darauf haben, eine UNRWA-Schule in Gaza zu besuchen (UN, 2011; UNCTAD, 2011). Der in Gaza seit Februar 2012 herrschende Treib-

stoffmangel hat geplante Stromausfälle von täglich sechs bis 18 Stunden Dauer wie auch ungeplante Ausfälle zur Folge (OCHA, 2012i) und wirkt sich erheblich auf den Schulbetrieb aus. Während die Zahl der Genehmigungen der israelischen Regierung für internationale Projekte in Gaza, auch für UNRWA-Schulen, stetig gestiegen ist (COGAT, 2012; UNSC, 2012), lassen die Baugenehmigungen für 32 dringend benötigte zusätzliche Schulen immer noch auf sich warten (UNSCO, 2012).

Automatische Benachteiligung: Die Arbeitsrechte palästinensischer Arbeitnehmer in israelischen Siedlungen

87. Israelische Siedlungen sind, was Einwohnerzahl, Lage und räumliche Ausdehnung betrifft, recht verschieden. Manche sind reine Wohnstädte, hauptsächlich in und um Ostjerusalem; in anderen gibt es ausgedehnte Industriezonen oder landwirtschaftliche Betriebe. Siedlungen nutzen die palästinensische Erwerbsbevölkerung hauptsächlich für die Beschäftigung im Bau, Industrie-, Agrar- und Dienstleistungssektor. Dies gilt für Unternehmen der Privatwirtschaft wie für örtliche Siedlungsbehörden. Die meisten palästinensischen Frauen, die in einer Siedlung arbeiten, verrichten land- oder hauswirtschaftliche Arbeit.

88. Armut, Arbeitslosigkeit und der Mangel an Beschäftigungsalternativen in der palästinensischen Wirtschaft lassen vielen Palästinensern keine andere Wahl, als sich in den Siedlungen Arbeit zu suchen – ihrer völkerrechtlichen Illegalität und der offiziellen palästinensischen Position, die dies ablehnt, zum Trotz. Arbeitnehmer, die ihre Rechte einfordern, werden kurzerhand entlassen, und eine Überwachung der Arbeitgeber durch israelische Behörden in den Siedlungen findet praktisch nicht statt. Durch das Machtgefälle zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geraten diese schnell unter Druck, nicht den Anforderungen genügende Arbeitsbedingungen, Missbrauch und Ausbeutung hinzunehmen und auszuhalten, damit sie nicht entlassen werden.

89. Das besondere Rechtssystem, das die Rechte palästinensischer Arbeitnehmer in israelischen Siedlungen regelt, schafft im Wesentlichen ein separates System für diese Arbeitnehmer. Das palästinensische Arbeitsrecht gilt nicht für Gebiet C des Westjordanlands, in dem die Siedlungen liegen. Anwendbar ist deshalb im Prinzip immer noch das jordanische Arbeitsrecht aus dem Jahr 1967. Israel hat jedoch, obgleich es den Geltungsbereich seiner Gesetze nicht formal auf das Westjordanland ausgeweitet hat (Ostjerusalem ausgenommen), mithilfe militärrechtlicher Vorschriften sichergestellt, dass sein geltendes Recht, einschließlich der Arbeitsgesetze, für seine im Westjordanland lebenden Bürger gilt. Dies erlaubt es israelischen Arbeitgebern in den Siedlungen, auf ihre Arbeitsverträge mit Palästinensern das weniger günstige jordanische Recht von 1967 anzuwenden, während Israels Arbeitsrecht für Arbeitsverträge mit israelischen Staatsbürgern gilt.

90. Der Oberste Gerichtshof Israels entschied 2007, dass für Arbeitsverträge mit palästinensischen Arbeitnehmern israelisches Recht gilt, um Diskriminierung auszuschließen. Allerdings lässt der Entscheid den Vertragsparteien die Möglichkeit offen, eine abweichende Regelung zu vereinbaren. Offenbar hat der Präzedenzfall von 2007, was die Rechte palästinensischer Arbeitnehmer in den Siedlungen betrifft, keine Rechtssicherheit geschaffen. Arbeitgeber sind weiterhin bestrebt, jordanisches Recht anzuwenden, und oft besteht die einzige Möglichkeit für palästinensische Arbeitnehmer, rechtliche Gleichbehandlung durchzusetzen, darin, ein Gericht anzurufen, was für die meisten von ihnen nicht praktikabel ist. Nachdem eine Gruppe palästinensischer Arbeitnehmer in einem bahnbrechenden Fall vor Gericht geklagt hatte, erklärte sich die öffentliche Verwaltung der Siedlung Ma'ale Adumim im November 2011 bereit, diesen Arbeitnehmern israelische Sozialleistungen zu gewähren (Hasson, 2011).

Palästinensische Arbeitnehmer in Israel

91. Beschäftigungsmöglichkeiten in Israel waren stets eine wichtige Einkommensquelle für palästinensische Arbeitnehmer. Im Hinblick auf die Beschäftigungsbedingungen gilt für palästinensische Arbeitnehmer nach israelischem Arbeitsrecht der Gleichbehandlungsgrundsatz. Israelische Arbeitgebervertreter haben sich zu diesem Grundsatz bekannt und seine Bedeutung betont. Im Oktober 2012 wird im israelischen Privatsektor der Mindestlohn von 4.100 NIS auf 4.300 NIS steigen. Der Tarifvertrag für den Bausektor sieht ab dem 1. Februar 2012 einen Mindestlohn von 5.000 NIS vor. Obschon Palästinensern aus Gaza eine Beschäftigung in Israel weiterhin verwehrt bleibt, bekräftigten mehrere israelische und palästinensische Gesprächspartner der Mission den Wunsch, die palästinensische Beteiligung am israelischen Arbeitsmarkt fortzuführen und auszuweiten.

92. Viele palästinensische Arbeitnehmer müssen im israelischen Arbeitsmarkt Verstöße gegen ihre Arbeitnehmerrechte hinnehmen. Die Mission erfuhr von einer kürzlich eingeführten Auflage, der zufolge israelische Arbeitgeber für jeden beschäftigten Palästinenser mindestens 18 Arbeitstage im Monat deklarieren müssen, um zu verhindern, dass weniger Arbeit ausgewiesen wird, als tatsächlich stattfindet. Gleichwohl bleibt Raum für Meldungslücken, was missbräuchliche Lohnpraxis und künstlich niedrig gehaltene Sozialversicherungsansprüche und andere Leistungen zur Folge hat.

93. Einen Rechtsstreit mit dem Arbeitgeber vor einem israelischen Gericht auszutragen ist für palästinensische Arbeitnehmer, die Gerechtigkeit suchen, der letzte Ausweg. In der Praxis ist dies ohne fachkundige Unterstützung und Rechtsberatung nahezu unmöglich. Hier kommt Gewerkschaften eine zentrale Rolle zu, und es ist im Interesse beider Seiten, dass sie sie ausfüllen. Die fortdauernde Zusammenarbeit zwischen dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund von Palästina (PGFTU) und der Histadrut bei Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten palästinensischer Arbeitnehmer in Israel ist ein wichtiger Bestandteil dieses Prozesses. Die PGFTU-Rechtsberatungsstellen haben eine Reihe von Pilotfällen vorbereitet, die Histadrut weiterverfolgt mit dem Ziel, Entschädigungen für die Arbeitnehmer zu erwirken. Es bleibt zu hoffen, dass sich daraus ein stabiler und wirksamer von den Gewerkschaften gelenkter Rechtsschutzmechanismus entwickelt, der direkt den palästinensischen Arbeitnehmern zugutekommt und, indem er Missbrauch zurückdrängt, auch den israelischen Arbeitnehmern dient.

94. Im Dezember 2011 verabschiedete die israelische Knesset das Gesetz 5772-2011 zur Durchsetzung von Arbeitsgesetzen, das für eine Reihe arbeitsrechtlicher Verstöße Geldstrafen vorsieht. Das israelische Ministerium für Industrie, Handel und Arbeit betont, dass in diesem Zusammenhang Maßnahmen zur Stärkung der Arbeitsaufsicht ergriffen werden, was voraussichtlich auch den Schutz palästinensischer Arbeitnehmer verbessert. Das würde u.a. eine Ausweitung der israelischen Arbeitsaufsicht bedeuten, um Arbeitsbedingungen in den Siedlungen zu kontrollieren.

95. Die Mission erfuhr erneut von missbräuchlichen Praktiken von Vermittlern oder Subunternehmern, die palästinensische Arbeitnehmer an israelische Arbeitgeber vermitteln. Solche Praktiken sind Folge der Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs zur Beschäftigung sowie anderer verschiedener Begleiterscheinungen der Besatzung und Trennung. Für eine erfolgreiche Bekämpfung und Verhütung solcher Praktiken wären konzertierte Aktionen der israelischen Regierung und der Palästinensischen Behörde erforderlich, etwa in Form von verstärkter Zusammenarbeit im Bereich staatlicher Arbeitsvermittlungsdienste. Als erster Schritt könnte eine Untersuchung des Ausmaßes und der Mechanismen dieses Phänomens Aufschluss geben über die Rolle der Vermittler und mögliche Strategien zur Lösung der Probleme.

96. Die Bedingungen an den Kontrollstellen und Übergängen, die die palästinensischen Arbeitnehmer für die Einreise nach Israel passieren müssen, werden nach wie vor als rau

beschrieben und führen unter den Arbeitnehmern zu Belastungen und Leid. Die Zahl der Kontrollstellen und Übergänge ist begrenzt und ihre Kapazität allem Anschein nach unzureichend. Arbeitnehmer sind gezwungen, sich sehr früh morgens an ihnen einzufinden, wollen sie ihren Arbeitsplatz pünktlich erreichen.

97. Palästinensische Arbeitnehmer müssen sich einer Sicherheitsüberprüfung unterziehen, bevor sie eine Arbeitserlaubnis erhalten. In ihrem jüngsten Bericht schildert die israelische nichtstaatliche Organisation Machsomwatch, dass sich viele Palästinenser auf einer „Schwarzen Liste“ der israelischen Sicherheitsbehörden befinden, ohne die Gründe dafür zu kennen (Machsomwatch, 2012) und ohne geeignete Einspruchsverfahren. Angeblich wurde palästinensischen Arbeitnehmern eine Sicherheitsbescheinigung angeboten, wenn sie im Gegenzug mit den israelischen Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten.

98. Ungelöst bleibt die Frage des Transfers von Sozialversicherungsbeiträgen aus Beschäftigungsverhältnissen palästinensischer Arbeitnehmer in Israel, die sich im israelischen System ansammeln und an die palästinensischen Institutionen der Sozialen Sicherheit weitergeleitet werden sollen, sobald diese eingerichtet worden sind. Das Pariser Protokoll von 1994 über die wirtschaftlichen Beziehungen sah Folgendes vor: „Israel wird auf monatlicher Basis Zahlungen an eine zuständige Pensionskasse leisten, die von der palästinensischen Autorität eingerichtet wird, dann die Rentenversicherungsbeiträge einziehen...“ (Pariser Protokoll, 1994, Artikel VII, Absatz 4). Diese Bestimmung ist zwar noch in Kraft, jedoch nie umgesetzt worden. Die Verwirklichung der Rechte der Sozialen Sicherheit palästinensischer Arbeitnehmer, die in Israel gearbeitet haben oder dies noch tun, könnte ein wichtiger Bestandteil bei der Einrichtung eines palästinensischen Sozialversicherungssystems werden.

4. Die Agenda für den Aufbau staatlicher Strukturen und soziale Gerechtigkeit

Die Herausforderungen beim Aufbau der Institutionen

99. Die Grundlagen für einen zukünftigen Staat zu schaffen und zu festigen ist nach wie vor zentrales Anliegen der Palästinensischen Behörde (PNA, 2012a). Zum Zeitpunkt des letztjährigen Berichts ging gerade die Zweijahresperiode, die die Palästinensische Behörde für den Abschluss der Vorbereitungen der Institutionen auf die Gründung eines eigenen Staates vorgesehen hatte, zu Ende, und die internationale Gemeinschaft hatte die erzielten Fortschritte gewürdigt (IAA, 2011a). Das bislang Erreichte sei nicht als das Ende des Entwicklungsprozesses zu betrachten, sondern vielmehr als solide Grundlage für die zukünftige Fortentwicklung, so wie es der Nationale Entwicklungsplan 2011-13 (UNSCO, 2011) vorsieht. Noch war die weitere Festigung der Institutionen zur Beseitigung von Ungleichgewichten erforderlich sowie ein neuerliches Bekenntnis der Palästinensischen Behörde zur sozialen Entwicklung auf der Grundlage einer nationalen Sozialpolitik, mit der sichergestellt wird, dass die Agenda für sozialen Wandel und Entwicklung wesentlich durch Gerechtigkeit und Menschenrechte bestimmt wird (ebd.).

100. So begrüßenswert die laufenden Fortschritte beim Aufbau der Institutionen auch nach wie vor sind, so sind mittlerweile doch erhebliche Bedenken angebracht. Im Lichte des wachsenden politischen und finanziellen Drucks, dem die Palästinensische Behörde ausgesetzt ist, und der eine schwerwiegende, reale Bedrohung für ihren Fortbestand auf längere Sicht darstellt, überrascht dies nicht (UNSCO, 2012). Angesichts geringerer Einnahmen als erwartet könnte die Haushaltskrise das bisher Erreichte in Frage stellen (ebd.; Weltbank, 2012; IWF, 2012). Allerdings hat diese Krise auch die Stärke und Leistungsfähigkeit der palästinensischen Währungsbehörde deutlich gemacht: die von ihr getroffenen Maßnahmen wurden positiv gewürdigt, und sie hat gezeigt, dass sie kontinuierlich die Kapazitäten einer Zentralbank aufzubauen in der Lage ist (Weltbank, 2012).

101. Aus der Krise ist erheblicher Druck erwachsen, eine Haushaltsreform durchzuführen. Jedoch gibt die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) ohne die Bedeutung einer solchen Reform in Abrede zu stellen, zu bedenken, dass fiskalpolitische Maßnahmen ohne gleichzeitige Vorsorge für negative soziale Konsequenzen mit der Realität einer schwächelnden Wirtschaft unter Besatzung unvereinbar seien (UNCTAD). Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat mit Nachdruck auf die Notwendigkeit eines umfassenden Engagements der Vereinten Nationen am Prozess des Aufbaus palästinensischer Institutionen und der Bereitstellung wirtschaftlicher und sozialer Unterstützung für die Bevölkerung Palästinas hingewiesen (UN, 2012c). Aber selbst in dieser prekären finanziellen und politischen Lage hat die Palästinensische Behörde der Mission zufolge immer wieder große Anstrengungen unternommen, soziale Gerechtigkeit und menschenwürdige Arbeit zu fördern. Allerdings bedarf es für die Nachhaltigkeit dieser Initiativen auf längere Sicht eines stabileren und nachhaltigeren fiskalischen Fundaments.

Die Überarbeitung des rechtlichen Rahmens für menschenwürdige Arbeit

102. Die Überarbeitung des Arbeits- und Beschäftigungsrechts wurde vor einem Jahr eingeleitet und befindet sich jetzt in einem wichtigen Stadium. Zunächst einmal wurde,

so wie es der Nationale Entwicklungsplan vorsieht, eine umfassende Überarbeitung der Rechtsvorschriften mit dem Ziel vorgenommen, die Gleichstellung der Frauen sicherzustellen (PNA, 2011). Eine Überprüfung der Rechtsvorschriften unter Gleichstellungsaspekten (IAA, 2010) wurde in Zusammenarbeit mit der IAO und dem Nationalen Ausschuss für die Beschäftigung von Frauen im Rahmen des gemeinsamen UN-Programms für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Stellung der Frau im besetzten palästinensischen Gebiet durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Überprüfung wurden im August 2011 vom Arbeitsministerium veröffentlicht. Der Minister bekräftigte die Erkenntnisse und Empfehlungen der Überprüfung und wies das Personal des Ministeriums an, diese in zukünftige Maßnahmen einfließen zu lassen.

103. Im Rahmen dieser Überprüfung der Rechtsvorschriften unter Gleichstellungsaspekten wurden zahlreiche Änderungen vorgeschlagen, die vor allem das Arbeitsgesetz aus dem Jahr 2000 betreffen. Die Empfehlungen beziehen sich auf ein breites Themenspektrum und zielen unter anderem darauf ab, den Anwendungsbereich des Arbeitsgesetzes zu erweitern und unter anderem auch auf Heimarbeiter und Hausangestellte auszuweiten; eine Definition und das Verbot der direkten und indirekten Diskriminierung in sämtlichen Bereichen von Beschäftigung und Beruf aufzunehmen und dabei mindestens sämtliche im Übereinkommen (Nr. 111) über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf) von 1958¹⁰ aufgeführten Diskriminierungsgründe einzubeziehen; eine aktive Strategie zur Förderung der Gleichstellung vorzusehen; eine Vorschrift zum Verbot der sexuellen Belästigung einzufügen und eine konkrete Regelung in Bezug auf das Recht auf gleiches Entgelt für Männer und Frauen für gleichwertige Arbeit vorzusehen. Ferner beziehen sich eine Reihe von Empfehlungen speziell auf die Mutterschaft und Arbeitnehmer mit Familienpflichten (ebd.)¹¹. Mit der Umsetzung dieser Empfehlungen würde das Arbeitsgesetz den wichtigsten Übereinkommen zur Gleichstellung der Geschlechter besser entsprechen¹². Dadurch würden die Chancengleichheit und die Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei der Arbeit gefördert und auf diese Weise ein Beitrag zur verstärkten Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt geleistet werden.

104. In der nächsten Phase der Rechtsreform wurden in enger Zusammenarbeit der IAO mit der Birzeit-Universität sechs weitere Studien mit Analysen und Empfehlungen fertiggestellt, in denen eine Vielzahl verschiedener Themen behandelt wurden: der Aufbau von Gewerkschaften, Soziale Sicherheit, Arbeitsschutz und berufsbedingte Krankheiten, individuelle Arbeitsverträge, Arbeitsaufsicht und Justizbehörden. Ferner hat die IAO im Juli 2011 eine kurze Bewertung des Arbeitsaufsichtssystems vorgenommen. Alle diese Studien zielen darauf ab, Gesetze neu zu erarbeiten oder an die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und die einschlägigen internationalen Arbeitsnormen anzupassen. Eine solche Überprüfung und Anpassung der Rechtsvorschriften ist auch im Nationalen Entwicklungsplan vorgesehen (PNA, 2011a). Diese Analysen und

¹⁰ Die in Artikel 1(1) a) des Übereinkommens aufgeführten Diskriminierungsgründe sind Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Glaubensbekenntnis, politische Meinung, nationale Abstammung und soziale Herkunft. Auch weitere Gründe können gemäß Artikel 1(1) b) des Übereinkommens geltend gemacht werden.

¹¹ Diese Empfehlungen beinhalten unter anderem die zeitliche Ausweitung des Mutterschutzes und eine Regelung, nach der Schwangerschaft, Geburt und Stillen nicht zur Kündigung berechtigen; eine Ausweitung des Rechts auf unbezahlten Urlaub des Ehepartners zur Kinderbetreuung auf Männer und Frauen; die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs; eine Ausweitung der Pflicht zur Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten auf sämtliche Arbeitnehmer mit Familienpflichten, also sowohl auf Männer als auch auf Frauen; und eine sehr enge Eingrenzung der Möglichkeiten, Frauen gewisse Tätigkeiten zu verbieten oder nur begrenzt zu erlauben, auf den Mutterschutz.

¹² Übereinkommen (Nr. 100) über die Gleichheit des Entgelts, 1951; Übereinkommen (Nr. 111) über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958; Übereinkommen (Nr. 156) über Arbeitnehmer mit Familienpflichten, 1981; Übereinkommen (Nr. 183) über den Mutterschutz, 2000.

Empfehlungen sind nur ein erster Schritt; danach werden die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen im Rahmen der entsprechenden dreigliedrigen Foren, auch unter Einbeziehung des Nationalen Ausschusses für die Beschäftigung von Frauen, die Eigenverantwortung für das Verfahren der Überprüfung und Überarbeitung der Rechtsvorschriften übernehmen müssen. Auf diese Weise können dreigliedrige Empfehlungen erarbeitet werden, die dann in die neuen oder abgeänderten Gesetze oder Verordnungen einfließen können. In der nächsten Phase wird darauf zu achten sein, dass die Überprüfung der Rechtsvorschriften unter Gleichstellungsaspekten und die daraus hervorgehenden Empfehlungen wirksam im gesamten Verfahren der Überarbeitung des Rechtsrahmens Berücksichtigung finden.

105. Ein rechtliches Vakuum besteht nach wie vor hinsichtlich der Gründung von Gewerkschaften und des Schutzes der Vereinigungsfreiheit. Die Prüfung des Entwurfs eines Gewerkschaftsgesetzes, der dem Ministerrat 2009 vorgelegt worden war, scheint im Lichte der generellen Rechtsreform vorläufig auf Eis gelegt worden zu sein. Das Arbeitsgesetz aus dem Jahr 2000 definiert die Gewerkschaften als jede Art von Berufsorganisation, die im Sinne des Gewerkschaftsgesetzes gegründet wurde. Dieses Gesetz wurde jedoch nie verabschiedet. Im letztjährigen Bericht war darauf hingewiesen worden, wie wichtig es ist, dass sichergestellt wird, dass sämtliche Rechtsvorschriften, die die Gewerkschaften oder die Arbeitgeberorganisationen betreffen, den Grundsätzen der Vereinigungsfreiheit Rechnung tragen. Die Kriterien für die Festlegung der Vertretung von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen sind bisher nicht aufgestellt worden. Es ist wichtig, dass die Festlegung der Vertretung auf der Grundlage von vorab festgelegten objektiven und klar definierten Kriterien erfolgt (IAA, 2012).

Die kontinuierliche Weiterentwicklung der Institutionen des sozialen Dialogs

106. Es werden immer wieder neue Foren für den sozialen Dialog geschaffen oder bestehende Foren gestärkt. Gemäß den Vorgaben der Beschäftigungsstrategie aus dem Jahr 2010 hat der Ministerrat im Juli 2011 offiziell den palästinensischen Wirtschafts- und Sozialrat ins Leben gerufen (PNA, 2010a; PNA, 2011b). Erklärtes Ziel des Rates ist es, „den positiven Dialog zwischen den Interessengruppen und Partnern hinsichtlich der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu stärken und zu einer ausgewogenen und nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beizutragen“ sowie die Regierung in wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu beraten und die Auswirkungen der Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung zu bewerten. Im Beschluss des Ministerrats wird auch die Zusammensetzung des Rates festgelegt; er besteht zu gleichen Teilen aus Vertretern der Regierung, der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber, der Zivilgesellschaft und nichtstaatliche Organisationen.

107. Der Nationale Dreigliedrige Beratende Ausschuss, der im Arbeitsgesetz des Jahres 2000 vorgesehen war, wurde 2003 durch einen Beschluss des Ministerrats (Nr. 50/2003 R.M.W, PNA, 2003) ins Leben gerufen, nahm aber seine Arbeit erst im Februar 2010 auf. Dieser Ausschuss hat den Auftrag, Vorschläge zu Fragen der Beschäftigung, der Ausbildung und der beruflichen Orientierung sowie gegebenenfalls zur Ratifizierung und Umsetzung von arabischen und internationalen Arbeitsnormen vorzulegen. Das Hauptaugenmerk des Ausschusses galt in den letzten zwölf Monaten der Unterweisung seiner Mitglieder, mit Unterstützung durch die IAO, sowie der Beratung bei der Erstellung des Berichtsentwurfs über „Decent work in the Palestinian Territories“ (PNA, 2011c) und eines Berichts über den Arbeitsschutz. Allerdings ist der Ausschuss seit Oktober 2011 nicht mehr zusammengetreten, da das zweijährige Mandat seiner Mitglieder

abgelaufen war. Das Arbeitsministerium arbeitet gegenwärtig daran, den Ausschuss neu zu konstituieren.

108. Eine wichtige Empfehlung aus der oben erwähnten Überprüfung der Rechtsvorschriften unter Gleichstellungsaspekten ist vor kurzem umgesetzt worden. Am 31. Januar 2012 hat der Ministerrat gemäß Beschluss Nr. 06/121/13/M.W/S.F die Gründung eines Nationalen Ausschusses für die Beschäftigung von Frauen gebilligt. Laut Mandat dieses Ausschusses soll dieser „einen konzeptionellen grundsatzpolitischen Rahmen ausarbeiten und verabschieden, der darauf abzielt, die wirtschaftliche Teilhabe der Frauen zu stärken und Diskriminierung und Ungleichheit zu beseitigen, sowie das Arbeitsministerium unterstützen und wirksam Einfluss auf die nationale Politik ausüben, damit diese den Frauen größere Chancen eröffnet“ (PNA, 2012b). Dieser beratende Ausschuss unterstützt das Arbeitsministerium in Partnerschaft mit Vertretern der Regierungsinstitutionen, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie der Zivilgesellschaft. Der Mission wurde berichtet, dass der Ausschuss sich eine Geschäftsordnung gegeben und einen Aktionsplan verabschiedet hat.

109. Dennoch muss festgestellt werden, dass der Anteil der Frauen in sämtlichen Gremien des sozialen Dialogs mit Ausnahme des NWEK nach wie vor minimal ist. Dem NWEK ist Beobachterstatus in dem weiter unten näher erläuterten Ausschuss für die Festsetzung eines Mindestlohns eingeräumt worden, und möglicherweise wird er diesen Status demnächst auch für den Nationalen Dreigliedrigen Beratenden Ausschuss erhalten, dessen Zusammensetzung gerade neu festgelegt wird. Die Mitglieder des NWEK streben die vollwertige Mitgliedschaft in allen einschlägigen Gremien an, um sicherzustellen, dass die Frage der Gleichstellung von Männern und Frauen in sämtlichen Verfahren des sozialen Dialogs Berücksichtigung findet.

110. Zwei weitere Foren des sozialen Dialogs sind ebenfalls vor kurzem geschaffen worden: der Nationale Dreigliedrige Ausschuss für die Festsetzung eines Mindestlohns und das für die Erarbeitung von Vorschlägen zur Sozialen Sicherheit verantwortliche Nationale Team. Die Mandate der einzelnen Gremien des sozialen Dialogs sind erkennbar eng miteinander verbunden, allerdings ist noch unklar, in welcher Verbindung sie zueinander stehen werden. Das Potential dieser Gremien, sich wechselseitig zu stärken, muss noch weiter erforscht werden. Wie ein hochrangiger Regierungsvertreter gegenüber der Mission äußerte, ist angesichts der Notwendigkeit, die Auswirkungen der gegenwärtigen Haushaltskrise in den Griff zu bekommen, ein gut funktionierender sozialer Dialog wichtiger denn je.

Ein nationaler Mindestlohn in Sicht

111. Die lebhaft geführte Diskussion über die Notwendigkeit eines nationalen Mindestlohns, die während der letztjährigen Mission in vollem Gange war, hat noch erheblich an Intensität zugenommen. Im Zentrum der Diskussion stand nicht länger die Frage, ob es überhaupt einen nationalen Mindestlohn geben sollte, sondern ganz konkret, wie hoch er sein sollte. Am 5. Februar 2012 hat der Ministerrat einen Beschluss zur offiziellen Gründung des Nationalen Dreigliedrigen Ausschusses für die Festsetzung eines Mindestlohns verabschiedet. Dieser Ausschuss, der sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Regierung, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammensetzt, hat bereits mehrere Beratungssitzungen abgehalten, um bis Ende März 2012 eine Empfehlung über die Höhe des zukünftigen Mindestlohns auszusprechen. Dem Arbeitsminister zufolge, der dem Ausschuss vorsitzt, wird 2012 das „Jahr des Mindestlohns“ werden. Nach dem Dafürhalten einiger Regierungsvertreter dient der Mindestlohn vor allem dem Ziel, Niedriglohnempfänger zu schützen und die gesellschaftlich ausgegrenzten und bedürftigen Bevölke-

rungsgruppen zu unterstützen. Anlässlich des jüngsten Treffens des Ad-hoc-Verbindungsausschusses wurde die Bedeutung der Arbeit des Ausschusses für die Festsetzung eines Mindestlohns hervorgehoben (UNSCO, 2012).

112. Im Februar 2012 hat der Arbeitsminister die IAO um technische Hilfe zur Unterstützung dieses Ausschusses ersucht. Man wolle die bestehende Institution stärken und den Vertretern von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Regierung zu einer fundierten Entscheidung über die Festsetzung eines Mindestlohns verhelfen. Die IAO hat das Verfahren unterstützt, ohne an den Verhandlungen teilzunehmen oder einen bestimmten Mindestlohntarif zu befürworten oder zu empfehlen. Die Verantwortung für das Verfahren sollte auf jeden Fall weiterhin bei den dreigliedrigen Mitgliedsgruppen verbleiben. Die IAO hat die Grundlagen für die Festsetzung von Mindestlöhnen gemäß dem Übereinkommen (Nr. 131) über die Festsetzung von Mindestlöhnen 1970 erläutert, über verschiedene Mindestlohnsysteme informiert und auf der Grundlage der palästinensischen Arbeitskräfteerhebung aus dem Jahr 2011 eine Analyse der zu erwartenden Auswirkungen unterschiedlicher Mindestlohnszenarios vorgelegt. Zum Zeitpunkt der Mission kam vorsichtiger Optimismus zum Ausdruck, dass rasch eine Einigung erzielt werden könnte. Alle Parteien räumten ein, dass es nach dem Inkrafttreten des Mindestlohns darauf ankommen wird, seine Umsetzung und Weiterverfolgung sicherzustellen.

Das Entstehen einer Agenda für sozialen Schutz und Soziale Sicherheit

113. Die im Nationalen Entwicklungsplan Palästinas vorgesehene Sektorstrategie für sozialen Schutz ist vor kurzem verabschiedet worden (PNA, 2011d). In der Strategie wird darauf hingewiesen, dass die bestehenden Maßnahmen für sozialen Schutz einem karitativen Fürsorgeansatz entspringen und auf Gesetzen beruhen, die entweder veraltet sind oder nicht umgesetzt wurden. Diese Maßnahmen kranken am Wettbewerb der Institutionen untereinander, an der mangelnden Festlegung von Prioritäten und Strategien für die soziale Entwicklung, an einer nicht nachhaltigen Finanzierung und an einer anfälligen Infrastruktur (ebd.). Ferner wird in der Strategie angemerkt, dass zwar die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst über eine vom Ausschuss für Ruhestand und Renten im öffentlichen Dienst bereitgestellte und verwaltete Sozialversicherung verfügen, die Mehrheit der Arbeitnehmer aber keinerlei Sozialversicherungsschutz genießt. Die neue Vision des Sektors für sozialen Schutz wird wie folgt beschrieben: „Ein menschenwürdiges Leben für die Bürger Palästinas auf dem Weg zur Verwirklichung einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung unter dem Dach des Staates Palästina, der auf Recht und Gerechtigkeit ohne Diskriminierung gegründet ist.“ Vier große strategische Ziele werden formuliert: i) die Last der Armut zu lindern; ii) für bedürftige und gesellschaftlich ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen zu sorgen und ihre Rechte zu stärken; iii) eine Sozialversicherung einzuführen und auszubauen und dabei die Schaffung eines integrierten Systems für Soziale Sicherheit anzustreben und iv) einen rechtlichen und institutionellen Rahmen zu schaffen und Partnerschaften zur Verwirklichung eines Systems des sozialen Schutzes einzugehen (ebd.).

114. Das Fehlen eines Sozialversicherungsgesetzes hat insbesondere die Diskriminierung der Frauen und der Arbeitnehmer mit Familienpflichten zur Folge. Aus der oben genannten Überprüfung der Rechtsvorschriften unter Gleichstellungsaspekten geht hervor, dass die palästinensische Gesellschaft nach wie vor die Anwesenheit der Frauen auf dem Arbeitsmarkt als Bedrohung für die Beschäftigungschancen der Männer wahrnimmt, und dass die Beschäftigung von Frauen aufgrund der vermuteten höheren Kosten infolge ihrer familiären Situation und des Mutterschaftsurlaubs als teurer für den Arbeitgeber

gelten (IAA, 2011b). Im Rahmen der Überprüfung wird die Verabschiedung eines Sozialversicherungsgesetzes empfohlen, das die medizinische Versorgung und die finanzielle Unterstützung der Arbeitnehmer sicherstellt und mit dem „der soziale Schutz auf den Mutterschutz und auf Maßnahmen zur Unterstützung von Arbeitnehmern mit Familienpflichten ausgeweitet und auf sämtliche erwerbstätige Frauen in den verschiedenen Sektoren ausgedehnt wird.“ (ebd.).

115. Ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der Sektorstrategie für sozialen Schutz ist der am 28. Februar 2012 vom Ministerrat verabschiedete Beschluss (Nr. 01/125/13/M.W/S.F), ein Nationales Team zu bilden, das für die Ausarbeitung von Vorschlägen zur Sozialen Sicherheit verantwortlich ist (PNA, 2012c). Das Team wird vom Ministerpräsidenten geleitet und setzt sich aus Vertretern des Arbeitsministeriums sowie einer Reihe weiterer Ministerien, von Forschungsinstituten, des Koordinierungsrats für den Privatsektor, der Gewerkschaften und einer Reihe von Nichtregierungsorganisationen zusammen. Das erste Treffen dieses Nationalen Teams findet voraussichtlich in Kürze statt.

116. Die IAO ist gebeten worden, technische Unterstützung für das Team zur Verfügung zu stellen, unter anderem in Form von Informationen über die IAO-Normen zur Sozialen Sicherheit, und Hilfe bei der Entwicklung eines integrierten Sozialversicherungssystems auf der Grundlage einer Doppelstrategie zu leisten. Als erstes Element soll eine soziale Grundsicherung für arme und bedürftige Bevölkerungsgruppen zur Sicherung des Einkommens im Alter und bei Behinderung eingerichtet werden, es soll der Zugang zu medizinischer Grundversorgung sichergestellt und ein Kindergeld-Grundbetrag geleistet werden, um den Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen, sowie eine Einkommens-Grundsicherung durch den Aufbau eines Beschäftigungssicherungssystems geschaffen werden. Als zweites Element soll das Sozialversicherungssystem durch die Einführung einer Mutterschaftsversicherung und nach Möglichkeit auch einer Arbeitslosenversicherung auf die Arbeitnehmer im privaten Sektor und ihre Familien ausgedehnt werden. Im Rahmen der Rechtsreform wurde eine Studie mit dem Titel „Die Realität der Sozialen Sicherheit in Palästina und das Fehlen eines rechtlichen Rahmens“ durchgeführt. Zusammen mit der oben erwähnten Überprüfung der Rechtsvorschriften unter Gleichstellungsaspekten kann diese Studie dem Nationalen Team für Soziale Sicherheit wichtige Anregungen an die Hand geben.

Der Palästinensische Fonds für Beschäftigung und sozialen Schutz in Gefahr

117. Im Nationalen Entwicklungsplan wird die Auflegung des Palästinensischen Fonds für Beschäftigung und sozialen Schutz in Partnerschaft mit dem privaten Sektor und den Organisationen der Zivilgesellschaft als eine der Prioritäten für die nächsten drei Jahre genannt (PNA, 2011a). In diesem Zusammenhang hat man den Fonds, der 2004 gegründet worden war, wieder aufleben lassen. Das Arbeitsministerium hat seine Zusage bekräftigt, den Fonds neu zu beleben, und einen jährlichen Regierungsbeitrag von 5 Millionen US-Dollar zugesichert (PNA, 2011c). Das Direktorium des neu aufgelegten Fonds hat einen Vorsitzenden und ein Stammteam ernannt, zu dem auch fünf vom Arbeitsministerium bereitgestellte technische Berater gehören. Der Fonds war geschaffen worden, um technische und finanzielle Mittel zur Unterstützung der Entwicklung von Humanressourcen und Unternehmen in den besetzten palästinensischen Gebieten bereitzustellen und durch die Finanzierung oder Unterstützung produktiver oder dienstleistungsorientierter Projekte die Schaffung von auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zugeschnittenen Arbeitsplätzen zu fördern.

118. Die IAO hat ein Programm für den Kapazitätsaufbau entwickelt, das es dem Stammteam ermöglichen soll, drei Pilotprogramme zur Schaffung von Arbeitsplätzen durchzuführen. Obwohl der Fonds als ein wichtiges Instrument im Kampf gegen die hohe Armut und Arbeitslosigkeit gilt, ist seine Zukunft ungewiss. Im gegenwärtigen Umfeld haushaltspolitischer Zwänge und knapper werdender Ressourcen ist seine dauerhafte Finanzierung noch nicht sichergestellt, und es wird befürchtet, dass der Fortbestand des Fonds sogar kurzfristig in Gefahr sein könnte.

Die Stärkung der Stellung der Frau

119. Erklärtes Ziel der Palästinensischen Behörde ist es, dafür zu sorgen, dass die Bemühungen des Staates um die Gleichstellung der Geschlechter durch geeignete rechtliche Rahmenbedingungen und eine entsprechende Verwaltung der öffentlichen Politik unterstützt werden (PNA, 2011a). In ihrem Bericht für das Treffen des Ad-hoc-Verbindungsausschusses im September 2011 hat die Palästinensische Behörde eingeräumt, dass noch sehr viel mehr getan werden müsse, um die Rolle der Frauen zu stärken, und dass das bisher Erreichte nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer Gesellschaft sei, in der die Frauen volle Gleichberechtigung genießen. Auch wurde auf die Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte in der Agenda der Regierung Bezug genommen, z. B. durch die Entwicklung einer Gleichstellungscharta und die Verabschiedung eines unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten aufgestellten Haushalts (PNA, 2011e). Die Wirkung dieser und weiterer Maßnahmen zur Stärkung der Stellung der Frau, darunter auch jener, die auf gleiche Beschäftigungschancen abzielen, wird in regelmäßigen Abständen überprüft und angepasst werden müssen.

120. Die Rechtsreform zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter ist zwar eine wichtige Maßnahme, um die Wahrnehmung der Rolle der Frau zu verändern und zu erreichen, dass Frauen als gleichberechtigte Partnerinnen in der Entwicklung anerkannt werden, sie ist aber nur ein erster Schritt in einem Prozess. Es bedarf weiterer Anstrengungen auf sozialer, wirtschaftlicher und politischer Ebene, um „einen Wandel im kollektiven Bewusstsein der Palästinenser herbeizuführen, der es möglich macht, Frauen auch in anderen Rollen in der Gesellschaft wahrzunehmen“ (IAA, 2011b). Eine der aus der Überprüfung der Rechtsvorschriften unter Gleichstellungsaspekten hervorgegangenen Empfehlungen lautet, dass die Aufnahme neuer Normen und Bestimmungen in das Arbeitsgesetz sowie ihre Umsetzung von einer nationalen Gleichstellungspolitik begleitet werden müssen. Die Analyse gelangt zu dem Schluss, dass eine stärkere Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt nicht möglich ist, ohne dass auf ihren Status in der Gesellschaft, ihre Bedürfnisse und Erwartungen eingegangen wird, ihr Bildungsniveau verbessert und ihre aktive Mitwirkung am wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben, auch im Rahmen der Arbeitnehmerorganisationen, gefördert wird (ebd.). Auch wurden einige weitere Empfehlungen ausgesprochen, die über konkrete Gesetzesänderungen hinausgehen. Dazu gehört etwa die Schärfung des Rechtsbewusstseins in Bezug auf die Rechte der Frauen bei der Arbeit, die Bereitstellung von Kinderbetreuungsangeboten für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit Familienpflichten, eine stärkere Teilnahme der Frauen am formalen Arbeitsmarkt und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und nichtstaatlichen Organisationen zur Stärkung der wirtschaftlichen Rolle der Frauen. Noch steht nicht fest, auf welche Weise diese Empfehlungen weiterverfolgt werden.

121. Eine vor kurzem durchgeführte Studie über die Probleme und Herausforderungen, denen sich palästinensische Frauen bei der Gründung oder Leitung eines Unternehmens gegenübersehen, gelangt zu der Schlussfolgerung, dass sie zusätzliche, in der Kultur, den

Bräuchen und Traditionen begründete Herausforderungen zu meistern haben, aber auch mit Problemen aufgrund beschränkter Eigentumsrechte sowie aufgrund zahlreicher weiterer Faktoren zu kämpfen haben und von ihren Familien und ihrem Umfeld nur unzureichend unterstützt werden (MAS, 2011). Als Hauptursache dafür, dass die Frauen davon Abstand nehmen, ein Unternehmen zu gründen, wird die mangelnde Finanzierung für Unternehmensgründungen genannt, gefolgt von mangelnden Kenntnissen in Unternehmensführung und Marketing. Wie in Kapitel 2 erläutert, wurde vor kurzem der Zuständigkeitsbereich des Kreditbüros auf Mikrofinanzinstitutionen ausgeweitet. Das hat sich unmittelbar auf einen Anstieg der Schaffung neuer Arbeitsplätze ausgewirkt, insbesondere in Unternehmen, die von Frauen gegründet wurden und Frauen beschäftigen, und hat so zu der jüngsten Zunahme der Erwerbsbeteiligung der Frauen beigetragen.

122. Das Arbeitsministerium, der Verband der Palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA) und der Palästinensische Allgemeine Gewerkschaftsbund (PGFTU) haben jeweils ein partizipatorisches Gleichstellungsaudit mit technischer Unterstützung der IAO durchgeführt, aus dem Reihe von Empfehlungen zur effektiveren Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Belange hervorging. Im Hinblick auf die Sozialpartner erfuhr die Mission, dass der FPCCIA vor kurzem Wahlen abgehalten hat und nun zum ersten Mal Frauen als Mitglieder in den Vorständen vertreten sind (vier von insgesamt 134 Mitgliedern). Der FPCCIA beabsichtigt, Gleichstellungseinheiten einzurichten, die sich um die Bedürfnisse der Frauen kümmern sollen, insbesondere jener Frauen, die in der informellen Wirtschaft tätig sind. Der Verband hat auch eine Absichtserklärung mit dem Business Women's Forum unterzeichnet, derzufolge der Anteil der Frauen im Verband in Zukunft erhöht werden soll.

123. Der PGFTU hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, insbesondere im Bereich der Ausbildung, die speziell auf die Bedürfnisse der Frauen zugeschnitten sind. In Gaza wurde die Mission über Alphabetisierungsprogramme für Frauen in der Landwirtschaft, über Schulungsmaßnahmen zum Thema Arbeitnehmerrechte und über Maßnahmen zur Sensibilisierung in Fragen des Arbeitsschutzes unterrichtet. Die neue Strategie des PGFTU legt ein besonderes Augenmerk auf die Stärkung der Rolle der Frauen und ihre Einbindung in die Gewerkschaftsstrukturen. Fünf Frauen arbeiten von jetzt an in Vollzeit in der für die Förderung der Beteiligung der Frauen an den PGFTU-Aktivitäten zuständigen Abteilung (PGFTU, undatiert).

124. Die Lage der Frauen in Gaza ist nach wie vor besonders problematisch. Die Mission erfuhr, dass die Gewalt gegen Frauen zugenommen hat und dass Frauen generell zunehmend gefährdeter sind. Die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz wird als wachsendes Problem wahrgenommen; viele Frauen wenden sich an die Frauenverbände, um das Problem zu melden, sind aber nicht bereit, offiziell Anzeige zu erstatten. Von den neuen Arbeitsplätzen im Baugewerbe, die mit der sich rasch entwickelnden „Tunnelwirtschaft“ einhergehen, profitieren die Frauen nicht, und wenn es Entlassungen in anderen Sektoren wie etwa der Bekleidungsbranche gibt, sind die Frauen die ersten, die entlassen werden. Nur wenige Arbeitsplätze gelten als gesellschaftlich akzeptabel für Frauen, und dies sind im Allgemeinen Tätigkeiten, die als Erweiterung ihrer häuslichen Aufgaben angesehen werden können (UN Women, 2011). Die Mission erfuhr ebenfalls, dass im Laufe des letzten Jahres die De-facto-Verwaltung die Möglichkeiten der Frauen, außerhalb des häuslichen Bereichs zu arbeiten, weiter eingeschränkt hat und davon abrät, dass Männer und Frauen zusammen arbeiten. Obwohl es sowohl in Gaza als auch im Westjordanland eine Reihe von Initiativen gibt, die die Stärkung der Rolle der Frau unterstützen, und zahlreiche dynamische und zielstrebige Palästinenserinnen sich an die Spitze verschiedener Initiativen gestellt haben, sind die internen und externen Hinder-

nisse, die einer vollen Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Arbeitsleben entgegenstehen, nach wie vor entmutigend.

Die Führungskräfte der Zukunft: Jugendräte

125. Die Hoffnungen und das Potential eines zukünftigen palästinensischen Staats werden durch die heutige Jugend verkörpert. Daher ist es von großer Bedeutung, die Jugend jetzt an der Zukunftsgestaltung zu beteiligen. Mit dem Ziel, die Jugendlichen stärker in die Entwicklung auf lokaler Ebene einzubinden, wurden im Westjordanland elf Jugendräte gegründet (PNA, 2011e). Die Mission hat sich mit Mitgliedern von zwei Jugendräten aus Illar und Anabta getroffen. Diese wurden demokratisch von 15- bis 22-jährigen Palästinensern gewählt. Unter den 132 Mitgliedern der Jugendräte sind 47 Frauen (CHF, 2011). Im September 2011 wurde das erste Gipfeltreffen der palästinensischen Jugend abgehalten; die Arbeitslosigkeit war neben der Frage der erforderlichen Reformen im Bildungssystem eines der zentralen Themen.

126. Die Vertreter der Jugendräte, die sich mit der Mission trafen, äußerten die Auffassung, dass die Sorgen junger Menschen früher in der Gemeinde nicht berücksichtigt worden seien, dass aber dank der Arbeit der Jugendräte ein Wandel in der Wahrnehmung Jugendlicher eingetreten sei und ihre Ansichten mittlerweile respektiert würden. Die Gesprächspartner der Mission erklärten auch, dass die Beschäftigung einen wichtigen Platz in ihrer Agenda einnehme, und unterstrichen, wie wichtig es sei, die beruflichen Qualifikationen an die Erfordernisse des Marktes anzupassen. Die Arbeit in den Jugendräten biete ihnen die Möglichkeit, wertvolle Erfahrungen zu sammeln, die ihnen für ihre zukünftige Karriere von Nutzen sein werden. Einige von ihnen äußerten ein brennendes Interesse an einer Karriere in der Politik, nach Möglichkeit auf höchster Ebene. Obwohl die Gebermittel für die Einrichtung und Unterstützung der Jugendräte gerade gekürzt worden waren, gaben sich die Mitglieder der Jugendräte fest entschlossen, die erforderlichen Mittel aufzubringen und ihre wichtige Arbeit für das Gemeinwesen fortzuführen. Diese dynamischen, leidenschaftlichen und engagierten jungen Menschen stimmen für die Zukunft zuversichtlich.

Bildung und die Entwicklung beruflicher Fertigkeiten

127. Die Notwendigkeit umfangreicher Investitionen in das Bildungssystem wird im Nationalen Entwicklungsplan anerkannt (PNA, 2011a). Die Palästinensische Behörde setzt sich für eine Neuausrichtung der Investitionen im Bildungssektor ein. Damit soll sichergestellt werden, dass Schülern und Studenten eine bessere Qualität der Schul- und Hochschulbildung geboten wird, um sie auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt vorzubereiten, und im Endeffekt eine dynamische, wissensbasierte Wirtschaft gefördert wird. Sie anerkennt die Notwendigkeit, das Angebot und die Qualität der fachlichen und beruflichen Bildung und Ausbildung (TVET) zu verbessern, um dem gegenwärtigen Eindruck entgegenzuwirken, dass es sich um eine zweitklassige Art der Fortbildung handelt. Ziel ist es, den öffentlichen und den privaten Sektor mit den Qualifikationen zu versorgen, die die Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Wirtschaft sicherstellen (PNA, 2012a). Wie im letztjährigen Bericht erwähnt, ist die im Jahr 2010 verabschiedete Strategie (PNA, 2010) für fachliche Bildung und Ausbildung ehrgeizig; sie hat erhebliche finanzielle Auswirkungen und setzt einen nachhaltigen Finanzierungsmechanismus voraus. Patriarchalisch geprägte Konventionen und klischeehafte Vorstellungen von der Rolle der Frauen sind nach wie vor ein Hindernis für die Teilnahme der Frauen an den TVET-Maßnahmen und müssen wirksam bekämpft werden (IAA, undatiert). Äußerst wichtig

ist auch, dass Bildung und Ausbildung ihren Niederschlag in menschenwürdigen Arbeitsplätzen und damit in Chancen und Hoffnung für die Zukunft finden.

128. In Anbetracht des ausgesprochen schwierigen Umfelds für Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Gaza hat die Palästinensische Behörde eine gezielte Wirtschaftsstrategie entwickelt, die besonders auf die Entwicklung einer gut ausgebildeten, modernen Arbeitnehmerschaft abzielt und ein „zeitgemäßes und sich ständig weiter entwickelndes Verständnis von den Anforderungen der Weltmärkte in ihren verschiedenen Sektoren“ anstrebt, das für den Aufbau eines lebensfähigen privaten Sektors von wesentlicher Bedeutung sein wird (PNA, 2011f). In der Strategie wird von der permanenten Herausforderung gesprochen, die beruflichen Qualifikationen mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes in Einklang zu bringen, und auf den deutlichen Rückgang der Anzahl qualifizierter Arbeitnehmer hingewiesen, der seit der Abriegelung Gazas im Jahr 2006 infolge der mangelnden Möglichkeiten, die Qualifikationen der Arbeitnehmer einzusetzen, erkennbar ist (ebd.). Darüber hinaus wird eingeräumt, dass besondere Anstrengungen erforderlich sein werden, um Frauen für nicht traditionelle Bildungsprogramme im Allgemeinen und für TVET-Maßnahmen im Besonderen zu interessieren, etwa durch Sensibilisierungsmaßnahmen zur Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz solcher Programme (ebd.). Arbeitgebervertreter aus Gaza haben bestätigt, dass es ein erhebliches Qualifikationsdefizit gibt, und fordern den Wiederaufbau bestehender Berufsbildungszentren.

129. Einige Projekte zur Verbesserung der Berufsbildung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Gaza sind in Arbeit. Auf der Grundlage einer Qualifikationserhebung aus dem Jahr 2008 hat die IAO die Bauwirtschaft als einen der Sektoren ausgemacht, die das größte Potential für die Schaffung von Arbeitsplätzen im Rahmen des Wiederaufbaus bieten (IAA, nicht datiert). Seit Dezember 2010 führt die IAO gemeinsam mit dem UNRWA das Projekt „Qualifizierungs- und Arbeitsvermittlungsdienste für die Bauwirtschaft im Gazastreifen“ durch. Das ursprüngliche Ziel, 500 junge Menschen, deren Alter über dem normalen Schulalter lag, in fünf Bauberufen auszubilden, war im November 2011 erreicht worden. Insgesamt 93 Prozent der Auszubildenden des UNRWA schlossen die Ausbildungslehrgänge erfolgreich ab. Allerdings muss noch dafür gesorgt werden, dass Bewertungen und Abschlüsse nach einem transparenten und fairen Verfahren vergeben werden und eine breite Anerkennung der Zeugnisse gewährleistet ist (ebd.)

5. Ungewissheit im besetzten syrischen Golan

130. Die Mission besuchte zwar den besetzten syrischen Golan, die Bedingungen in der Arabischen Republik Syrien hinderten sie jedoch daran, Damaskus zu besuchen. Dieses Kapitel des Berichts stützt sich auf Informationen, die die Mission im besetzten syrischen Golan erhalten und auf den Bericht, den die Regierung der Arabischen Republik Syrien dem IAA übermittelt hat (MOSAL, 2012).

131. Die Landwirtschaft ist nach wie vor die wichtigste Einkommensquelle für die syrischen Bewohner des besetzten syrischen Golan. Die hohen Steuern und die Rationierung der Wasserversorgung stellen eine große Belastung für die Landwirte dar und versetzen sie in eine Position der Ungleichheit und der Benachteiligung. Berichten zufolge gibt es Fälle von Kinderarbeit in der Landwirtschaft und im Baugewerbe sowie in den Siedlungen (ebd.).

132. Die israelischen Siedlungen erhalten weiterhin die ihnen zugeteilte Wassermenge von 750 m³ pro Dunum Land, während die syrischen Apfelbauer 250 m³ erhalten. Wenn das Wasser knapp wird, werden die Wasserressourcen in die Siedlungen umgeleitet. Gewöhnlich führt die Wasserknappheit zu einer geringeren Wasserversorgung der syrischen Landwirte; in der vergangenen Saison jedoch wurde die Wasserversorgung für die Bewässerung während der zwei kritischen Sommermonate vollständig unterbrochen. In einem aufschlussreichen Verfahren hat ein Gericht einem Erzeuger ein Grundstück wieder zugesprochen, das an eine Siedlung angrenzte. Gleichzeitig wurde die diesem Grundstück zugeteilte Wassermenge verringert mit der Erklärung, dass die syrischen Landwirte eine andere, weniger wasserintensive Methode verwenden würden, was allerdings von diesen bestritten wird.

133. Im Frühjahr 2012 sind aus dem besetzten syrischen Golan keine Äpfel in die Arabische Republik Syrien exportiert worden. Dieses Jahr betrug die Erzeugung 12.000 bis 15.000 Tonnen Äpfel anstatt der 40.000 bis 50.000 Tonnen der letzten Saison. Den Landwirten zufolge war die magere Ernte die Folge der Unterbrechungen der Wasserversorgung während der Wachstumsperiode im August und September 2011. So entsprach der Ertrag der gesamten Saison der Menge, die im Jahr zuvor in die Arabische Republik Syrien exportiert worden war. Anfang März standen die Lastkraftwagen bereit, um zwei Tonnen Äpfel in die Arabische Republik Syrien zu transportieren, aber die endgültige Genehmigung des israelischen Finanzministeriums blieb aus. Der israelischen Regierung zufolge musste dieses Jahr aufgrund des geringen Ernteertrags und der eher geringen Qualität der Äpfel von der Apfelausfuhr nach Syrien Abstand genommen werden. Die israelischen Behörden äußerten die Hoffnung, dass die sechs Jahre alte Initiative nächstes Jahr erneuert werden kann. Die Erzeuger gaben an, dass sie für den Apfelexport in die Arabische Republik Syrien immer die besten Preise erzielen; sie wiesen darauf hin, dass sie die Ausfuhren auch dann weiterführen würden, wenn diese infolge geringerer Exportmengen und/oder niedrigerer Preise weniger rentabel wären.

134. Die syrischen Bewohner des besetzten syrischen Golan leiden nach wie vor unter Diskriminierung und mangelnden Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Ausbildungs-, Berufsbildungs- und Wiedereingliederungseinrichtungen sind unzureichend. Für Arbeitnehmer mit einer höheren, akademischen Bildung ist es schwierig, eine Beschäftigung entsprechend ihrer Qualifikation zu finden, und sie sehen sich gezwungen, schlecht bezahlte Arbeitsstellen auf dem Bau oder im Instandhaltungssektor anzunehmen.

135. Studenten aus dem besetzten syrischen Golan besuchen weiterhin die Universität Damaskus, obwohl es einem Großteil der erwachsenen Bevölkerung verboten ist zu reisen, und es Fälle gegeben hat, in denen die israelischen Behörden Ausweisepapiere der

Studenten beschlagnahmt haben (MOSAL, 2012). Die Unruhen in der Arabischen Republik Syrien haben diese Fahrten zwar nicht zum Erliegen gebracht, aber dennoch Spuren hinterlassen. Einige der Studenten, die für die Ferienzeit zurückgekommen waren, wollten aufgrund der Gewalt, die sie dort miterlebt hatten, nicht wieder nach Damaskus zurückkehren. Der Mission wurde gesagt, dass sie alle sich „Syrien sehr eng verbunden fühlen, auch wenn sie die politische Spaltung Syriens teilen“. Angesichts der internen Lage hat die Regierung der Arabischen Republik Syrien das Dekret aus dem Jahr 2010 nicht verabschieden können. Darin war eine Entschädigung für die Bürger im besetzten syrischen Golan vorgesehen, die ihre Arbeitsplätze und ihre Existenzgrundlage verloren haben.

136. Es gibt Beschäftigungsmöglichkeiten in Israel, insbesondere für Absolventen im Bereich Medizin, und Berichten zufolge bestehen über 90 Prozent von ihnen die israelischen Gleichwertigkeitsprüfungen. Trotz der Diskriminierung syrischer Bürger aus dem besetzten syrischen Golan auf dem israelischen Arbeitsmarkt scheinen insbesondere Männer recht gute Chancen zu haben, im privaten Gesundheitssystem Israels als Ärzte, Zahnärzte oder Apotheker eingestellt zu werden. Absolventen der Universität Damaskus im Fach Medizin haben Berichten zufolge im gesamten Norden Israels in Krankenhäusern und Kliniken Beschäftigung gefunden. Für die Frauen ist eine Eingliederung in den israelischen Arbeitsmarkt kulturell inakzeptabel; viele Frauen mit Universitätsabschluss landen aufgrund der geringen Beschäftigungsmöglichkeiten im besetzten syrischen Golan in der Landwirtschaft und pflücken und sortieren Äpfel und anderes Obst.

137. Es gibt eine relativ hohe Nachfrage in der Bauwirtschaft; allerdings sind die meisten Bauvorhaben illegal. Den fünf im besetzten syrischen Golan verbliebenen syrischen Dörfern mangelt es physisch an Fläche für ein organisches Wachstum. In der Ortschaft Majdal Shams leben circa 11.000 Syrer in 1.200 Häusern. Da Neubauten nicht genehmigt werden, werden die Häuser ohne die erforderlichen Genehmigungen entweder renoviert oder mit zusätzlichen Stockwerken versehen, um Platz für die wachsenden Hausgemeinschaften zu schaffen. Die Bautätigkeit wird durch den Verkauf von Grundstücken innerhalb der lokalen Gemeinde oder mit Krediten finanziert. Das führt zu einer wachsenden Abhängigkeit von israelischen Banken und zu einer wachsenden Verschuldung der syrischen Bürger.

138. Die Stellenvermittlungsagenturen in Israel zahlen zwar den Mindestlohn, aber laut Angaben, die gegenüber der Mission gemacht wurden, hält man sich im besetzten syrischen Golan nicht daran. Zeitarbeit bietet keinen ausreichenden sozialen Schutz. Lohn und Arbeitsstunden werden zu niedrig angesetzt, Rentenbeiträge und sonstige Leistungen können vernachlässigt werden, und angesichts der hohen Arbeitslosigkeit können die Arbeitnehmer von den Unternehmern ausgebeutet werden, die unter anderem die Arbeit in den Siedlungen vergeben, wo arbeitsrechtliche Vorschriften nicht durchgesetzt werden.

139. Die Anzahl der Siedler im Verhältnis zur syrischen Bevölkerung hat sich im Vergleich zu der letztjährigen Schätzung von etwa 20.000 je Bevölkerungsgruppe nicht erhöht (CBS 2011, Übersicht 2.8), obwohl die israelische Regierung Pläne zur Ausweitung der Siedlungen im besetzten syrischen Golan verabschiedet hat. Es scheint zwar keine größeren neuen Spannungsherde im besetzten syrischen Golan zu geben, aber die Volatilität der Lage kam sehr eindringlich zum Vorschein, als am 15. Mai 2011 demonstrierende Flüchtlinge aus der Arabischen Republik Syrien den Grenzzaun am Rande von Majdal Shams stürmten, woraufhin einige von ihnen von israelischen Soldaten erschossen wurden. Mittlerweile ist die Grenze verstärkt und der Zaun elektrifiziert worden.

140. Bei der Situation des besetzten syrischen Golan besteht die Gefahr, dass der festgefahrene Konflikt sogar noch weiter „einfriert“. Jede Öffnung, die durch Veränderungen in der Region möglich wird, sollte genutzt werden, um eine Lösung zu finden, bei der die Achtung der grundlegenden Rechte der syrischen Bürger sichergestellt wird.

Abschließende Bemerkungen

141. In ihren diesjährigen abschließenden Bemerkungen unterstreicht die Mission, dass es zunehmend dringlicher wird, das Vertrauen wiederherzustellen, das erforderlich ist, um sinnvolle Verhandlungen über ein Ende der Besatzung mit all ihren negativen Folgen für die Arbeitnehmer in den besetzten arabischen Gebieten zu führen. Die Zwei-Staaten-Lösung darf nicht durch die Entwicklungen vor Ort aufs Spiel gesetzt werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Lage im Gebiet C sowie einer Verbesserung der prekären humanitären und wirtschaftlichen Lage der Palästinenser in Ostjerusalem geschenkt werden. Ebenso sollten greifbare Maßnahmen getroffen werden, um Wirtschaft und Gesellschaft in Gaza auf eine solide Grundlage zu stellen, und dabei auch der Zugang zu den Märkten geöffnet werden. Es muss jede Anstrengung unternommen werden, um Gewaltausbrüche zu verhindern und jede Möglichkeit der Straffreiheit auszuschließen.

142. Eine zentrale Frage ist die Aussöhnung der Palästinenser auf demokratischer Grundlage und unter Beachtung des Willens der Bevölkerung. Dieses Ziel sollte unterstützt und gefördert werden, denn es ist ausschlaggebend für die Stärkung sämtlicher Institutionen des zukünftigen palästinensischen Staates.

143. Die jüngsten Verbesserungen in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt der besetzten palästinensischen Gebiete beruhen auf prekären Wachstumsquellen. Insbesondere in Gaza ging dieses Wachstum von einem sehr niedrigen Niveau aus. Begrenzt wird das Wachstum sowohl durch geringere Hilfsleistungen der Geber als auch durch das Fehlen weiterer Maßnahmen Israels zur Erleichterung der Bewegungsfreiheit innerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete sowie zwischen den einzelnen Gebieten. Der Zugang zu den Märkten und zu Produktionsmitteln, insbesondere Land und Wasser, ist Voraussetzung für eine Ausweitung privater Investitionen. Eine Umkehr des Abwärtstrends bei den Hilfsleistungen der Geber ist von entscheidender Bedeutung, um zu verhindern, dass sich das Haushaltsdefizit der Palästinensischen Behörde in Zukunft zu einer Krise für die gesamte Wirtschaft mit dem damit verbundenen Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Armut ausweitet. Für soziale Ziele sind Finanzmittel erforderlich, und fiskalpolitische Maßnahmen und Anpassungen müssen sozial abgedeckt werden.

144. Eine Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Palästinenser auf dem israelischen Arbeitsmarkt kann kurzfristig Erleichterung verschaffen, ist aber nicht unbegrenzt möglich und unterliegt erheblichen Zwängen aufgrund von Genehmigungen, Sicherheitskontrollen und der Schwierigkeit, zum Arbeitsplatz zu gelangen. Das Potential für Missbrauch der palästinensischen Arbeitnehmer durch skrupellose Vermittler und Subunternehmer ist groß. Die Zusammenarbeit zwischen dem PGFTU und der Histadrut sollte fortgeführt und intensiviert werden. Jeder Schritt hin zu einer Zusammenarbeit zwischen den israelischen und palästinensischen Behörden mit dem Ziel, Angebot und Nachfrage aneinander anzupassen und menschenwürdige Arbeitsbedingungen sicherzustellen, sollte unterstützt werden und sollte Teil der Realität einer Zwei-Staaten-Lösung sein.

145. Die Palästinenser sind ein junges Volk; 71 Prozent sind jünger als 30 Jahre. Damit sind sie eines der jüngsten Völker der arabischen Welt. Junge Frauen und Männer erwarten – und fordern – zunehmend, angehört zu werden und aktiv an der Zukunftsgestaltung teilnehmen zu dürfen. Das macht noch einmal deutlich, wie dringend erforderlich es ist, dass Maßnahmen zur Sicherstellung einer hohen Qualität der Bildung in Ostjerusalem und anderen Teilen des Westjordanlands und in Gaza getroffen werden. Die Bildungskrise in Ostjerusalem muss durch die Bereitstellung geeigneter Infrastruktur und ausreichenden Lehrpersonals überwunden werden. Der Zerstörung von Schulen im Westjor-

danland muss ein Ende gesetzt werden. Die Erosion der beruflichen Qualifikationen muss gestoppt werden. Bildung und Ausbildung müssen ihren Niederschlag in menschenwürdigen Arbeitsplätzen für Männer und Frauen finden.

146. Die Palästinensische Behörde sollte die Überprüfung und Überarbeitung der Gesetze und Verordnungen zu Arbeit und Beschäftigung in Abstimmung mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen fortführen. Dabei sollte sie die Sozialpartner und weitere Interessengruppen auf dem Wege des sozialen Dialogs und unter Beachtung der internationalen Arbeitsnormen stärken. Der Grundsatz der Vereinigungsfreiheit muss sowohl gesetzlich verankert als auch in der Praxis umgesetzt werden.

147. Die Gleichstellung der Geschlechter ist nach wie vor das zentrale Thema. Sie muss entschieden vorangebracht werden, wobei ein wichtiges Ziel die Verabschiedung einer mehrschichtigen nationalen Gleichstellungspolitik sein sollte. Den Bedürfnissen, den Hoffnungen und der Rolle der Frauen in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und am Arbeitsplatz Rechnung zu tragen, sollte ein zentrales Anliegen einer solchen Politik sein. Junge Frauen und Männer brauchen Hoffnung; die Einrichtung und die Funktionsfähigkeit der Jugendräte sollten weiterhin sichergestellt werden.

148. Die Mission würdigt die Arbeit, die die Palästinensische Behörde für die Institutionalisierung des sozialen Dialogs geleistet hat, hofft aber auch, dass dieser Prozess trotz der besorgniserregenden wirtschaftlichen und finanziellen Aussichten fortgeführt wird. Der Nationale Dreigliedrige Beratende Ausschuss und der vor kurzem gegründete Palästinensische Wirtschafts- und Sozialrat müssen voll funktionsfähig werden. Maßnahmen zur Schaffung eines landesweiten Sozialversicherungssystems sollten weiter verfolgt werden. Der nationale Mindestlohn sollte so ausgestaltet werden, dass die Stellung der bedürftigsten Arbeitnehmergruppen gestärkt und das Wirtschaftswachstum gefördert wird.

Das Amt und die Aufsichtsorgane der IAO – die Internationale Arbeitskonferenz und der Verwaltungsrat – müssen der Palästinensischen Behörde und den Sozialpartnern weiterhin die Mittel und Kapazität der Organisation zur Verfügung stellen. Die Zusammenarbeit muss auf jede erdenkliche Weise fortgesetzt werden, um die Existenzgrundlagen und Arbeitsbedingungen im Gebiet des zukünftigen palästinensischen Staates zu verbessern.

Quellennachweis

- Al Maqdesse for Society Development (MSD). 2011a. *The socio-economic and demographic effects of house demolitions in Jerusalem*, März.
- . 2011b. *Palestinian workers rights in the Israeli labour market and settlements*, Dezember.
- Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA). 2007. *The humanitarian impact on Palestinians of Israeli settlements and other infrastructure in the West Bank*, Juli.
- . 2011a. *Movement and access in the West Bank*, Fact Sheet, September.
- . 2011b. *Humanitarian situation in the Gaza Strip*, Fact Sheet, Oktober.
- . 2011c. *Displacement and insecurity in Area C of the West Bank*, Special Focus, August.
- . 2011d. *The Monthly Humanitarian Monitor*, Dezember.
- . 2011e. *Humanitarian fact sheet on Area C of the West Bank, Data updated through Dec. 2011*, Juli.
- . 2011f. *Bedouin relocation: Threat of displacement in the Jerusalem periphery*, September.
- . 2011g. *Israeli settler violence in the West Bank*, November.
- . 2011h. *East Jerusalem: Key humanitarian concerns*, Special Focus, März.
- . 2011i. *East Jerusalem: Key humanitarian concerns*, Dezember.
- . 2012a. *The Monthly Humanitarian Monitor*, Februar.
- . 2012b. *Humanitarian fact sheet on the Jordan Valley and Dead Sea area*, Februar.
- . 2012c. *The Monthly Humanitarian Monitor*, Januar.
- . 2012d. *How dispossession happens*, Special Focus, März.
- . 2012e. Gaza Crossings Database, unter www.ochaopt.org.
- . 2012f. *The humanitarian impact of Israeli settlement policies*, Januar.
- . 2012g. *Demolitions and forced displacement in the occupied West Bank*, Januar.
- . 2012h. *Susiya: At imminent risk of forced displacement*, März.
- . 2012i. *The humanitarian impact of Gaza's electricity and fuel crisis*, März.
- Association for Civil Rights in Israel (ACRI) und Ir Amim. 2011. *The East Jerusalem school system – Annual status report*, September.

- Ausschuss der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD), 2012. *Consideration of reports submitted by States parties under article 9 of the Convention, Concluding observations*, Dokument CERD/C/ISR/CO/14–16, 9. März.
- Ausschuss der Vereinten Nationen für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR), 2011. *Consideration of reports submitted by States parties under articles 16 and 17 of the Covenant, Concluding observations*, Dokument E/C.12/ISR/CO/3, 16. Dezember.
- B'Tselem (Israelisches Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten). 2011a. *Dispossession and exploitation – Israel's policy in the Jordan Valley and northern Dead Sea*, Mai.
- . 2011b. *Israel plans to expel Bedouin communities from Area C, West Bank*, Oktober.
- Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess (UNSCO), 2011. *Palestinian State-building: An achievement at risk*, Bericht für die Tagung des Ad-hoc-Verbindungsausschusses, New York, 18. September.
- . 2012. *Palestinian State-building: An achievement at increased risk*, Bericht für die Tagung des Ad-hoc-Verbindungsausschusses, Brüssel, 21. März.
- CHF International. 2011. *CHF Newsletter*, Issue No. 2.
- Conference of High Contracting Parties to the Fourth Geneva Convention (HCP), 2001: *Declaration*, 5. Dezember.
- Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD). 2011. *Report on UNCTAD assistance to the Palestinian people: Developments in the economy of the occupied Palestinian territory*, Dokument TD/B/58/4, 15. Juli.
- Hasson, N. 2011. „West Bank settlement to apply Israeli law to Palestinian workers“, in Haaretz, 9. November.
- Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palestinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA). 2012. *UNRWA Job Creation Programme in the Gaza Strip: Impact of funding shortfall and recruitment cuts as of March 2012*, 18. März.
- Internationaler Gerichtshof (IGH). 2004. „Legal consequences of the construction of a wall in the Occupied Palestinian Territory“, in *Reports of Judgments, Advisory Opinions and Orders*, Advisory Opinion, 9. Juli.
- Internationaler Währungsfonds (IWF). 2011. *Recent experience and prospects of the economy of the West Bank and Gaza*, Stabsbericht für die Tagung des Ad-hoc-Verbindungsausschusses, New York, 18. September.
- . 2012. *Recent experience and prospects of the economy of the West Bank and Gaza*, Stabsbericht für die Tagung des Ad-hoc-Verbindungsausschusses, Brüssel, 21. März.
- Internationales Arbeitsamt (IAA). Undatiert a. *Policy Brief 11: Mainstreaming gender equality concerns in Palestinian TVET system*.
- . Undatiert b. *Internal evaluation: Skills development and employment services for the construction sector in the Gaza Strip*, PAL/10/01/SDC.
- . 2011a. *Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete*, Bericht des Generaldirektors (Anhang), Internationale Arbeitskonferenz, 100. Tagung, Genf.

- 2011b. *Review of labour laws to promote women's labour force participation: A legal analysis and recommendations for promoting gender equality, executive summary.*
- 2012. *Giving globalization a human face*, General Survey on the fundamental Conventions concerning rights at work in light of the ILO Declaration on Social Justice for a Fair Globalization, 2008, Bericht III(1B), Internationale Arbeitskonferenz, 101. Tagung, Genf.
- Koordination der Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT), Israel, 2012. *Presentation to the ILO delegation*, März.
- Machsomwatch. 2012. *Invisible prisoners – Don't know why and there's nowhere to turn – June 2007–September 2011.*
- Ministerium Sozial- und Arbeitsangelegenheiten (MOSAL), Arabische Republik Syrien. 2012. *Israeli racist and arbitrary measures and practices against the workers, employers and other Syrian citizens in the occupied Syrian Golan*, der IAO vorgelegter Bericht.
- Palästinensische Nationalbehörde (PNA). 2003. *Decision of the Council of Ministers No. 50/2003 R.M.W on the formation of the labor policies committee.*
- 2010a. *National Employment Strategy*, November.
- 2010b. *TVET Strategy (revised)*, 3. November.
- 2011a. *National Development Plan, 2011–2013 – Establishing the State, building our future*, April.
- 2011b. *Decision of the Council of Ministers No. 01/96/13/M.W/S.F of 2011 on establishing the Palestinian Economic and Social Council.*
- 2011c. *Decent work in the Palestinian territories*, September.
- 2011d. *Palestinian National Plan 2011–2013. Social protection sector strategic plan summary.*
- 2011e. *Building the State of Palestine: A success story*, Bericht an den Ad-hoc-Verbindungsausschuss, New York, September.
- 2011f. *Gaza Economic Strategy*, März.
- 2012a. *Equitable development: Moving forward despite the occupation*, Positionspapier für den Ad-hoc-Verbindungsausschuss, Brüssel, 21. März.
- 2012b. *Decision of the Council of Ministers No. 06/121/13/M.W/S.F of 2012 on establishing a national committee to employ women.*
- 2012c. *Decision of the Council of Ministers No. 01/125/13/M.W/S.F of 2012 on establishing a national team for social security.*
- Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU). Undatiert. *Strategy Plan 2012–2015.*
- Palästinensisches Handelszentrum (PalTrade). 2010. *Gaza Strip Crossings Bi-Monthly Monitoring Report, December 2009–January 2010*, März.
- Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS). 2011a. *Child statistics report*, Pressemitteilung, April.

- . 2011b. *Poverty in the Palestinian territory, main findings report 2009–2010*, September.
- . 2011c. *Palestinian Consumer Price Index for 2010, news release*, Januar.
- . 2012a. *Preliminary estimates of quarterly national accounts (fourth quarter 2011)*, Pressebericht, März und verschiedene Jahre.
- . 2012b. *Labour Force Survey* (Oktober-Dezember, 2011) Runde (Q4/2011), und verschiedene Jahre.
- . 2012c. *Palestinian Consumer Price Index for 2011*, 12. Januar.
- . 2012d. *International Women's Day 2012*, Presseveröffentlichung.
- Palästinensisches Wirtschaftsministerium (MoNE). 2011. *The economic costs of the Israeli occupation for the occupied Palestinian territory*, September.
- Pariser Protokoll. 1994. *Gaza–Jericho Agreement, Annex IV – Protocol on Economic Relations between the Government of the State of Israel and the P.L.O., representing the Palestinian people*, Paris, 29. April.
- Peace Now. 2012. *Torpedoing the two-State solution: Summary of 2011 in the settlements*, Januar.
- Sadeq, T.; Hamed, M.; Glover, S. Palestine Economic Policy Research Institute (MAS). 2011. *Policies to promote female entrepreneurship in the Palestinian Territory*.
- Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNSC). 1980. Resolution 465 (1980) angenommen vom Sicherheitsrat auf seiner 2203. Tagung, Dokument S/RES/465, 1. März.
- . 2012. Kurzbericht von Robert Serry, Sonderkoordinator für den Nahost-Friedensprozess und persönlicher Vertreter des Generaldirektors, in *The situation of the Middle East, including the Palestinian question*, 6742. Tagung, 67. Jahr, Dokument S/PV.6742, März.
- Statistisches Zentralamt (CBS). 2010. *Statistical abstract of Israel 2010*.
- . 2011. *Statistical abstract of Israel 2011*.
- UN Women. 2011. *Who answers to Gazan women? An economic security and rights research*.
- Vereinte Nationen. 2011. *Report of the Special Committee to Investigate Israeli Practices Affecting the Human Rights of the Palestinian People and Other Arabs of the Occupied Territories*, 66. Tagung der Generalversammlung, Dokument A/66/370, 22. September.
- . 2012a. *Statement by Middle East Quartet*, Dokument SG/2182, 11. April.
- . 2012b. *Resolution 66/74 – Operations of the United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East*, 66. Tagung der Generalversammlung, Dokument A/RES/66/74, 12. Januar.
- . 2012c. *Resolution 66/118 – Assistance to the Palestinian people*, 66. Tagung der Generalversammlung, Dokument A/RES/66/118, 1. März.
- Weltbank. 2009. *West Bank and Gaza: Assessment of restrictions on Palestinian water sector development*, April.
- . 2012. *Stagnation or revival? Palestinian economic prospects*, Wirtschaftlicher Monitoringbericht an den Ad-hoc-Verbindungsausschuss, 21. März.

- Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP). 2012. *Gaza biscuits to feed West Bank school children, press release*, 5. März.
- Women's Center of Shu'fat Refugee Camp (WCSHC). 2011. *Institution profile*, April.
- Yesh Din – Volunteers for Human Rights. 2011a. *Tailwind*, Oktober.
- . 2011b. *Law enforcement on Israeli civilians in the West Bank*, Daten von Yesh Din Monitoring, Dezember.

Anhang

Verzeichnis der Gesprächspartner

Palästinensische Institutionen

Palästinensische Behörde

Büro des Premierministers

Salam Fayyad, Premierminister

Ghassan Khatib, Direktor des staatlichen Medienzentrums

Arbeitsministerium

Ahmed Majdalani, Arbeitsminister

Hassan al-Khatib, Stellvertretender Minister

Asef Said Asa'd, Stellvertretender Assistent für Zusammenarbeit, dreigliedrige Partnerschaft und sozialen Dialog

Palästinensische Währungsbehörde (PMA)

Jihad Al Wazir, Gouverneur

Shehadeh Hussein, Stellvertretender Gouverneur

Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS)

Ola Awad, Präsidentin

Amina Khasib, Direktorin, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Suha Kana'n, Direktorin, Arbeitsstatistik

Jawad al-Saleh, Stellvertretender Generaldirektor, Bevölkerungs- und Sozialstatistik

Palästinensischer Wirtschaftsrat für Entwicklung und Wiederaufbau (PECDAR)

Mohammad Shtayyeh, Präsident von PECDAR, Mitglied des Zentralausschusses von Fatah und Gouverneur für Palästina der Islamischen Entwicklungsbank

Distrikt Tulkarem

Generalmajor Talal Dwekat, Gouverneur

Majdi Laymoun, Koordinator, Exekutivrat

Khaled Zaghal, Direktor, Entwicklung und Planung

Jehad Assad, Berater

Ibrahim Abedelal, Generaldirektion

Alaeddin Abdel Halim, Öffentliche Beziehungen

Sharif al-Jayyousi, Mitglied des Exekutivrats, Landwirtschaftsministerium
Mamoun al-Tayeh, Mitglied des Exekutivrats, Landwirtschaftsministerium
Adnan Rabei, Mitglied des Exekutivrats, Ministerium für Kommunalverwaltung
Raed Muqbel, Mitglied des Exekutivrats, Ministerium für Kommunalverwaltung
Khaldoun Mosleh, Mitglied des Exekutivrats, Arbeitsministerium

Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)

Saeb Erakat, Leitender Palästinensischer Verhandlungsführer, Mitglied des Exekutivausschusses der PLO und Mitglied des Zentralausschusses der Fatah

Büro des Präsidenten

Ahmad Rwaidy, Berater des Stabschefs

Verbände der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber und andere Organisationen der Zivilgesellschaft

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Nablus

Shaher Sae'd, Generalsekretär
Rassem Bayari, Stellvertretender Generalsekretär
Nasser Younis, Leiter der Transportarbeitergewerkschaft
Hussain Fuqaha, Mitglied des Exekutivausschusses
Manawell Abdelall, Mitglied des Exekutivausschusses
Mahmoud Abu Odeh, Mitglied des Exekutivausschusses
Suheil Saliba Khader, Mitglied des Exekutivausschusses
Basma Albattat, Mitglied des Exekutivausschusses
Ibrahim Duraghme, Mitglied des Exekutivausschusses
Ibrahim Thweib, Mitglied des Exekutivausschusses
Laila Shaar, Verantwortliche für Humanressourcen und Finanzen
Nadia Kittaneh, Koordinatorin für Frauenfragen, Abteilung für Gleichstellung der Geschlechter
Qais Arafat, Abteilung für Jugendfragen
Mohamad Hazam, Leiter der Petrochemischen Gewerkschaft
Majed Abu Arab, Journalist des PGFTU
Riyad Kamil, Geschäftsführer, PGFTU-Büro in Jenin
Mohammad Shuqier, Projektkoordinator, Projektrechtsberatungsstelle

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Gaza

Tariq al-Hindi, Sekretär des PGFTU, Vorsitzender der Allgemeinen Union der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft
Yahya Abu El Atta, Mitglied des Nationalen Sekretariats
Bashir al-Sici, Allgemeine Union des öffentlichen Dienstes
Samira Abdel Aleem, Leiterin der Abteilung für Gleichstellungsfragen in Gaza
Zaki Abdel Fattah Khalil, Mitglied des Nationalen Sekretariats
Mohammad Saedi Hillis, Mitglied des Nationalen Sekretariats

Baker al-Jamal, Leiter der Abteilung für Arbeitsschutz
 Wael Khalaf, Mitglied des Nationalen Sekretariats
 Ibrahim al-Batrat, Mitglied des Exekutivausschusses
 Saeed al Astal, Mitglied des Exekutivausschusses
 Walid Qdeih, Mitglied des Exekutivausschusses
 Jamil Abu Mansour, Mitglied des Exekutivausschusses

Verband der Palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA), Ramallah

Ahmad Hashem Zoghayyer, Präsident
 Jamal Jawabreh, Generaldirektor
 Ali Muhanna, Direktor, Abteilung für Planung und KMUs
 Naser Jaber, Berater
 Munji Nazzal, Verantwortlicher der Wirtschaftsabteilung

Handelskammer von Gaza

Fayez Abu A'kar, Finanzdirektor, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, Vorstandsmitglied
 Bader Sabra, Mitglied
 Maher al-Tabba', Direktor für Öffentlichkeitsarbeit

Palästinensisches Handelszentrum (PalTrade)

Shawqi Makhtoob, Verantwortlicher Handelspolitik, Ramallah
 Faysal Shawa, Stellvertretender Vorsitzender, Gaza

Palästinensischer Bauunternehmerverband, Gaza

Mohammad Husaini, Exekutivdirektor

Palästinensische Hochschulgesellschaft für das Studium internationaler Angelegenheiten (PASSIA)

Mahdi Abdul Hadi, Präsident

Palestinian Medical Relief Society (PMRS)

Mustafa Barghouthi, Präsident von PMRS, Generalsekretär der Palestine National Initiative und PLC-Mitglied

Al-Haq, Ramallah

Shawan Jabarin, Generaldirektor
 Nina Atallah, Leiterin der Abteilung für Überwachung und Dokumentation

Unabhängige Kommission für Menschenrechte, Ramallah

Ahmad Harb, Generalbeauftragter
 Randa Siniora, Exekutivdirektorin
 Mamdouh Aker, Vorstandsmitglied

Palästinensisches Wirtschaftsforschungsinstitut (MAS)

Samir Abdallah, Direktor

Nationaler Ausschuss für die Beschäftigung der Frau

Zahira Kamal, Direktorin des Forschungs- und Dokumentationszentrums Palästinensischer Frauen, UNESCO

Iman Assaf, Leiterin der Gleichstellungsstelle, Arbeitsministerium

Buthaina Salem, Generaldirektorin, Abteilung für Rechtsfragen, Arbeitsministerium

Fatima Shamaah, Leiterin der Gleichstellungsstelle, Wirtschaftsministerium

Fida Abu Hmaid, Generaldirektorin, Abteilung für Rechtsfragen, Finanzministerium

Fatima Radaydeh, Direktorin der Gleichstellungsstelle, Ministerium für Frauenfragen

Siham al-Abbasi, Vorstandsleiterin, Bund der genossenschaftlichen Spar- und Kreditverbände

Randa Abed Rabbo, Direktorin, Bund der genossenschaftlichen Spar- und Kreditverbände

Ayman Abdul Majeed, Forscher und Koordinator, Birzeit-Universität

Carine Metz Abu Hmeid, Koordinatorin für Außenbeziehungen, Zentrum für Demokratie und Arbeitnehmerrechte

Naela Odeh, Palästinensische Entwicklungsgesellschaft für arbeitende Frauen

Zentrum für Frauenfragen, Gaza

Amal Syam, Exekutivdirektorin

Zentrum für Rechtsforschung und Beratung für Frauen, Gaza

Zeinab El Ghunaimi, Direktorin

Vereinigung für Kultur und freies Denken, Gaza

Mariam Zaqout, Generaldirektorin

Fachausschuss für Frauenangelegenheiten, Gaza

Nadia Abu Nahla, Direktorin

Palästinensische Vereinigung für die Planung und den Schutz von Familien, Gaza

Mar'i Bashir, Projektkoordinator

Save Youth Future Society, Gaza

Emad Ali Darweesh, Vorsitzender

Distrikt Tulkarem

Suheil Salman, Mitglied des Exekutivrats des Distrikts Tulkarem, Volkskampagne gegen die Sperrmauer

Ibrahim Abu Haseib, Mitglied des Exekutivrats des Distrikts Tulkarem, Präsident der Handelskammer von Tulkarem

Mohammed Amara, Mitglied des Exekutivrats des Distrikts Tulkarem, PGFTU

Ortschaft Illar

Bashar Othman, Leiter, Örtlicher Jugendrat

Nasayem Mjadbah, Örtlicher Jugendrat

Ehab Shraim, Örtlicher Jugendrat

Motasem Shadid, Örtlicher Jugendrat

Ortschaft Anabta

Paula Saadeh, Örtlicher Jugendrat

Amr Nasar, Örtlicher Jugendrat

Tamer Shihab, Örtlicher Jugendrat

El Wedad Society for Community Rehabilitation, Gaza

Mahmoud Abu Khalifa, Direktor

University College of Applied Sciences, Gaza

Ayman al-Afifi, Beauftragter für Internationale Beziehungen

Al-Maqdese for Society Development (MSD)

Bashar al-Azzeh, Vorsitzender

Moaz Zatari, Generaldirektor

Frauzentrum des Flüchtlingslagers Shu'fat

Jihad Abu Zneid, Vorsitzende, Mitglied des Palästinensischen Legislativrats

Mohammad Mahareeq, Verantwortlicher für öffentliche Beziehungen

Duaa Joulani, Projektkoordinatorin

Rasha Srour, Freiwillige

Walaa El Jubei, Freiwillige

Asmaa Sharawneh, Freiwillige

Ammar Mohammad Ali, Örtliche Gemeinschaft

Loai Kayyali, Örtliche Gemeinschaft

Mohammad al-Bahri, Örtliche Gemeinschaft

Israelische Institutionen**Regierung Israels***Ministerium für Industrie, Handel und Arbeit*

Avner Amrani, Leitender Forschungskordinator, Abteilung Arbeitsbeziehungen

Shlomo Ytzhaki, Verantwortlicher für Arbeitsbeziehungen

Außenministerium

Ron Adam, Direktor, Hauptabteilung Internationale Organisationen und Sonderorganisationen

Yael Ravia-Zadok, Büroleiter, Wirtschaftsangelegenheiten Naher Osten

Ruth Zakh, Hauptabteilung Internationale Organisationen und Sonderorganisationen

Marina Rosenberg, Hauptabteilung Internationale Organisationen und Sonderorganisationen

Jonathan Peled, Botschafter, Abteilung Vereinte Nationen und Internationale Organisationen

Koordination der Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT)

Generalmajor Eitan Dangot, Koordinator der Regierungstätigkeiten

Uri Maman, Leiter der Wirtschaftsabteilung

Verbände der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber und andere Organisationen

Histadrut – Allgemeiner Israelischer Gewerkschaftsbund

Avital Shapira-Shabirow, Direktorin, Internationale Abteilung

Itzhak Moyal, Präsident, Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter

Yousef Kara, Vertreter der Histadrut bei der Internationalen Arbeitsorganisation, Mitglied des Exekutivbüros

Manufacturers' Association of Israel

Avi Barak, Generaldirektor, Föderation israelischer Wirtschaftsverbände

Dan Catarivas, Direktor für internationale Beziehungen, Föderation israelischer Wirtschaftsverbände

Daphna Aviram-Nitzan, Leiterin der Hauptabteilung Wirtschaftsforschung

Uri Rubin, Vorsitzender, Arbeitsausschuss, Vereinigung der Bauunternehmer in Israel

Vereinte Nationen und internationale Organisationen

Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess (UNSCO)

Maxwell Gaylard, Stellvertretender UN-Sonderkoordinator und Residierender/Humanitärer UN-Koordinator

Elpida Rouka, Leiterin, Abteilung Regionale Angelegenheiten

Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), Besetztes palästinensisches Gebiet

Ramesh Rajasingham, Büroleiter

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

Filippo Grandi, Generalkommissar

Cindy Issac, Beauftragte für Nothilfemaßnahmen

Felipe Sanchez, Direktorin, UNRWA-Operationen, Westjordanland

Christer Nordahl, Amtierender Direktor, UNRWA-Operationen, Gaza

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen/Hilfsprogramm für das palästinensische Volk (UNDP/PAPP)

Frode Muring, Sonderbeauftragter des Administrators

Weltbank, Landesbüro für das Westjordanland und Gaza

Dina Abu-Ghaida, Programmleiterin, Stellvertreterin des Landesdirektors

Internationaler Währungsfonds, Westjordanland und Gaza

Udo Kock, Residierender Vertreter

UN Women-Gaza

Heba al-Zayyan, Programmanalystin

Sonstige Treffen

*B'Tselem – Israelisches Informationszentrum für Menschenrechte
in den besetzten Gebieten*

Eyal Hareuveni, Forschungsleiter

Kav LaOved – Workers' Hotline

Hanna Zohar, Direktorin

Machsomwatch – Women against the Occupation and for Human Rights

Sylvia Piterman, Freiwillige

Besetzter syrischer Golan

Majd Kamal Kanj Abu Saleh, Rechtsanwalt

Kanj Sleiman Abu Saleh, Landwirt

Thaer Abu Saleh, Schulleiter

Hamoud Abu Saleh, Landwirt

Said Farhan Farhat, Leiter des Vermarktungsausschusses für Äpfel

Al-Marsad, Arabisches Menschenrechtszentrum auf den Golanhöhen

Ameen Rabah, Rechtsanwalt

Nizar Ayoub, Rechtsanwalt, Rechtsforscher

Areeg Abu Jabel, Finanzdirektor, Abu Jabel Brothers Ltd.

Salman Fakhr El Deen, Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit und Forschungsassistent